

#freistarten

Antragsbuch der Landeskongferenz der Jusos Bayern vom 14. bis 15. April 2018
in Bayreuth

Arvena-Kongress-Hotel
Eduard-Bayerlein-Str. 5a
95445 Bayreuth



Inhaltsverzeichnis

AP Arbeitsprogramm

AP-1	Juso-Landesvorstand	#freistarten mit den Jusos Bayern	2
------	---------------------	-----------------------------------	---

A Arbeit und Ausbildung

A-1	Jusos Schwaben	Arbeits- und Ausbildungsbedingungen aktiv gestalten.	10
A-2	Jusos Oberbayern	Eine gerechte Probezeit und ein Kündigungsschutz für alle!	15
A-3	Jusos Oberfranken	Befristete Aushilfsverträge und Sachgrundbefristungen wegen Saisonarbeit müssen dringend limitiert werden	16
A-4	Jusos Niederbayern	Bessere Bezahlung von Erzieher*innen und Kinderpfleger*innen	18

B Bildung

B-1	Jusos Unterfranken	Bildung – jetzt mal richtig! Unsere bildungspolitischen Forderungen zur Landtagswahl 2018 in Bayern	21
B-2	Jusos Mittelfranken	Mehr Praktika an Gymnasien	24
B-3	Jusos Mittelfranken	Die Zeitschrift „Schule und Wir“ in das digitale Zeitalter führen	25
B-4	Jusos Mittelfranken	Medienpädagogik ist kein Erweiterungsfach, es ist Pflicht!	26
B-5	Jusos Niederbayern	Sexualkundeunterricht zeitgemäß, modern gestalten	28
B-6	Jusos Niederbayern	Mehr politische und kulturelle Bildungseinrichtungen für Jugendliche im ländlichen Raum	30

C Wohnen

C-1	Jusos Oberbayern	Frei in die eigene Wohnung starten	33
-----	------------------	------------------------------------	----

D Demokratie, Innen- und Sicherheitspolitik

D-1	Jusos Oberfranken	Sozialdemokratie und Sicherheitspolitik? Na klar geht das!	40
D-2	Jusos Mittelfranken	Mehr Jugendpartizipation im Freistaat Bayern!	46
D-3	Jusos Mittelfranken	Änderung des §17 Bundesmeldegesetz (BMG) – Möglichkeit der vorzeitigen Anmeldung	49
D-4	Jusos Mittelfranken	Legislaturperiodenbeschränkung für Bundeskanzler*innen	50

D-5	Jusos Mittelfranken	Reform des Namensrechts bei Eheschließung gemäß §1355 BGB	51
D-6	Jusos Unterfranken	Klare Kennzeichnung von Influencer-Werbung	53
D-7	Jusos Unterfranken	Upskirting ist eine Straftat!	54
D-8	Kommission Innen, Demokratie, Antifaschismus über Landesvorstand	Direkte Demokratie	55

F Feminismus und Gleichstellung

F-1	Jusos Oberfranken	Mehr Unterstützung für MINT	62
F-2	Jusos Niederbayern	Diskriminierende Dresscodes an Schulen verbieten!	64
F-3	Jusos Niederbayern	Achtung des dritten Geschlechts! Queer*feminismus wagen!	65

G Gesundheit

G-1	Jusos Mittelfranken	Helfen statt Posten!	68
G-2	Jusos Niederbayern	Depressionen machen keinen Halt vor Kindern – Für mehr Fachpersonal in schulischen Einrichtungen	69
G-3	Jusos Niederbayern	Affektive Störungen endlich wirksam bekämpfen!	71
G-4	Jusos Niederbayern	Keine Fortpflanzung mit reprogrammierten Körperzellen	73

I Internationales und Frieden

I-1	Jusos Niederbayern	„Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser!“	76
I-2	Kommission Internationales und Europa über Landesvorstand	Völkerrecht gilt für alle! Solidarität mit den Menschen in und um Afrin!	79

K Kampf gegen Rechts

K-1	Jusos Niederbayern	“Der Dritte Weg” muss endlich verboten werden!	82
-----	-----------------------	--	----

M Migration und Integration

M-1	Jusos Mittelfranken	3+2-Regel verbessern – jungen Geflüchteten eine Chance bieten	86
-----	------------------------	---	----

P Partei

P-1	Jusos Oberfranken	Politikverdrossenheit vermeiden – Demokratie in ein besseres Licht rücken	88
P-2	Jusos Oberfranken	#noGroKo	92
P-3	Jusos Unterfranken	Für die freie Entscheidung auf Parteitag	93
P-4	Jusos Unterfranken	Urwahl des/der Vorsitzenden	94
P-5	Jusos Unterfranken	Unvereinbarkeit von Doppelmandaten in Parlamenten oberhalb der Landesebene	95
P-6	Jusos Niederbayern	Keine Koalition mit der CSU! Schwarz – Rot in Bayern ist keine Alternative!	96
P-7	Jusos Niederbayern	SPD für alle	97

U Umwelt, Agrar und Verbraucherschutz

U-1	Jusos Schwaben	Umweltschutz ins Grundgesetz!	99
U-2	Jusos Unterfranken	Schutzstreifen für Gewässer	101
U-3	Jusos Unterfranken	Wir sind Teil der Wolf-gang	102

V Verkehr, Mobilität und Infrastruktur

V-1	Jusos Niederbayern	Progressiv in die Zukunft starten: Neue Wege in der Verkehrs-, Infrastruktur- und Digitalisierungspolitik gehen	105
V-2	Jusos Schwaben	Antrag zur Entkriminalisierung des „Schwarzfahrens“	114
V-3	Jusos Mittelfranken	Internet als Grundversorgung	116
V-4	Jusos Unterfranken	Mehr Elektromobilität jetzt!	117
V-5	Jusos Niederbayern	Verbesserung des ÖPNVs	118

W Wirtschafts- und Finanzpolitik

W-1	Jusos Oberfranken	Einführung einer Robotersteuer/Wertschöpfungsabgabe	121
-----	----------------------	---	-----

W-2	Jusos Mittelfranken	Steuerfreiheit für Mindestlohnempfänger*innen!	123
W-3	Jusos Unterfranken	Erweiterung der verpflichtenden Insolvenzversicherung	125
W-4	Jusos Niederbayern	Es ist Zeit für Umverteilung – Um-fair-teilen in der Kommune	126

AP Arbeitsprogramm

AP Arbeitsprogramm

AP-1	Juso- Landesvorstand	#freistarten mit den Jusos Bayern	2
------	-------------------------	-----------------------------------	---

AP-1

Titel #freistarten mit den Jusos Bayern

Antragsteller*innen Juso-Landesvorstand

Adressat*innen Juso-Landeskonferenz

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

#freistarten mit den Jusos Bayern

- 1 Wir Jusos Bayern gehen mit viel Elan in das Wahljahr 2018. Mit dem Motto „#freistarten“ stellen wir einen
2 eigenen Jugendwahlkampf auf die Beine, der sich vor allem auf die Themen Wohnen, Bildung, Ausbildung und
3 Arbeit, Mobilität und Kampf gegen Rechts konzentriert. Unser eigenes Jugendwahlprogramm bringen wir aktiv
4 in die BayernSPD ein und gestalten dort den Programmprozess mit.
- 5
- 6 Unsere Kampagne hat einen positiven Grundton, sie ist nach vorne gerichtet und zeichnet ein Bild von einem
7 progressiven Bayern. Freiheit, Solidarität, Offenheit und Gerechtigkeit in allen Lebenswelten und Lebensräu-
8 men sind unser Ziel. #freistarten ins Leben.
- 9
- 10 Unser Bus wird wieder auf eine Tour durch Bayern gehen. Hierfür wird er mit unserem #freistarten Design neu
11 foliert. Außerdem wird der Bus stets mit Give-Aways im Kampagnendesign bestückt sein, um den Gliederun-
12 gen vor Ort die Möglichkeit zu geben, unsere Kampagne breit zu streuen. Neben den üblichen Streuartikeln
13 gestalten wir Themenpostkarten, um unsere Themenvielfalt zu kanalisieren und unter die Menschen zu brin-
14 gen.
- 15
- 16 Besonderen Fokus legen wir auf die Unterstützung unserer Juso-Kandidierenden. Dabei muss klar sein, dass
17 nicht jede Kandidatur unter 35 automatisch eine Juso-Kandidatur ist. Weiterhin werden wir aktive Jusos, die
18 sich bei uns engagieren und unsere Inhalte teilen, in besonderem Umfang unterstützen. Um dies besser ko-
19 ordinieren zu können, wird ein Unterstützer*innenpool angelegt, über den zentral zu Veranstaltungen und
20 Aktionen informiert und mobilisiert wird. Um den Austausch unter den Kandidierenden zu gewährleisten ha-
21 ben wir bereits eine Vernetzungsgruppe eingerichtet, die über den gesamten Wahlkampf hinweg bestehen
22 bleibt.
- 23
- 24 100 Jahre Revolution in Bayern
- 25
- 26 Bayern wird häufig auf Weißwurst, Lederhosen und die CSU reduziert. Die Geschichte des bayerischen Frei-
27 staates ist aber auch die Geschichte von Befreiungskämpfen und Revolutionen.
- 28
- 29 Wir sind der Überzeugung, dass die Geschichte der Freistaatsgründung v.a. eines ist: Der Beweis, dass es der
30 politischen Linken möglich ist, im Bewusstsein ihres revolutionären Potentials zu handeln und Verhältnisse, die
31 Menschen knechten und unterwerfen – wie es die bayerische Monarchie tat – umzuwerfen. Wir Jusos blicken
32 mit Stolz darauf, dass mit Felix Fechenbach auch unser Gründer einflussreicher Teil dieser Bewegung war – in
33 seiner Tradition stehen wir.

34

35 Um dem Thema in seiner Komplexität gerecht zu werden, organisieren wir ein großes Workshopwochenende,
36 bei dem wir uns mit den historischen Ereignissen, ihrer späteren Aufladung und der Rolle der verschiedenen
37 Akteur*innen auseinander setzen. Hierbei wollen wir die Geschichte kritisch betrachten und in ihrer Komple-
38 xität analysieren.

39 Parallel dazu wollen wir dieses Jubiläumsjahr nicht der CSU überlassen und mit Hilfe unseres Social-Media-
40 Teams über das Jahr verteilt auf die Bedeutung und die Geschehnisse vor 100 Jahren hinweisen.

41

42 Europawahlen

43

44 Bei den Europawahlen ist unsere Position klar: Wir fordern die Vertiefung der europäischen Integration und
45 treten damit dem aufkeimenden Nationalismus sowie den damit verbundenen Rufen nach Kleinstaaterei ent-
46 schieden entgegen. Wir sind der Überzeugung, dass mehr als siebenzig Jahre Frieden in Europa in erster Linie
47 Ergebnis der Intensivierung zwischenstaatlicher Beziehungen sind und wollen dieses Erfolgsmodell fortentwi-
48 ckeln, um für die Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte gewappnet zu sein.

49

50 Dabei streben wir ein inklusives, solidarisches, gerechtes und offenes Europa ohne Grenzen an. Zur Erreichung
51 dieses Ziels wollen wir das Europäische Parlament stärken, indem wir mit der Vormachtstellung der Kommis-
52 sion brechen und das Parlament zum Zentrum der europäischen Politik empor heben. Wir wollen Europa zur
53 Sozialunion ausbauen, indem wir soziale Sicherungsmechanismen verankern, die ein gutes Leben, gute Arbeit,
54 gute Bildung und gute Renten in Europa garantieren. Damit stellen wir der Wirtschaftsunion, welche in erster
55 Linie Freiheiten im Sinne der Konzerne festschreibt, die Sozialunion als Garantin der Freiheit der Arbeiter*in-
56 nen gegenüber.

57

58 Wir wollen die Asylverfahren in Europa reformieren und insbesondere solidarischer ausgestalten, um die Mit-
59 telmeerstaaten nicht mehr überzubelasten und eine gerechte Verteilung der mit Flucht einher gehenden fi-
60 nanziellen Lasten für den öffentlichen Sektor auf die einzelnen Haushalte etablieren. Ferner wollen wir Min-
61 deststandards für das Asylverfahren sowie die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen festschreiben
62 und so einen würdevollen Umgang in ganz Europa sichern.

63

64 Des Weiteren wollen wir die Regulierung der Finanzmärkte in Europa wirksam regulieren, indem unter an-
65 derem hochspekulative Produkte sowie der Hochfrequenzhandel verboten werden. Gleichzeitig schreiten wir
66 kurzfristigem Gezocke mittels einer Finanztransaktionssteuer auf europäischer Ebene entgegen. Mittels der
67 genannten Reformen streben wir, durch sukzessive Verstärkung der europäischen Integration einerseits und
68 der Abgabe nationaler Souveränität andererseits, schrittweise die Etablierung eines europäischen Bundes-
69 staates an.

70

71 Um diese Position klar nach außen vertreten zu können, werden wir ein Programm zur Europawahl erarbei-
72 ten, welches detailliert Maßnahmen zur Erreichung der oben genannten Ziele nennt und erklärt. Wir wollen
73 unsere Vision von Europa illustrieren und sie innerhalb der Partei etablieren, um so die inhaltliche Gestal-
74 tungshoheit bei der Europapolitik zu erhalten. Schließlich sind wir, die junge Generation, es, die von weiteren
75 70 Jahren europäische Integration, und den damit einher gehenden 70 Jahren Frieden in Europa, maßgeblich
76 profitieren.

77

78 Öffentlichkeitsarbeit

79

80 Unsere Gestaltungsfähigkeit hängt nicht nur von guten Ideen ab, sondern auch von der Art und Weise, wie wir
81 diese kommunizieren und verbreiten. Entsprechend müssen wir uns nicht nur als linker Gegenpol zu neoli-
82 beralen Kräften positionieren, sondern auch als diese Instanz in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden.
83 Daher kommt der Öffentlichkeitsarbeit eine zentrale Rolle in der Vorstandsarbeit zu. Unser Ziel ist es dabei,
84 die von uns gefassten Ideen, Beschlüsse und Überzeugungen unmissverständlich in der Öffentlichkeit zu plat-
85 zieren und eine eindeutige Identifizierung mit uns zu gewährleisten. Wir sind die zentrale, linke Kraft in Bayern
86 und als solche müssen wir in der öffentlichen Debatte auch wahrgenommen werden. Wir forcieren die Verste-
87 tigung unserer medialen Präsenz sowie die Verbreiterung unserer Reichweite in den sozialen Kanälen.

88

89 Innerhalb des letzten Jahres haben wir durch stetige Arbeit in den sozialen Netzwerken die 4.000-
90 Follower-Marke auf Facebook und die 1.000er-Marke auf Twitter überschritten. Durch regelmäßige Posts über
91 die Vielfalt der Aktivitäten und Themengebiete unseres Verbands, Abwechslung in der Art der Medien, Aus-
92 tausch im Verband und darüber hinaus wollen wir dies fortführen. Eine besondere Herausforderung wird
93 hierbei der Landtagswahlkampf darstellen. Wir werden ein eigenes #freistarten *Corporate Design* für die Land-
94 tagswahlkampagne verwenden und dieses auch an unsere Untergliederungen weitertragen.

95

96 Mittels einer neuen Pressestrategie konnten wir im letzten Jahr unsere Präsenz in den klassischen Medien er-
97 höhen. Wir wollen unsere Pressearbeit weiter professionalisieren, indem wir Kommissionen stärker einbinden
98 und Know How einholen. Die im Rahmen der Debatte um die Große Koalition geknüpften, medialen Kontakte
99 werden uns dabei helfen, künftig noch häufiger in den klassischen Medien aufzutauchen.

100

101 Pressemitteilungen des Juso Landesverbandes sollen zukünftig stärker für die Arbeit vor Ort genutzt werden
102 können. Mediale Aufmerksamkeit ist in lokalen Medien leichter zu erzielen als auf überregionaler Ebene. Wir
103 werden daher vermehrt Pressemitteilungen für die lokalen Gliederungsebenen zur Verfügung stellen. Diese
104 sollen als Vorlagen genutzt und regionalisiert an die lokalen Medien weitergeben werden.

105

106 Zu einer guten Öffentlichkeitsarbeit gehören für uns Jusos Bayern auch eigene Printmedien. Neben verschie-
107 denen Informationsmaterialien zu unterschiedlichsten Themen werden wir auch im kommenden Jahr eine
108 weitere Ausgabe unserer Mitgliederzeitschrift „Die Faust“ veröffentlichen. Uns ist es wichtig, dass neben Fach-
109 artikeln aus verschiedenen Themenbereichen auch das Verbandsleben dargestellt wird. So soll es mehr Artikel
110 über Veranstaltungen der Jusos Bayern und Artikel aus den Untergliederungen geben. Trotz der stetig digitaler
111 werdenden Welt ist es uns wichtig, dass „Die Faust“ als Printversion jedes einzelne Mitglied erreicht. So wollen
112 wir Jusos Bayern die Mitglieder über unsere Arbeit informieren, aber auch die Neugier zu wecken selbst an
113 Seminaren und Kommissionen aktiv mitzuarbeiten.

114

115 Zusätzlich zur Faust werden wir im kommenden Vorstandsjahr eine sogenannte Selbstdarstellungsbroschüre
116 erarbeiten, die im Wesentlichen die Beschlüsse und Forderungen unserer thematischen Schwerpunkte ent-
117 halten und darlegen soll. Dies soll insbesondere als Orientierungshilfe für Neumitglieder oder Interessierte
118 dienen, die sich für die Standpunkte der Jusos Bayern interessieren und einen Überblick verschaffen.

119

120 Feminismus

121

122 Wir Jusos sind ein feministischer Richtungsverband. Für uns ist Feminismus keine leere Worthülse. Er schlägt
123 sich in unserer Art zu debattieren, in unserem Bildungsprogramm und in unserem allgemeinen Miteinander
124 nieder. Wir wollen die männliche Gesellschaft überwinden und zu einer menschlichen kommen.

125

126 Uns ist es wichtig, unsere Mitglieder für feministische und gleichstellungspolitische Themen zu sensibilisie-
127 ren. Daher wird es in unserem Bildungsprogramm wieder Seminare zu Feminismus und Gleichstellung geben
128 bzw. sind dies festverankerte Inhalte in unseren Neumitgliederseminaren, der Sommerschule und den Funki-
129 Schulungen.

130

131 Unsere Frauen*konferenz, die im letzten Jahr erstmalig stattfand wurde sehr gut angenommen und hervor-
132 ragend bewertet. Sie war ein voller Erfolg. Dem Wunsch unserer Mitglieder, diese regelmäßig stattfinden zu
133 lassen, kommen wir sehr gerne nach. Genossinnen* aus ganz Bayern die Möglichkeit zu bieten sich zu vernet-
134 zen, auszutauschen, gegenseitig zu ermutigen, zu bestärken und inhaltlich zu schulen ist einzigartig und eine
135 großartige Erfahrung.

136

137 Weiterhin wollen wir auch unsere Frauenkommission fortführen. Sie tagt abseits der regulären Kommissions-
138 wochenenden, richtet sich an die Frauen* in unserem Verband und setzt sich mit feministischen und zugleich
139 gesamtgesellschaftlichen Themen auseinander.

140

141 Sexismus zu bekämpfen und sich für Feminismus einzusetzen ist auch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.
142 Dennoch müssen wir hier bei uns Jusos anfangen. Deswegen möchten wir die Posten der beiden Sexismus-
143 Beauftragten beibehalten. Diese haben bereits im letzten Jahr diese wichtige Aufgabe gut gemeistert. Aus
144 dieser Erfahrung heraus möchten wir im Landesvorstand auch dieses Jahr zwei Personen benennen, die sich
145 des Problems des Sexismus innerhalb unseres Landesverbandes besonders annehmen.

146

147 Bei unseren Veranstaltungen hatten wir häufig ein Awarenesssteam, zu welchem unsere Sexismus-
148 Beauftragten und mindestens zwei weitere, geeignete Personen gehörten. Diese fungieren unter anderem als
149 Ansprechpartner*innen für die Teilnehmer*innen der Veranstaltung. Um den Aufgabenbereich des Awaren-
150 essteams näher zu spezifizieren, haben unsere diesjährigen Sexismus-Beauftragten bereits einige Vorschläge
151 zu einem Awarenesssteam-Leitfaden gemacht. Diesen wollen wir als Unterstützung für die Awarenesssteams
152 vor Ort finalisieren. Unser Ziel für kommendes Jahr ist es, bei jeder Veranstaltung der Jusos Bayern ein Awa-
153 renessteam als Ansprechpartner*innen vor Ort zu haben.

154

155 Feminismus und Gleichstellung werden sich auch weiterhin im Rahmen unseres "lila Fadens" durch unsere Ar-
156 beit ziehen, dies wird sich in all unseren Publikationen, Materialien und Veranstaltung widerspiegeln. Um dar-
157 auf hinzuweisen, dass Gleichstellung hart erkämpft werden musste und immer noch muss, wollen wir hervor-
158 heben, dass das Frauenwahlrecht in Deutschland erst 100 Jahre alt wird und diese Jubiläum hervorheben. Den
159 Kampf der Frauen damals werden wir entsprechend würdigen und uns intensiv damit beschäftigen.

160

161 Kommissionen

162

163 Eine vitale inhaltliche Arbeit ist ohne starke Kommissionen undenkbar. Sie werden auch im nächsten Jahr die
164 inhaltliche Arbeit des Landesverbands zwischen den Landeskongressen leisten. Die Öffnung der Kommissi-
165 onswochenenden für alle Mitglieder hat sich bewährt, wir müssen jedoch weiterhin Konzepte entwickeln, wie
166 die Arbeit der Kommissionen noch mehr an Kontinuität und Professionalität gewinnen kann. Die bewährte
167 Struktur des gemeinsamen Tagens an drei gemeinsamen Wochenenden pro Jahr wird fortgeführt. Die vier
168 Kommissionen

169 · Innenpolitik, Demokratie und Antifa (IDA)

170 · Wirtschaft und Soziales

171 · Umwelt und Energie

172 Internationales und Europa

173

174 Juso-Hochschulgruppen und Juso-Schüler*innen und Auszubildendengruppe Bayern (JSAG)

175

176 Die Juso-Hochschulgruppen und die Juso-Schüler*innen- und Auszubildendengruppe Bayern stellen bedeu-
177 tende Vorfeldorganisationen an den bayerischen Schulen, Universitäten und Hochschulen dar. Die Wahlen
178 der Studierendenvertretungen stellen trotz der gesetzlichen Nichtverankerung der ASTen eine wichtige Platt-
179 form für Jusos dar, die sich gezielt für verbesserte Studienbedingungen und einen freien Zugang zu Bildung
180 einsetzen. Besonders erfreulich ist, dass es neben einigen Neugründungen auch wieder eine sehr beständi-
181 ge Arbeit der Hochschulgruppen im Rahmen der Landeskoordinierungstreffen gibt. Die Landeskoordinierung
182 der Juso-Hochschulgruppen kann auch im kommenden Jahr auf die tatkräftige Unterstützung des Landesvor-
183 stands zählen. Insbesondere auch bei Wahlkämpfen zu Hochschulwahlen. Der Landesvorstand begrüßt die
184 inhaltlich ausgewogene Ausrichtung der JSAG, die sich sowohl mit der Schulbildung als auch in besonderem
185 Maße mit Berufsausbildung befasst, ausdrücklich. Der Landesvorstand wird die Arbeit der JSAG in diesem Sin-
186 ne weiterhin gerne unterstützen.

187

188 Bildungsprogramm

189

190 Die Neuausrichtung des Bildungsprogramms hat sich schon im ersten Halbjahr bewährt, sodass wir an diesem
191 weiterhin festhalten möchten. Durch die Konzentration der Angebote, die Verzahnung mit den Kommissionen
192 sowie das Stattfinden von jeweils zwei Seminaren an einem Wochenende, konnten die Teilnehmendenzahlen
193 verbessert und Ausfallkosten minimiert werden. Über den eingerichteten Teamendenpool konnte die ehren-
194 amtliche Arbeit gut organisiert werden. Wir werden diesen Pool weiter ausbauen und eine weitere Teamen-
195 denausbildung noch im Jahr 2018 durchführen.

196

197

198 Im Bildungsprogramm wird sich weiterhin das nun bewährte Portfolio von Neumitgliederseminaren, Funki-
199 Reihe, Marx-Theoriereihe, Grundlagenseminaren der Kommissionen sowie vereinzelt Spezialseminaren fin-
200 den.

201

202 Trotz der großen Nachfrage, vorallem an Neumitglieder- und Grundlagenseminaren, können wir nicht igno-
203 rieren, dass bis auf das allzeit geschätzte und beliebte Frauenrhetorikseminar, die Anzahl weiblicher Teilneh-
204 mer*innen noch immer ausbaufähig ist. Wir werden dazu die im letzten Jahr durchgeführte Umfrage weiter
205 auswerten und geeignete Maßnahmen entwickeln, unsere Angebote für Frauen* noch attraktiver zu gestal-
206 ten.

207

208 Auch 2019 wollen wir wieder einen Basiskongress als breites Vernetzungstreffen und inhaltliches Seminarwo-
209 chenende zu verschiedensten Themen anbieten. 2019 wird der sechste Basiskongress stattfinden und wieder
210 für über 100 Genoss*innen aus ganz Bayern ein bewährtes Angebot mit einer Mischung aus Politik, Kennen-
211 lernen anderer Genoss*innen aus allen Regierungsbezirken und natürlich auch einer Verbandsparty bieten.
212 Während der Basiskongress 2018 auf den Landtagswahlkampf vorbereitete, soll der Basiskongress 2019 unter
213 dem Paradigma der Europawahl stehen.

214

215 Bündnisarbeit

216

217 Die Zusammenarbeit mit anderen, uns nahe stehenden Jugendorganisationen, ist ein wichtiger Aspekt für un-
218 sere Arbeit. Der enge Kontakt zu den anderen Jugendverbänden der Arbeiter*innenbewegung ist für uns von
219 besonderer Bedeutung. Die in den vergangenen Jahren wiedererstarbte Zusammenarbeit mit der DGB-Jugend
220 und ihren Gewerkschaftsjugenden wollen wir fortsetzen und die Zusammenarbeit mit anderen Jugendverbän-
221 den, wie zum Beispiel dem Landesjugendwerk der AWO, den Falken und den Jungen Naturfreunden intensivie-
222 ren. Viele Mitglieder der Jusos Bayern sind auch in anderen Organisationen aktiv, diese direkten Verbindungen
223 werden wir verstärkt nutzen. Weiterhin werden wir unsere Bündnispartner*innen zu unseren Veranstaltungen
224 einladen und gemeinsame, themenbezogene Veranstaltungen organisieren.

225

226 Eine dieser Veranstaltungen wird der Arbeitsmarktpolitische Kongress, der bereits zum dritten Mal stattfinden
227 wird. Zusammen mit der DGB Jugend werden wir Themen diskutieren, die vor allem junge Arbeitnehmer*in-
228 nen, Auszubildende und dual Studierende betreffen, um gemeinsame Lösungen für den Abbau existierender
229 Hürden und Probleme zu erarbeiten. Als Jungsozialist*innen gewerkschaftlich organisiert und engagiert zu
230 sein, gehört zu unserem Selbstverständnis als Teil der internationalen Arbeiter*innenbewegung. Beiden Or-
231 ganisationen muss klar sein, dass sie ihre gemeinsamen Ziele nur mit vereinten Kräften erreichen können. Der
232 Austausch und die Zusammenarbeit auf diesem Kongress verdeutlicht genau das.

233

234 Verstärken möchten wir ebenfalls die Zusammenarbeit mit anderen AGs innerhalb der SPD. Arbeitsgemein-
235 schaften, wie SPD Queer, AsF oder die AG Selbst Aktiv sind für uns wichtige Ansprechpartner*innen um ge-
236 meinsame Themen in der SPD zu setzen.

237

238 Antifaschismus

239

240 Antifaschismus ist für uns wesentlich mehr als nur einer von vielen Themenbereichen, die wir bearbeiten. Anti-
241 faschismus bedeutet für uns den Kampf gegen reaktionäre und menschenverachtende Ideologien und ist ganz
242 konkrete politische Praxis. Antifaschismus ist für uns als Sozialist*innen und Sozialdemokrat*innen einerseits
243 die logische Konsequenz aus den historischen Erfahrungen sowie aus unseren solidarischen Überzeugungen.
244 Unsere Solidarität gilt allen Menschen.

245

246 Gemeinsam mit unseren Bündnispartner*innen wollen wir eine starke Front gegen rechte Hetze in Politik
247 und Gesellschaft bilden. Wir Jusos kämpfen gegen Nationalismus, Antisemitismus und Rassismus. Unabhängig
248 davon, ob diese Phänomene durch gewalttätige Übergriffe, feindliche Stimmungsmache oder unterschwellige
249 Ressentiments ausgedrückt werden. Wir sind im Bündnis „Aufstehen gegen Rassismus“ aktiv und engagieren
250 und vor Ort in Bündnissen gegen Rechts und organisieren Aktionen und Demonstrationen für eine offene und
251 tolerante Gesellschaft.

252

253 Die Arbeitsgruppe im Landesvorstand, die sich im letzten Jahr gegründet hat, um die Erfahrungen lokaler Arbeit
254 besser zu vernetzen werden wir auch im kommenden Jahr fortsetzen. Wir werden eine Strategie entwickeln,
255 wie wir uns gegen die AfD im bayerischen Landtagswahlkampf stellen, aber auch wie wir auf die rassistische
256 Hetze der CSU reagieren.

257

258 #freistarten als Verband

259

260 Wir Jusos sind ein eigenständiger Richtungsverband. Wir sind sozialistisch, feministisch und

261 internationalistisch. Dem Antifaschismus sind wir verpflichtet. Wir treten ein für eine Gesellschaft, in der alle
262 Menschen frei und gleich sind und solidarisch für einander eintreten.

263 Wir Jusos sind eine Jugendbewegung. Wir bieten jungen Menschen eine Plattform, um sich über linke Positio-
264 nen auszutauschen, zu bilden und gemeinsam für eine bessere, eine Sozialistische Gesellschaft zu kämpfen.
265 Wir wollen neue Mitstreiter*innen für die jungsozialistische Bewegung gewinnen und sie dauerhaft binden.
266 Wir werden deshalb unsere Mitgliederwerbung verstetigen und noch stärker auf beteiligungsorientierte Pro-
267 zesse achten.

268 Wir Jusos sind eine Arbeitsgemeinschaft innerhalb der SPD. Wir bleiben der Mutterpartei in kritischer Solida-
269 rität verbunden. Wir wollen den Zusammenhalt in der Partei stärken und vor allem linken Genossinnen und
270 Genossen aller Altersklassen ein Ankerpunkt sein. Wir werden weiterhin unsere Überzeugungen und Positio-
271 nen vehement in die SPD tragen und uns für ihre Umsetzung stark machen!

272 Wir starten frei als ein Verband.

273

Antragsteller*innen

Juso-Landesvorstand

E-Mail: stefanie.krammer@jusos-bayern.de

Telefon:

A Arbeit und Ausbildung

A Arbeit und Ausbildung

A-1	Jusos Schwaben	Arbeits- und Ausbildungsbedingungen aktiv gestalten.	10
A-2	Jusos Oberbayern	Eine gerechte Probezeit und ein Kündigungsschutz für alle!	15
A-3	Jusos Oberfranken	Befristete Aushilfsverträge und Sachgrundbefristungen wegen Saisonarbeit müssen dringend limitiert werden	16
A-4	Jusos Niederbayern	Bessere Bezahlung von Erzieher*innen und Kinderpfleger*innen	18

A-1

Titel Arbeits- und Ausbildungsbedingungen aktiv gestalten.
Antragsteller*innen Jusos Schwaben
Adressat*innen Juso-Landeskonferenz, BayernSPD-Landesparteitag
 angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Arbeits- und Ausbildungsbedingungen aktiv gestalten.

1 Letztes Jahr hat die OECD-Bildungsstudie erneut gezeigt, was schon lange bekannt ist: In Deutschland, gerade
 2 in Bayern, hängen die Bildungschancen vom Geldbeutel und der sozialen Herkunft der Eltern ab. 2015 war die
 3 Quote der Azubis mit Abitur zum ersten Mal höher als die der Azubis mit Hauptschulabschluss. 1,22 Millionen
 4 junge Menschen im Alter zwischen 20 und 29 Jahren haben keine abgeschlossene Ausbildung. Nur jede*r zwei-
 5 te Mittelschüler*in schafft direkt den Sprung von der Schule in die Ausbildung. Für Mittelschüler*innen bleiben
 6 in der bundesweiten Lehrstellenbörse der Industrie- und Handelskammern fast zwei von drei Angeboten von
 7 vornherein verschlossen.

8 *Gute Ausbildung jetzt!*

9 Neben der schnelleren Genehmigung der Arbeitserlaubnis muss es eine Ausbildungsgarantie auch für Ge-
 10 flüchtete gelten. Damit ist für uns auch selbstverständlich: keine Abschiebung der Geflüchteten während der
 11 Ausbildung!

12 Viele Unternehmen sehen hingegen in der Ausbildung einen wirtschaftlichen Nachteil. Nur noch jeder fünf-
 13 te Betrieb bildet einen oder mehrere Lehrlinge im dualen System aus. Gleichzeitig klagt die Wirtschaft über
 14 den Fachkräftemangel. Deshalb fordern wir eine **gesetzliche Ausbildungsgarantie mit einer Mindestaus-**
 15 **bildungsvergütung**: Alle Unternehmen mit über 10 Mitarbeiter*innen sollen dazu verpflichtet werden auszu-
 16 bilden. Betriebe, die nicht oder wenig ausbilden, sollen Umlagezahlungen an einen Ausbildungsfond entrichten
 17 und sich dadurch an den Ausbildungskosten beteiligen.

18

19 Die Qualität der Ausbildung ist nämlich ein zentraler Baustein für das weitere Arbeitsleben von jungen Men-
 20 schen. Leider werden **Verstöße gegen das Jugendschutzgesetz und Ausbildungsmängel** viel zu selten ge-
 21 ahndet, da die Kontrollen und das Personal dazu fehlen. Ausbildungsrahmenpläne werden nicht bekannt ge-
 22 macht und eingehalten, Ausbilder*innen stehen den Auszubildenden nicht zur Verfügung und Auszubilden-
 23 de müssen ausbildungsfremde Tätigkeiten wie Kaffee kochen oder Brotzeit holen durchführen. 44 % der be-
 24 fragten Azubis des Ausbildungsreports der DGB Bayern berichten über regelmäßige Überstunden. Von den
 25 Jugendlichen unter 18 Jahren arbeiten 15 % regelmäßig über 40 Stunden pro Woche. Das Personal in der
 26 Gewerbeaufsicht muss aufgestockt werden! Der Freistaat sollte, anstatt bei Cannabis oder etwas Lärm beim
 27 Feiern, lieber bei Verstößen bei der Ausbildung hart durchgreifen. Schwierig ist die Situation vor allem in Aus-
 28 bildungsbetrieben die zu klein sind für eigene Betriebsrats- und JAV-Strukturen. Wenn in deiner Ausbildung
 29 zum*zur Maler*in dein*e Ausbilder*in gleichzeitig dein*e Chef*in ist, an wen wendest du dich, wenn du nur
 30 als billige Hilfskraft eingesetzt wirst und ausbildungsferne Tätigkeiten ausführen sollst? Der Zugriff auf die
 31 Auszubildenden, unabhängig der Strukturen ihres Ausbildungsbetriebes sind die Berufsschulen. Dafür ist es
 32 sinnvoll, Auszubildendenräte in den Berufsschulen als Partizipationsmöglichkeit zu etablieren. Auch müssen
 33 Anlaufstellen für Auszubildende in der Berufsschulen gestärkt werden, um in Konflikten mit dem Betrieb zu
 34 vermitteln, bei der Kontaktaufnahme zu Kammern, Gewerkschaften oder Berufsinteressenvertretung zu un-
 35 terstützen und gegebenenfalls gemeinsam gegen ausbeuterische Ausbildungsbetriebe vorgehen zu können.
 36 Berufskammern und Gewerbeaufsichtsämter sind personell so auszustatten, dass es gewährleistet ist, dass sie

37 die Ausbildungsqualität mindestens einmal jährlich in den Ausbildungsstätten kontrollieren können. Aufgaben
38 gilt es zu konkretisieren, Berufsbildungsausschüssen muss ein Anhörungsrecht eingeräumt werden und ein
39 Unterausschuss zur Ausbildungsqualität etabliert werden. Den Gewerkschaften des DGB ist ein gesetzlich ver-
40 ankertes, regelmäßiges Zugangsrecht zur Information der Berufsschüler*innen während der Unterrichtszeit
41 in den Klassen an allen Berufsschulen zu gewähren

42 In Betrieben, die die nötige Anzahl Mitarbeiter*innen haben ist das wirksamste Mittel gegen eine schlechte
43 Ausbildungsqualität ist eine starke Jugend- und Auszubildendenvertretung. Junge Arbeitnehmer*innen können
44 selbst am besten beurteilen, was sie benötigen, und können sich so zu guten Fachkräften entwickeln. Wir for-
45 dern, die **Mitbestimmungsrechte junger Arbeitnehmer*innen** und der Jugend- und Auszubildendenver-
46 tretungen **in den Betrieben und Berufsschulen** gesetzlich zu stärken und die Jugend- und Auszubilden-
47 denvertretungen (JAV) daher mit weiteren Rechten auszustatten. Dazu gehört, die Mitbestimmungsgrenze
48 bis 25 Jahre zu streichen. Wer eine Ausbildung macht, muss unabhängig vom Alter das Recht darauf haben,
49 die Jugend- und Auszubildenden Vertretung zu wählen oder für sie zu kandidieren. Die Anpassung des ent-
50 sprechenden Gesetzestextes (Betriebsverfassungsgesetz, Dritter Teil, Jugend- und Auszubildendenvertretung)
51 muss angestrebt werden. Zudem fordern wir eine klare Regelung zu Teilfreistellungen mit einer festen Staf-
52 felung **von Teilfreistellungen** für Jugend- und Auszubildendenvertreter*innen, die jedoch nicht mit dem
53 Ziel, einen Berufsabschluss zu erreichen, kollidieren dürfen und daher beschränkt bleiben müssen.

54 Unabdingbar ist es, gesetzlich zu verankern, dass auch **Dual Studierende die JAV wählen dürfen** um gleich-
55 gestellt mit Auszubildenden eine Interessensvertretung und Ansprechpartner*innen zu haben.

56 Eine gute Ausbildung findet nicht nur im Betrieb, sondern auch an den Berufsschulen statt. Diese geben leider
57 meistens ein trauriges Bild ab: Kaputte Zimmer und Sanitäranlagen, veraltete Lehrmaterialien oder undichte
58 Fenster sind keine Seltenheit. Wenn wir gute Fachkräfte wollen, dürfen wir nicht in der Bildung sparen und
59 **Berufsschulen so sanieren und gestalten**, dass sie tatsächlich Orte zum Lernen werden!

60 Zudem muss die **Rückkehrpflicht in den Betrieb nach der Berufsschule unabhängig vom Alter der*des**
61 **Auszubildenden abgeschafft** werden. Berufsschulwochen sollen wie die vertraglich vereinbarte Wochenar-
62 beitszeit berücksichtigt werden.

63 **Kostenfreies Lernen** ist für uns nicht nur eine Forderung für die Gestaltung des Lernens an allgemein-
64 bildenden Schulen. Auch die Berufsausbildung sowie das duale Studium sollen kostenfrei angeboten
65 werden.

66 Selbiges gilt auch für Weiterbildungen: Lebenslangem Lernen wird heute extrem hohe Bedeutung zugemes-
67 sen. Daher muss vom Landtag die Forderung nach der Kostenfreiheit von Meister- und Techniker Ausbildung
68 beschlossen und unterstützt werden.

69 Gute Ausbildung braucht Zeit! Eine qualifizierte Ausbildung zu verantwortungsvollen Facharbeiter*innen dau-
70 ert **mindestens drei Jahre**, denn sie bildet nicht nur die Basis für eine interessantere und abwechslungs-
71 reichere Tätigkeit; Gut qualifizierte Ausgebildete werden auch deutlich seltener erwerbslos als gering Quali-
72 fizierte. Dies kann eine zweijährige, vermeintlich „billigere“ Ausbildung, wie sie viele Arbeitgeber*innen und
73 das Wirtschaftsministerium anstreben, nicht leisten. So eine „Kurzausbildung“ sorgt nicht für die erforderliche
74 umfassende Kompetenzvermittlung.

75 Zeit braucht es auch zum Lernen! Auszubildende sollen genügend Zeit haben, um sich auf ihre Prüfung
76 vorbereiten zu können, deshalb sollen sie **fünf Tage Sonderurlaub vor ihrer Abschlussprüfung** bzw. ge-
77 streckten Prüfung bekommen. Analog dazu müssen auch dual Studierende für ihre abschlussnotenrele-
78 vanten Prüfungen angemessen freigestellt werden.

79 Wir fordern zudem eine **unbefristete Übernahmegarantie** für alle Auszubildende. Nicht einmal die Hälfte
80 der Jugendlichen in Bayern hat im Jahr vor ihrem Berufsabschluss eine feste Übernahmezusage oder beruf-
81 liche Perspektive in ihrem Ausbildungsbetrieb. Ein Drittel hat kurz vor ihrem Berufsabschluss noch schlicht
82 keine Informationen darüber, ob sie übernommen werden oder nicht. Diese Unsicherheit darf jungen Men-
83 schen nicht weiter zugemutet werden!

84

85 *Unterstützung der Auszubildenden neben der Ausbildung*

86 Selbst, wenn ein guter Ausbildungsplatz ergattert werden konnte, sind die Probleme noch längst nicht gelöst.
87 Viele müssen noch daheim bei ihrer Familie wohnen, da ihre (Ausbildungs)vergütung nicht für eine eigene
88 Wohnung und der Bezahlung für den Weg zur Arbeit reicht.

89 Es kann nicht sein, dass Auszubildende, die in Vollzeitausbildung erheblich zum Betriebserfolg beitragen, so
90 wenig verdienen, dass sie sich ihr Leben damit alleine nicht leisten können. Die Ausbildungsvergütung muss
91 Auszubildenden ein eigenständiges Leben und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in allen Facetten er-
92 möglichen. Daher fordern wir **die Einführung einer gesetzlichen, flächendeckenden Mindestausbildungs-**
93 **vergütung** mindestens in Höhe des vollen, aktuellen Studierenden-BAföG-Satzes.

94 Von Jugendlichen und jungen Erwachsenen wird vermehrt ein hohes Maß an Mobilität gefordert. Gerade Be-
95 rufsschüler*innen sind durch die duale Ausbildung mit dem Wechsel zwischen Wohnort, Arbeits- und Schul-
96 stätte einem immer länger werdenden Weg bei der Ausbildung ausgeliefert. Dass die dadurch entstehenden
97 Kosten in den allermeisten Fällen von den Auszubildenden selbst getragen werden müssen, stellt einen unzu-
98 mutbaren Zustand dar! So zeigt der Ausbildungsreport der DGB-Jugend, dass Auszubildende im Durchschnitt
99 669 Euro im Jahr für Fahrtkosten im Rahmen ihrer Ausbildung aufbringen. Wir fordern deshalb die **Einführung**
100 **eines bayernweiten Schüler*innen-, Auszubildenden- und Studierendentickets**. Dies hat steuerfinanziert
101 zu erfolgen und muss Fahrten sowohl in den bayerischen Nahverkehrszügen als auch im örtlichen ÖPNV er-
102 möglichen.

103 Was für Studierende schon Gang und Gebe ist, muss endlich auch bei Auszubildenden umgesetzt werden.
104 Wenn das Geld nicht für eine eigene Wohnung reicht, gibt es die Möglichkeit für sie in ein Studierendenwohn-
105 heim zu ziehen. Auch ausreichend Angebote an **Auszubildendenwohnheimen** sind nötig, um den Schritt
106 in die Selbstständigkeit zu ermöglichen.

107

108 *Gute Arbeit*

109 Noch immer gibt es reale Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern bei gleichwertiger Tätigkeit
110 (**Gender Pay Gap**) und eine generelle Schlechterstellung von typisch „weiblichen“ Berufen. Stereotype
111 und klassische Rollenbilder müssen daher aufgebrochen werden und **gleicher Lohn für gleiche Arbeit** gel-
112 ten! Wir fordern **die verpflichtende Angabe des Gehaltes bzw. der Eingruppierung** bereits in den
113 Stellenausschreibungen. Ebenso darf **keine pauschale Ausgrenzung von Bewerber*innen ohne Berufs-**
114 **erfahrung** erfolgen. Berufserfahrung als Voraussetzung muss die Ausnahme sein und in der Stellenausschrei-
115 bung begründet werden.

116 Wir fordern daher die Einführung von **gesetzlich festgeschriebenen anonymisierten Bewerbungsver-**
117 **fahren**. Vor dem ersten persönlichen Kontakt zwischen Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen soll
118 der einstellende Betrieb keine Informationen über Name, Alter, Geschlecht, Herkunft oder mögliche Behin-
119 derungen erhalten. Ebenso sind den Bewerbungen nicht länger Fotos beizufügen.

120 Da sachgrundlose Befristungen vielfach dazu missbraucht werden, eine Art „Probezeit“ zu generieren, die
121 faktisch weit über die gesetzlichen 6 Monate hinausgeht, fordern wir die **Abschaffung sachgrundloser**
122 **Befristungen**. Die Sachgründe für mögliche Befristungen müssen so eng wie möglich definiert werden,
123 um einen Missbrauch zu verhindern. So ist es nicht einzusehen, weshalb Berufseinsteiger*innen nach § 14
124 Abs. 1 Nr. 2 Teilzeit- und Befristungsgesetz befristet eingestellt werden können. Dies betrifft junge Menschen
125 besonders häufig, laut statistischem Bundesamt sind über 56 Prozent der befristet Beschäftigten unter 30.
126 Der Übergang in eine Anschlussbeschäftigung wird dadurch nicht erleichtert – im Gegenteil – die „Generation
127 befristet“ wird manifestiert. Befristungen erhöhen bei einem Stellenwechsel sowohl das Risiko wieder befristet
128 beschäftigt zu werden, als auch das Arbeitslosigkeitsrisiko. Insbesondere befristete Stellen im öffentlichen
129 Dienst erhöhen das Risiko von Befristungsketten.

130 Ebenso unnötig ist der Sachgrund der Erprobung in § 14 Abs. 1 Nr. 5 Teilzeit- und Befristungsgesetz, die Pro-
131 bezeit ist zu diesem Zwecke völlig ausreichend.

132 Dies gilt auch für die weitere **Einschränkung und Regulierung von Leiharbeit und Werkverträgen**. Das
133 Normalarbeitsverhältnis muss wieder normal werden – damit junge Leute planen können! Das Mittel der Leih-
134 arbeit muss wieder auf seinen ursprünglichen Sinn und Zweck zurückgeführt werden: der Abdeckung von
135 Auftragsspitzen. Da Arbeitnehmer*innen in Leiharbeit jedoch genauso viel leisten wie die Stammbeschäftigten

136 muss verpflichtend festgeschrieben werden, dass beide die gleiche Entlohnung und die gleichen Sonderzah-
 137 lungen beziehen. Leiharbeiter*innen sind keine Arbeiter*innen zweiter Klasse. Sie werden in Zeiten florieren-
 138 der Auftragslagen eingesetzt und können somit leicht fair entlohnt werden. Zur Unterbindung eines dauerhaf-
 139 ten Leiharbeitseinsatzes gilt es, Leiharbeiter*innen nach einem Jahr in die Stammbesellschaft unbefristet zu
 140 übernehmen.

141 Wichtig ist ebenso, dass die Landesregierung mit gutem Beispiel voran geht und als Voraussetzung für öffent-
 142 liche Vergaben und Förderungen die Innerbetriebliche Mitbestimmung und Tariftreue festlegt.

143 Positive Beispiele von Betriebs- und Personalratsarbeit sollten von der Landesregierung gewertschätzt und
 144 öffentlich gewürdigt werden, beispielsweise beim Erhalt der Standortsicherheit oder kreative Innovationen
 145 die zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen geführt haben.

146 Um gezielt gegen die Verhinderung von Betriebswahlen und Betriebsratsarbeit vorgehen zu können, sollen
 147 Schwerpunktsstaatsanwaltschaften zur juristischen Verfolgung gebildet werden.

148 Gute Arbeit lebt von einer **gut ausgestatteten Arbeitnehmer*innenvertretung**. Betriebs- und Personalräte
 149 vertreten die Interessen der Arbeiter*innen gegenüber der Gegenseite und brauchen dafür auch geeignete
 150 Mittel, um auf gleicher Augenhöhe agieren und das Bestmögliche für diejenigen, die sie vertreten, herauszu-
 151 holen. **Informations und Mitbestimmungsrechte** dürfen nicht nur auf dem Papier stehen, sie müssen in der
 152 Realität auch eingefordert werden dürfen, auch mit dem Mittel von **Sanktionsrechten**. Vor allem im Bereich
 153 der prekär Beschäftigten innerhalb eines Betriebs wie Leiharbeitsverträgen sind die Befugnisse der Arbeitneh-
 154 mer*innenvertretung besonders wichtig und ihre Befugnisse auszuweiten und zu verfestigen.

155 Planen können ist in Zeiten, in denen die Familienplanung ansteht oder nahe Angehörige gepflegt werden
 156 müssen oftmals schwierig. Zur Gestaltung **flexibler Arbeitszeitmodelle** fordern wir deshalb verschiedene
 157 Punkte und Regelungen:

- 158 • Einführung einer Arbeitsversicherung zur Absicherung längerer Auszeiten, wobei während der Beschäf-
 159 tigung ein Zeitguthaben angespart wird und eine finanzielle Absicherung für Zeiten reduzierter
 160 Arbeitszeit besteht.
- 161 • Arbeitszeitkonten für alle Arbeitnehmer*innen, um eine Kontrolle gesetzlicher Vorgaben und tarif-
 162 licher Vorgaben gewährleisten zu können und Beschäftigten einen Überblick über ihre Arbeitszeit
 163 zu bieten.
- 164 • Weiter sind flexible und individuelle Lösungen von Arbeitszeitmodellen gerade da bisher mög-
 165 lich, wo Arbeitnehmer*innen Mitbestimmungsmöglichkeiten haben. Dort wo es keine betriebli-
 166 chen oder tariflichen Regelungen gibt, muss es Initiativen und Anreize geben, solche zu schaffen.

167

168 **Weiterbildung** ist ein zentrales Element in der heutigen Arbeitspraxis. Aus diesem Grund müssen verbindli-
 169 che Qualitätsanforderungen für die Lernprozessgestaltung beschrieben werden, beispielsweise durch
 170 die Verankerung eines Fortbildungsrahmenplanes, analog zu den Rahmenplänen in der beruflichen
 171 Ausbildung. Bildungsanbieter*innen in der beruflichen Fortbildung sollten zukünftig ein anerkanntes Qua-
 172 litätssicherungssystem verpflichtend anwenden. Ein Beratungsangebot zum Fortbildungsziel, über Prüfungs-
 173 struktur, Prüfungsablauf, Prüfungsmethoden und über die Zulassungsvoraussetzungen zur Prüfung muss von
 174 der*dem Bildungsanbieter*in sichergestellt werden. Der **Anspruch auf 5 Tage Bildungsurlaub** muss endlich
 175 auch in Bayern gelten! Damit wird man endlich der **Stärkung der hochangesehenen ehrenamtlichen Ar-**
 176 **beit** gerecht. Wer sich ehrenamtlich engagiert darf keine Nachteile in Ausbildung und Arbeit fürchten.

177 Die Struktur des Arbeitsmarktes wird sich in den kommenden Jahren vor allem im Zuge der Digitalisierung
 178 verändern, die Arbeitsplätze in der Industrie werden weniger. Andere Bereiche werden jedoch mit Sicherheit
 179 wachsen: der **Bedarf an Personal in den Sozial- und Gesundheitsberufen** kann schon jetzt nicht gedeckt
 180 werden. Die Berufe sind vor allem wegen der **schlechten Bezahlung** und der **hohen Arbeitsbelastung un-**
 181 **attraktiv**.

182 Eine zentrale gesellschaftliche Aufgabe wird es in den kommenden Jahren sein, diese **Berufe attraktiv zu**
 183 **machen**. Die Kommunen, Bezirke und Länder sind oftmals Träger von sozialen Einrichtungen, Krankenhäu-
 184 sern und Kinderbetreuungseinrichtungen. An dieser Stelle kann direkt Einfluss auf Arbeitsbedingungen und

185 Entlohnung genommen werden. Jedoch müssen auch in Bereichen der freien Träger Verbesserungen erzielt
186 werden. Auch das ist Aufgabe der öffentlichen Hand, da diese deren Tätigkeiten finanziert.

187 Der öffentliche Dienst, mit dem **Arbeitgeber Freistaat Bayern**, hat Vorbildcharakter. In den letzten Jahren
188 kommt es jedoch auch hier zu einer immer weiteren Verdichtung von Arbeit. Der Freistaat Bayern muss der
189 Verantwortung gerecht werden und für ausreichende Personalausstattung sorgen und über die Erhöhung der
190 Mittel im Haushalt des Freistaats Bayern die Kommunen in der Umsetzung unterstützen. Der öffentliche Dienst
191 darf nicht kaputt gespart werden!

192 Die Vorbildrolle des Bundeslandes beschränkt sich jedoch nicht nur auf den öffentlichen Dienst. Auch in der
193 aktiven Arbeitsmarktpolitik muss eine Vorreiterrolle ernstgenommen werden. Der öffentliche Beschäftigungs-
194 sektor bietet die Möglichkeit, Menschen, die über jahrelange Arbeitslosigkeit ins Abseits der Gesellschaft ge-
195 stellt wurden, zu **Erwerbsarbeit** und somit zur Teilhabe zu verhelfen. Dafür müssen die Kommunen mit fi-
196 nanziellen Mitteln des Landes ausgestattet werden. Dies bietet die Möglichkeit, Menschen die hoffnungslos
197 in Harz IV und ab Erreichen des Rentenalters oder bei Arbeitsunfähigkeit SGB XII beziehen, zu Sozialversiche-
198 rungspflichtiger Anstellung zurück zu kommen.

Antragsteller*innen

Jusos Schwaben

E-Mail: anna.rasehorn@jusos-bayern.de

Telefon:

A-2

Titel	Eine gerechte Probezeit und ein Kündigungsschutz für alle!	
Antragsteller*innen	Jusos Oberbayern	
Adressat*innen	Juso-Bundeskongress, BayernSPD-Landesparteitag	Juso-Landeskonferenz,
<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt

Eine gerechte Probezeit und ein Kündigungsschutz für alle!

- 1 Eine Probe- und Abtastphase ist notwendig und sinnvoll zu Beginn eines Beschäftigungsverhältnisses. Dieses
 2 muss jedoch im Verhältnis zur Beschäftigung und zur Beschäftigungsdauer stehen. Die derzeitige Regelung
 3 der Probezeit steht in keinster Weise in einem so gearteten Verhältnis.
- 4 Die möglichen Auslegungen der Probezeitregelungen dienen hauptsächlich dem Interesse der Arbeitgebenden.
 5 Zwar ist im im BGB festgelegt, dass die Probezeit „längstens für die Dauer von sechs Monaten“ gilt, den-
 6 noch sieht es in der Realität anders aus. Eine Probezeit, die mit sechs Monaten ausgelegt ist, wird in der Regel
 7 nicht geprüft und muss nicht begründet werden. In einigen Berufen ist es allerdings üblich, selbst wenn diese
 8 Arbeitsverhältnisse befristet sind, die Probezeit zu verlängern. Hierbei handelt es sich meist um künstlerische
 9 Berufe. Auch in diesen Berufssparten finden wir, muss eine Feststellung der Kompatibilität zwischen der*dem
 10 Arbeitgebenden und der*dem Arbeitnehmenden innerhalb sechs Monate möglich sein. Deswegen fordern wir
 11 die maximale Dauer der Probezeit, ohne Ausnahme, auf sechs Monate zu beschränken.
- 12 Des Weiteren ist sogar eine Probezeit, die über die Anstellungsdauer hinausgeht, möglich. Ist eine Person zum
 13 Beispiel für vier Monate angestellt, kann die Probezeit trotzdem sechs Monate betragen. Bei einer Verlänge-
 14 rung der Anstellung, verfallen die zwei Monate nicht, sondern werden einfach weiterhin als Probezeit gewertet.
 15 Dies bedeutet eine wahnsinnige Unsicherheit und einen riesigen Druck auf Arbeitnehmende, die sich in diesen
 16 Fällen eh schon in befristeten Arbeitsverhältnissen befinden. Aus diesem Grund fordern wir eine Staffelung der
 17 Dauer der Probezeit, die sich an der Dauer der Anstellung misst und diese in keinem Fall überschreiten darf.
 18 Außerdem ist die Möglichkeit Arbeitnehmer*innen zur Erprobung zu befristen abzuschaffen, die Probezeit ist
 19 hier ausreichend. §14 Abs. 1 Satz 2 Nr. 5 TzBfG ist daher zu streichen.
- 20 Als weiteres Manko sehen wir auch den Geltungsbereich und das geltend werden des Kündigungsschutzge-
 21 setzes. Selbst bei einer dreimonatigen Probezeit, gilt die Schutzwirkung des Kündigungsschutzgesetzes erst
 22 nach dem sechsten Monat der Betriebszugehörigkeit eines*einer Arbeitnehmer*in. Dies gilt auch nur für Be-
 23 triebe mit mehr als 10 Angestellten. Um hier nicht eine versteckte Verlängerung der Probezeit zu ermöglichen,
 24 fordern wir das Inkrafttreten des Kündigungsschutzgesetzes mit dem Tag des Auslaufens der Probezeit. Dies
 25 muss auch für Kleinbetriebe gelten. Es ist für uns nicht ersichtlich, weshalb Arbeitnehmende in Kleinbetrieben
 26 unter einem geringerer Arbeitnehmer*innenschutz leiden sollten.

Antragsteller*innen

Jusos Oberbayern

E-Mail: magdalena.wagner@jusos-bayern.de

Telefon:

A-3

Titel	Befristete Aushilfsverträge und Sachgrundbefristungen wegen Saisonarbeit müssen dringend limitiert werden		
Antragsteller*innen	Jusos Oberfranken		
Adressat*innen	Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, SPD-Bundesparteitag, BayernSPD-Landesparteitag		
<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt	

Befristete Aushilfsverträge und Sachgrundbefristungen wegen Saisonarbeit müssen dringend limitiert werden

- 1 n vielen Berufsbranchen wie der Gastronomie, Süßwarenbetrieben, Textilindustrie, etc. gehören befristete
 2 Aushilfs- und Saisonarbeitsverträge zum Alltag. Vor allem in Unternehmen, die offiziell nicht als Saisonbetriebe
 3 anerkannt sind und die teilweise auch einem Tarifvertrag obliegen, stehen Saisonverträge auf der Tagesord-
 4 nung.
- 5 Durch diese Saisonverträge werden tarifliche Sonderleistungen wie Weihnachts- und Urlaubsgeld regelrecht
 6 eingespart. Auch haben Saisonarbeiterinnen und -Arbeitnehmer weniger Urlaubstage als Festangestellte
 7 und dürfen diesen nur dann für sich in Anspruch nehmen, wenn die Festangestellten ihren Urlaub verplant
 8 haben. Sie arbeiten auch oft zum Mindestlohn – Der Tariflohn wird dadurch eingespart. Zudem kommt eine
 9 Betriebszugehörigkeit nicht zu Stande, obwohl die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schon teils seit über
 10 25 Jahren in der gleichen Saisonarbeit im gleichen Betrieb tätig sind. Es handelt sich hierbei oft um befristete
 11 Kettenverträge aus Sachgründen.
- 12 Dies kann schlicht und einfach nicht sein. Das ist ungerecht und respektlos seinen Mitarbeiterinnen und Mit-
 13 arbeitern gegenüber. Man kann nicht immer wiederkehrend die gleichen Leute für die immer gleiche Saison-
 14 arbeit im gleichen Unternehmen mit solchen Verträgen vom Arbeitsmarkt holen und sie dann beschäftigen.
 15 Das ist unmenschlich und grenzt schier an Ausbeutung. Wir können daher nicht so tun als wüsste man nichts
 16 davon.
- 17 Wir fordern daher eine Limitierung von Aushilfsverträgen und Sachgrundbefristungen wegen Saisonar-
 18 beit.
- 19
- 20 Keine willkürlichen Vermittlungen von Jobs bei den Agenturen für Arbeit
- 21 Hinzu kommt dann auch, dass nach dem Saisonende die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vom Arbeits-
 22 amt abhängig sind. Beim Arbeitsamt angekommen, werden sie gleich in andere Firmen vermittelt. Meist sind
 23 es Zeitarbeitsfirmen, die selbst Arbeitssuchende für eine befristete Stelle anfordern. Wenn diese Menschen
 24 diese Stelle nicht annehmen, wird das Arbeitslosengeld gestrichen und wenn sie sie annehmen, dann kann es
 25 passieren, dass die Chance auf einen Wiedereinstieg in die vorhergehende Saisonarbeit dadurch verhindert
 26 wird. Für die Arbeitssuchenden heißt das konkret: Man geht von einem Saisonarbeitsverhältnis in die nächste
 27 Saisonarbeit oder in ein Arbeitsverhältnis, das nur für ein paar Wochen befristet ist. Das kann nicht Sinn und
 28 Zweck der Sache sein.
- 29 Daher fordern wir, die rasche Beendigung der willkürlichen Vermittlungen von Jobs bei den Agenturen für Ar-
 30 beit. Zudem fordern wir ein Recht auf Urlaubstage und einem dazugehörigen Urlaubsgeld, Lohnausgleich bei
 31 Krankheit der Arbeitnehmer*Innen. Diese Regelung betrifft die Unternehmen und Subunternehmen, die aus-
 32 schließlich Saisonarbeitskräfte beschäftigen. Ein Saisonales Arbeitsverhältnis wir nach zweimaliger Einstellung

33 beim (Sub-) Unternehmen automatisch ein unbefristetes Arbeitsverhältnis, in dem ausgemachten Zeitraum. In
34 der Zeit in er nicht in diesem Unternehmen gearbeitet wird ruht das Arbeitsverhältnis und es kann ein anderes
35 Arbeitsverhältnis aufgenommen werden. Diese Menschen landen nicht freiwillig bei den Arbeitsämtern. Sie
36 werden regelrecht von Arbeitgebern dorthin geschickt, deshalb haben sie auch das Recht ordentlich angehört
37 und betreut zu werden. Bei Kettenbefristungen aus Sachgründen liegt es eindeutig auf der Hand, dass sie nach
38 einem gewissen Zeitraum der Arbeitslosigkeit wieder zu ihren alten Bedingungen in ihrem zuvor gearbeiteten
39 Betrieb genommen werden. Aus diesem Grund ist es sinnlos, solche Arbeitssuchenden in anderen Betriebe
40 zu vermitteln, in denen sie das gleiche Schicksal oder sogar noch schlimmer droht.

Antragsteller*innen

Jusos Oberfranken

E-Mail: sophia.fischer@jusos-bayern.de

Telefon:

A-4

Titel	Bessere Bezahlung von Erzieher*innen und Kinderpfleger*innen		
Antragsteller*innen	Jusos Niederbayern		
Adressat*innen	Juso-Landeskonferenz, BayernSPD-Landesparteitag		
<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt	

Bessere Bezahlung von Erzieher*innen und Kinderpfleger*innen

- 1 Heutzutage ist ja oft die Rede vom Pflegenotstand und von der ungerechten Bezahlung gerade im sozialen
 2 Bereich. Dabei gerät ein wichtiger Bereich der sozialen Arbeit in der Debatte leider in den Hintergrund und zwar
 3 der der Kindererziehung und der Kinderpflege. Auch in diesen Berufen herrscht zum großen Teil ein Mangel
 4 an Personal und beruflichem Nachwuchs. Dies hat zur Folge, dass auch die Qualität der Kinderbetreuung und
 5 Erziehung auf der Strecke bleibt. So ist es leider häufig der Fall, dass pro Gruppe in den Kindergärten und
 6 Kindertagesstätten immer mehr Kinder auf eine Erzieher*in kommen. Diese Tatsache bedeutet nicht nur
 7 eine zusätzliche Belastung für Erzieher*innen und Kinderpfleger*innen, sondern auch eine nicht ausreichende
 8 Betreuungszeit pro Kind. Auch wenn das Personal diese gerne aufbringen würde, ist dies leider des Öfteren
 9 nicht möglich.
- 10 Dieser Problematik kann auf lange Sicht entgegengesteuert werden, indem Berufsfelder der Kinderpflege und
 11 -erziehung wieder attraktiver gemacht werden. So soll der bestehende Mangel an Fachpersonal behoben und
 12 ein weiteres Verschlimmern verhindert werden. Es ist wichtig die Berufsstände der Erzieher*innen und Kinder-
 13 pfleger*innen durch bessere Bezahlung und bessere Ausbildung aufzuwerten. Es muss uns wieder gelingen
 14 Menschen für diese Berufe zu begeistern und zudem den Personen die diese Berufe bereits ergriffen ha-
 15 ben für ihren Einsatz gebührend zu entlohnen. Nach fünf Jahren Ausbildung beträgt das durchschnittliche
 16 Einstiegsgehalt für Erzieher*innen lediglich 2300 Euro brutto im Monat. Nach fünf Jahren Ausbildung beträgt
 17 das durchschnittliche Einstiegsgehalt für Erzieher*innen lediglich 2300 Euro brutto im Monat. Nach vier Jah-
 18 ren im Beruf sind es 2700 Euro brutto. Das maximale Gehalt beträgt für Erzieher*innen 3300 Euro brutto. Bei
 19 Kinderpfleger*innen beträgt das Einstiegsgehalt je nachdem zwischen 1400 Euro und 2000 Euro brutto, bei
 20 drei Jahren Ausbildung. Dies entlohnt kaum für die mühsame Arbeit und reicht zudem kaum für ein gutes
 21 Leben, ganz gleich ob man den Beruf der Erzieher*in oder Kinderpfleger*in ergreift. Entsprechend fordern
 22 wir eine deutliche Erhöhung der Entgelte für Erzieher*innen und Kinderpfleger*innen. Über eine Änderung
 23 der Eingruppierung im Öffentlichen Dienst soll nachgedacht werden. Die Einführung einer zusätzlichen Be-
 24 soldungsgruppe kann dabei als Maßnahme in Betracht gezogen werden. Zusätzlich ist die Ausbildung von
 25 Erzieher*innen und Kinderpfleger*innen durch die Verlagerung an Fachhochschulen aufzuwerten. Ein akade-
 26 mischer Abschluss lässt eine höhere Einstufung im Öffentlichen Dienst rechtfertigen.
- 27 Deshalb fordern wir Jusos Straubing, dass die SPD die Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft GEW bei
 28 ihren Forderungen für eine bessere Bezahlung von Erzieher*innen und auch für Kinderpfleger*innen klar un-
 29 terstützt. Zudem fordern wir, dass sich die SPD bemüht, dass dieses Thema die notwendige Aufmerksamkeit
 30 bekommt. Denn bei der Erziehung und der Pflege unserer Kinder dürfen wir nicht sparen und ihnen das best-
 31 mögliche zukommen lassen. Dabei können wir uns einen Mangel an Fachkräften keinesfalls leisten.

Antragsteller*innen

Jusos Niederbayern

E-Mail: luisa.haag@jusos-bayern.de

Telefon:

B Bildung

B Bildung

B-1	Jusos Unterfranken	Bildung – jetzt mal richtig! Unsere bildungspolitischen Forderungen zur Landtagswahl 2018 in Bayern	21
B-2	Jusos Mittelfranken	Mehr Praktika an Gymnasien	24
B-3	Jusos Mittelfranken	Die Zeitschrift „Schule und Wir“ in das digitale Zeitalter führen	25
B-4	Jusos Mittelfranken	Medienpädagogik ist kein Erweiterungsfach, es ist Pflicht!	26
B-5	Jusos Niederbayern	Sexualkundeunterricht zeitgemäß, modern gestalten	28
B-6	Jusos Niederbayern	Mehr politische und kulturelle Bildungseinrichtungen für Jugendliche im ländlichen Raum	30

B-1

Titel Bildung – jetzt mal richtig! Unsere bildungspolitischen Forderungen zur Landtagswahl 2018 in Bayern

Antragsteller*innen Jusos Unterfranken

Adressat*innen Juso-Landeskonferenz

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

Bildung – jetzt mal richtig! Unsere bildungspolitischen Forderungen zur Landtagswahl 2018 in Bayern

1 Bildung ist eines der wichtigsten Dinge im Leben jedes Menschen. Sie wird oft unterschätzt. Wissen ist Macht
2 und wir wollen, dass von dieser Macht alle etwas abbekommen. Gemeinsame Erfahrungen, wie gemeinsam zur
3 Schule zu gehen, schweißt die Gesellschaft zusammen. Egal ob Lesen, miteinander umgehen, andere Sprachen
4 oder höhere Mathematik – alles kann man lernen. Wir müssen uns fragen, welches Wissen alle Menschen in
5 Bayern haben sollen und wen wir wie fördern wollen.

6 Gute Bildung kostet. Der Freistaat Bayern muss deutlich mehr Geld in Bildung für alle investieren.

7 In Bayern wollen wir im Bereich Bildung nach der nächsten Landtagswahl einiges verbessern.

8 Das ist Folgendes:

9 **1. Kostenlose KiTa- und Krippenplätze**

10 Wir wollen, dass alle Menschen in Bayern vom Kindesalter an die bestmögliche Bildung bekommen. Uns ist da-
11 bei Gerechtigkeit zentral: Niemand soll schlechter gebildet werden oder schlechtere Chancen haben, nur weil
12 er*sie bzw. die Eltern wenig Geld haben. Derzeit haben Kinder aus ärmeren Familien aber deutlich schlechtere
13 Chancen, einen hohen Bildungsabschluss zu erreichen. Das wollen wir nicht länger hinnehmen.

14 Alle Kinder sollen die Chance bekommen von frühkindlicher Bildung zu profitieren. Aus diesem Grund müssen
15 Kindertagesstätten beitragsfrei sein. Dies soll vor allem einkommensschwächere Familien entlasten und die
16 Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärken. Wer selbst für den Lebensunterhalt der Familie sorgt, verdient
17 dafür gute Rahmenbedingungen des Staates.

18 Um die Kommunen nicht übermäßig zu belasten muss der Freistaat Bayern in vollem Umfang für die entfallenen
19 Beiträge aufkommen.

20 Der kostenfreie Besuch der Kitas würde den Bildungs- und Erziehungsauftrag der Kindertagesstätten unter-
21 streichen und zusätzliche Anreize zum Besuch der Einrichtungen geben. Dadurch könnten mehr Kinder zu
22 einem frühen Zeitpunkt gefördert werden. Die finanzielle Entlastung der Eltern würde soziale Hürden beseiti-
23 gen und einen Beitrag zu mehr Chancengleichheit leisten. Für alle Kinder – ob aus sozial schwachen oder gut
24 situierten Familien oder mit Migrationshintergrund – ist ein frühzeitiger Besuch einer Krippe oder Kinderta-
25 gesstätte von hoher Bedeutung für die Bildung und Entwicklung der sozialen Kompetenzen.

26 **2. Gesamtschulen**

27 Wir müssen allen Kindern ermöglichen, den Schulabschluss zu machen, den sie möchten. Wir wollen, dass flä-
28 chendeckend in Bayern Gesamtschulen eingeführt werden. Diese Schulen müssen folgende Schulabschlüsse
29 ermöglichen: qualifizierter Hauptschulabschluss, mittlere Reife und Abitur.

30 Jedes Kind mit einem Grundschulabschluss ist berechtigt, diese Schulen zu besuchen, unabhängig von Noten,
31 Glauben oder dem Geldbeutel der Eltern. Diese Schulen sollen alle Kinder in jedem einzelnen Fach entspre-

32 chend ihrer Fähigkeiten fördern. Das bedeutet, dass die Kinder ab der 7. Klasse in einigen Fächern nach ihren
33 Fähigkeiten in kleineren Gruppen aufgeteilt werden. In allen anderen Fächern sollen sie gemeinsam in der
34 Klasse unterrichtet werden. In jeder Klasse sollten maximal 18 Schüler*innen sein. Diese Schulen sollen Ganz-
35 tagsschulen sein.

36 In der 5. und 6. Klasse muss eine zweite stärker sozialpädagogisch geschulte Lehrkraft im Unterricht anwesend
37 sein. Diese ist dauerhaft für mehrere Klassen, max. aber drei, zuständig und gibt der regulären Lehrkraft bei
38 schwierigen Fällen Unterstützung im Unterricht.

39 In der Oberstufe muss es allen Schüler*innen möglich sein, zwischen verschiedenen Unterrichtsfächern aus-
40 zuwählen und eigene Schwerpunkte zu setzen. Schüler*innen können zwischen Fremdsprachen auswählen.
41 Sie entscheiden selbst, ob sie beispielsweise ein paar geistes-, naturwissenschaftliche oder künstlerische Fä-
42 cher oder Sprachen belegen. Es kann nicht sein, dass sie dafür die Schule wechseln müssen. Gesamtschulen
43 müssen all diese Fächerkombinationen anbieten. Die Schüler*innen entscheiden mit, in welchen Fächern sie
44 Abschlussprüfungen ablegen.

45 **3. Kostenloses Mittagessen**

46 Wir fordern kostenloses Mittagessen in allen Schulen, Krippen und Kindertagesstätten. Und das jeden Tag.
47 Dieses Essen muss allgemeinen Richtlinien zur gesunden Ernährung entsprechend. Mindestens die Hälfte des
48 Mittagessens muss aus Gemüse bestehen. Es ist wichtig, dass Kinder in ihrer Entwicklung unterstützt und
49 gefördert werden und dazu gehört auch eine ausreichend gesunde und nahrhafte Ernährung.

50 **4. Kleinere Klassen, mehr Lehrer*innen**

51 Je kleiner eine Schulklasse ist, desto stärker kann ein*e Lehrer*in auf jede einzelne Person eingehen. Dadurch
52 verbessert sich der Unterricht maßgeblich. Wir fordern daher, dass Bayern mehr Lehrer*innen einstellt.

53 Das sorgt für

- 54 • Unterricht mit höherer Qualität
- 55 • Weniger arbeitssuchende Lehrer*innen

56 Langfristig sind nicht mehr als 18 Kinder pro Klasse zu unterrichten.

57 **5. Für G9! Wir wollen 13 Schuljahre bis zum Abitur**

58 **6. Kostenlosen Nahverkehr für Schüler*innen, Studierende und Auszubildende**

59 Wir fordern kostenlose Tickets für den Nahverkehr für Schüler*innen, Auszubildende und Studierende, so-
60 dass alle ihre Schulen, Hochschulen und Ausbildungsstätte erreichen können. Aus diesem Grund bekräf-
61 tigen wir unseren Beschluss der außerordentlichen Landeskonzferenz 2017 „Bayernweites Schüler*innen-
62 ,Auszubildenden-undStudierendenticketjetzt!“.

63 Ein landesweites ÖPNV-Ticket für Schüler*innen, Auszubildende und Studierende ist nur mit einem Teilzu-
64 schuss des Freistaates Bayern realisierbar. Anders würde der Einzelpreis ins unbezahlbare abdriften. Wir for-
65 dern deshalb eine Deckelung des Solidarbeitrags der Einzahlenden auf maximal 100€. Alle Kosten des Ti-
66 ckets, die über den gedeckelten Solidarbeitrag hinausgehen, sind aus dem Haushalt des Freistaates zu ent-
67 richten.

68 **7. Mehr Sozialarbeit an Schulen**

69 Bayern muss an jeder Schule mindestens eine*n Sozialarbeiter*in in Vollzeit und unbefristet einstellen. An
70 größeren Schulen müssen mehr Sozialarbeiter*innen eingestellt werden. Außerdem müssen Schulen die Mög-
71 lichkeit haben, besonderen Bedarf an Sozialarbeitenden melden zu können. In dem Fall muss das Land Bayern
72 dazu verpflichtet werden können, an diesen Schulen schnellstmöglich zusätzliche Sozialarbeitende einzustel-
73 len.

74 **8. Mehr Politikunterricht**

75 In jeder Schule in Bayern soll es ab der 5. Klasse bis zum Abschluss mindestens eine Stunde in der Woche
76 Politikunterricht geben.

77 **9. Gebäude und Ausstattung**

78 Wie leben im 21. Jahrhundert, doch das ist in vielen Schulen und Hochschulen in Bayern noch nicht ganz an-
79 gekommen. Eine Schule mit zerbröckelnder Fassade und abblättrender Farbe sorgt für keine geeignete Lern-
80 atmosphäre. Jeder Bildungsort braucht moderne Arbeitsmittel, z. B. eine ausreichende Menge an modernen
81 Computern in jeder Schule. Außerdem fordern wir, dass alle Gebäude von Schulen und Hochschulen in Bayern
82 barrierefrei sein müssen.

83 **10. Medienkompetenz**

84 An bayerischen Schulen sollen die Schüler*innen im Umgang mit analogen und digitalen Medien besser ge-
85 schult werden. Dazu gehört ein kritischer Medienkonsum genauso wie der richtige Umgang mit Sozialen Me-
86 dien. Vor allem digitale Medien nehmen einen immer größeren Platz im Alltag von Kindern und Jugendlichen
87 ein. Die Stärkung der Medienkompetenz sollte deshalb Teil eines jeden Lehrplans sein und darüber hinaus
88 auch in Fortbildungen für Lehrer*innen thematisiert werden.

89 **11. Abschaffung des Kooperationsverbots**

90 Der Freistaat Bayern soll sich auf Bundesebene für die vollständige Abschaffung des Kooperationsverbots
91 einsetzen.

92 **12. Verfasste Studierendenschaft**

93 Damit eine Gesellschaft demokratisch ist, müssen alle Menschen daran teilhaben und sie demokratisch mit-
94 gestalten können. Das beginnt im direkten Lebensumfeld der Menschen. Wir brauchen deshalb an Hochschu-
95 len Verfasste Studierendenschaften: Sie sorgen dafür, dass Studierende ihre Interessen selbst vertreten kön-
96 nen.

97 Wir fordern, dass die Verfassten Studierendenschaften wieder eingeführt werden. Sie müssen Satzungsauto-
98 nomie, Beitragshoheit und ein politisches Mandat haben.

Antragsteller*innen

Jusos Unterfranken

E-Mail: michael.reitmair@jusos-bayern.de

Telefon:

B-2

Titel Mehr Praktika an Gymnasien

Antragsteller*innen Jusos Mittelfranken

Adressat*innen Juso-Landeskonferenz

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

Mehr Praktika an Gymnasien

1 Die Jusos Nürnberg fordern, dass Gymnasien sich verpflichten den Schüler*innen bereits ab Anfang der
2 Mittelstufe die Befreiung für ein verbindliches einwöchiges Praktikum zu ermöglichen, neben dem von der
3 Schule verpflichtenden Praktikum in der neunten Klasse.

4

5 **Begründung**

6 Je mehr Praktika man absolviert, desto besser kann man erkennen, ob persönliche Interessensgebiete
7 tatsächlich als ein zukünftiger Beruf in Frage kommen. Für die Weiterbildung der Schüler*innen in der
8 Frage der Berufs- und Studienorientierung ist das einwöchige Pflichtpraktikum in der neunten Klasse alleine
9 ungenügend. Die in der Oberstufe einsetzenden P-Seminare ändern daran nicht viel, weil sie einerseits viel
10 zu spät mit der Berufs- und Studienorientierung beginnen und andererseits überwiegend ein theoretisches
11 Wissen und Erfahrungen vermitteln. In der Oberstufe beginnt der Marathon des Punktesammelns für das
12 Abitur, die Schüler*innen stehen unter enormen Druck, auch zeitlichem. Zusätzlich belastet viele die Unsi-
13 cherheit über den Weg nach dem Abitur. Diese Unsicherheit könnte mit einer früher einsetzenden Berufs-
14 und Studienorientierung genommen werden. So sollte allen Schüler*innen, auf Verlangen, ein zusätzliches
15 Praktikum von einer Woche in der Mittelstufe gewährt werden, damit sie einen besseren Einblick in das
16 Berufsleben kriegen und auch ihre eigenen Erfahrungen vergleichen können. Diese Erfahrungen, die man
17 während eines Praktikums erlangt, sind entscheidend für ihre Persönlichkeits- und Charakterbildung und
18 tragen essentiell zur Entscheidung über einen zukünftigen Berufsweg bei. Gerade bei Schüler*innen, die das
19 Gymnasium nach der neunten oder zehnten Klasse verlassen, ist eine dementsprechende Berufsorientierung
20 unerlässlich, da sie dazu ohne praktisches und theoretisches Wissen von der Schule gehen.

Antragsteller*innen

Jusos Mittelfranken

E-Mail: daniel.rothenbuecher@jusos-bayern.de

Telefon:

B-3

Titel Die Zeitschrift „Schule und Wir“ in das digitale Zeitalter führen

Antragsteller*innen Jusos Mittelfranken

Adressat*innen Juso-Landeskonferenz

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

Die Zeitschrift „Schule und Wir“ in das digitale Zeitalter führen

1 Die Jusos Nürnberg fordern, dass die Verbreitung der Zeitschrift „Schule und Wir“ des Kultusministeriums ab
2 sofort in digitaler Form und nur nach Anfrage in gedruckter Form publiziert wird.

3

4 **Begründung**

5 Die seit 1972 bestehende Zeitschrift erreicht auf dem bisherigen Weg in den meisten Fällen nicht wie
6 ursprünglich geplant die Eltern der Schüler*innen, sondern wird davor von den Schüler*innen entweder
7 verunstaltet oder entsorgt. Durch diesen Sachverhalt verfehlt die Herausgabe der Zeitschrift deutlich ihr Ziel
8 und stellt so eher eine Umweltbelastung, als einen wirklichen Nutzen im Sinne der Informationsweitergabe
9 an die Eltern dar. Selbst wenn die Zeitschrift umweltfreundlicher produziert wird, ist gar keine oder eine
10 verminderte Produktion noch deutlich umweltfreundlicher. Um vor allem unsere Umwelt zu schützen und der
11 Papierflut ein Ende zu setzen, fordern wir, die vom Kultusministerium herausgegebene Zeitschrift zukünftig
12 nur noch online oder auf Bestellung zu Verfügung zu stellen. Dabei kann die Zeitschrift beispielsweise auf
13 der Plattform „Mebis“ des bayrischen Kultusministeriums veröffentlicht werden, bei welchen schon mehr als
14 3000 Schulen in Bayern teilnehmen. Hier sind die Schüler*innen verpflichtet sich täglich über Entwicklungen
15 auf der Seite zu informieren. Auch eine direkte Weiterleitung an die Eltern per ESIS (Elektronisches Schüler
16 Informations-System) kann in Erwägung gezogen werden, durch dieses System werden in vielen Schulen in
17 Bayern bereits die Elternbriefe weitergeleitet. Durch das einzelne Angebot einer Bestellung der Zeitschrift
18 wird verhindert, dass Personen benachteiligt werden, die eventuell keinen Anschluss zum Internet besitzen
19 oder nicht an den elektronischen Systemen teilnehmen können. Des Weiteren wird so auch eine effektive
20 und zielgerichtete Zustellung des Magazins sichergestellt, da nur noch wirklich interessierte Personen
21 erreicht werden, was wiederum auch unnötig hohem Papierverbrauch entgegenwirkt. (basierend auf die
22 Bezirksaussprachetagung der Gymnasien in Mittelfranken.

Antragsteller*innen

Jusos Mittelfranken

E-Mail: daniel.rothenbuecher@jusos-bayern.de

Telefon:

B-4

Titel	Medienpädagogik ist kein Erweiterungsfach, es ist Pflicht!		
Antragsteller*innen	Jusos Mittelfranken		
Adressat*innen	Juso-Landeskonferenz, BayernSPD-Landesparteitag		
<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt	

Medienpädagogik ist kein Erweiterungsfach, es ist Pflicht!

- 1 Für die Lehramtsstudiengänge an den bayerischen Universitäten und Hochschulen fordern wir eine Reform
 2 beim Erweiterungsfach Medienpädagogik. Es soll in seiner jetzigen Form aufgelöst werden und seine Lehrin-
 3 halte zu Pflichtveranstaltungen für alle Lehramtsstudent*innen in Bayern werden.
- 4 Dafür braucht es Anpassungen beim Bayerischen Lehrerbildungsgesetz, bei der Lehramtsprüfungsordnung
 5 I (und II) sowie den Studien- und Prüfungsordnungen der einzelnen Universitäten. Hat eine Universität
 6 oder Hochschule das Fach noch nicht in seinem Angebot, ist sie dazu aufgefordert, so schnell wie möglich
 7 passende Strukturen und Inhalte für die Lehramtsstudent*innen zu schaffen. Das Kultusministerium soll
 8 hierbei unterstützen und entsprechende Finanzmittel zur Verfügung stellen.
- 9
- 10 **Begründung**
- 11 Es ist essentiell, dass die Lehrer*innen heutzutage mit den digitalen Medien vertraut sind und deren Chan-
 12 cen für den Schulunterricht erkennen. Die Lehrer*innenaus- und -weiterbildung muss darauf vorbereiten,
 13 doch hinkt sie diesen Ansprüchen weit hinterher, weil die Debatten viel zu oft nur um die Infrastruktur
 14 kreisen.
- 15 Der vom Kultusministerium hochgelobte Masterplan BAYERN DIGITAL II ist in der Hinsicht eine einzige Enttäu-
 16 schung. Im Grunde sind es gerade mal zwei Sätze im gesamten Papier, die auf das Thema konkret eingehen.
 17 An einer Stelle wird eine „flächenwirksame Fortbildungsoffensive für alle Lehrkräfte“ angekündigt, an einer
 18 anderen Stelle die Einrichtung von Kompetenzzentren für digitales Lehren und Lernen an den lehrerbilden-
 19 den Universitäten, so genannte DigiLLabs. Unabhängig davon, dass man sich in beiden Fällen weitere Details
 20 spart: beide Maßnahmen lösen nicht den Missstand, der im Moment vorherrscht.
- 21 **Wir brauchen dringend einen medienpädagogischen Masterplan für unsere bayerischen Schulen und**
 22 **vor allem für die Lehramtsstudiengänge an unseren Universitäten und Hochschulen!**
- 23 Im Moment ist der Grad an medienpädagogischer Ausbildung im Lehramt reine Lotterie. Für jedes Schulfach
 24 hat jede Universität seine eigene Studienordnung, die unheimlich stark von den Bedingungen vor Ort abhängig
 25 ist. Der Grundaufbau mag immer ähnlich sein, aber der Teufel steckt gerade hier im Detail. Ob zum Beispiel
 26 in der Fachdidaktik digitale Medien beim Thema Unterrichtsgestaltung eine Rolle spielen oder ob sie in der
 27 Allgemeinen Pädagogik mit eingebaut werden – das ist oft nicht einsehbar oder weist große Unterschiede auf.
 28 Einheitliche Standards zwischen den Universitäten – selbst innerhalb eines Schulfachs – existieren nicht. Es
 29 hängt mehr oder weniger vom Gutdünken des jeweiligen Lehrstuhls ab, ob digitale Bildung Teil des Studiums
 30 ist oder nicht.
- 31 Einziger Anker in diesem System ist derzeit das Erweiterungsfach Medienpädagogik, doch auch hier herrscht
 32 eine enorme Ungleichheit innerhalb des Freistaates. Im Moment wird dieses Erweiterungsfach gerade mal
 33 von drei Universitäten angeboten, und nur eine, die Uni München, bietet es für das Lehramt an beruflichen
 34 Schulen und das Lehramt für Sonderpädagogik an. An diesem untragbaren Zustand muss etwas geändert
 35 werden!
- 36 Es steht außer Frage, dass auch die Weiterbildung der bereits vorhandenen Lehrkräfte mehr Aufmerksamkeit

37 braucht und dass sehr viel Fingerspitzengefühl dabei gefragt ist. Noch wichtiger ist es jedoch, wirksame Struk-
38 turen für die Zukunft zu schaffen. In den kommenden Jahren erobert eine Generation die Universitäten, die
39 mit digitalen Medien selbstverständlich aufgewachsen ist. Sie mit einem Studium zu konfrontieren, das die
40 Digitalisierung im schlimmsten Fall völlig ausblendet – oder nicht den Willen hat, sich auf die Verbesserungen
41 durch digitale Bildung einzulassen – all das steigert nicht die Attraktivität dieses wichtigen Berufs.

42 Auch die CSU macht es sich in der Hinsicht viel zu einfach. Beim Thema digitale Medien und Digitalisierung
43 sieht sie in erster Linie die Lehrkräfte für Informatik in der Verantwortung. Informatik soll daher Pflichtfach
44 werden, die Didaktik für Informatik auch auf die Grund- und Mittelschule erweitert werden, so der Masterplan
45 BAYERN DIGITAL II. Das mag rein technisch betrachtet sinnvoll sein, aus pädagogischer Sicht eher weniger.
46 Eine so eingeschränkte Sicht auf das Thema Medienkompetenz ist fatal. Wie so oft in der Debatte kratzt man
47 bei der Medienpädagogik nur an der Oberfläche.

48 **Wir müssen endlich anfangen, darüber nachzudenken, wie man unabhängig von technischer Ausstat-**
49 **tung Medienkompetenz angemessen im Unterricht vermittelt und von Anfang an in die Lehrer*innen-**
50 **ausbildung einbaut.**

51 Es muss von Schulen nicht verlangt werden, dass sie technisch immer State-of-the-art sind – solange sie sich
52 nicht mehr auf dem Stand von Windows 98 befinden.

53 Soll das digitale Klassenzimmer an allen bayerischen Schulen Realität werden, wie vom Kultusministerium ge-
54 plant, ist es mit einer funktionierenden Breitbandverbindung und entsprechender IT-Ausstattung nicht getan,
55 auch nicht mit einer Stärkung des Faches Informatik in den Lehrplänen.

56 Die pädagogische Auseinandersetzung mit digitalen Medien ist im 21. Jahrhundert nicht mehr „Nice to have“,
57 es ist die Pflicht eines*r jeden Lehrer*in!

Antragsteller*innen

Jusos Mittelfranken

E-Mail: daniel.rothenbuecher@jusos-bayern.de

Telefon:

B-5

Titel Sexualekundeunterricht zeitgemäß, modern gestalten

Antragsteller*innen Jusos Niederbayern

Adressat*innen

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

Sexualekundeunterricht zeitgemäß, modern gestalten

1 Ein moderner Sexualunterricht sollte nicht nur dafür da sein, dass vor Gesundheitsrisiken gewarnt wird, Ver-
2 hütungsmethoden vorgestellt werden und die biologischen Grundlagen der Fortpflanzung näher gebracht
3 werden. Ein zeitgemäßer Sexualekundeunterricht sollte auch für den Umgang der Geschlechter miteinander
4 sensibilisieren.

5 Dazu gehören mehrere Dinge. Zum einen sollte die soziale Dimension der Geschlechterdefinitionen näher
6 gebracht werden. Außerdem müssen die sich wandelnden Geschlechterrollen behandelt werden. Weiterhin
7 sind auch andere Geschlechter als nur Frau und Mann einzubeziehen. Schon früh sollten junge Menschen mit
8 allen Geschlechteridentitäten in Kontakt kommen, um einen respektvollen und toleranten Umgang zu erler-
9 nen. Dabei soll die jeweilige Entwicklungsstufe der jungen Menschen berücksichtigt werden. Dies wäre eine
10 nachhaltige Strategie, um Diskriminierung und Ressentiments gegen queere Menschen vorzubeugen.

11 Des Weiteren muss, gerade im Hinblick auf die derzeitige „#metoo-Debatte“, im Umgang der Geschlechter mit-
12 einander eine tiefergehende Sensibilisierung entstehen. Die bestmögliche Prävention gegen sexuelle Übergrif-
13 fe und einem latenten alltäglichen Sexismus ist und bleibt das Bewusstmachen dieser Problematik. Die Ver-
14 mittlung von Toleranz und Respekt im alltäglichen Miteinander, vor allem in Bezug auf Interaktionen zwischen
15 den Geschlechtern, muss die Basis eines an die moderne Gesellschaft angepassten Sexualekundeunterrichts
16 sein. Dass die Awareness beim Thema Alltagssexismus über die schulische Bildung Teil einer gesellschaftli-
17 chen Identität wird, sehen wir als geeignetes und sogar nötiges Mittel an und glauben, dadurch einen ersten
18 Schritt zum schlussendlichen Verschwinden von Alltagssexismus und sexueller Belästigung erreichen zu kön-
19 nen.

20

21 **Deswegen fordern wir:**

22 Die SPD soll sich dafür einsetzen, dass alle Geschlechter Teil des Sexualekundeunterrichts werden nicht nur im
23 Sinne von Toleranz, sondern auch im Sinne von Akzeptanz.

24 Geschlechterrollen sind gesellschaftlich konstruierte Rollen. Wir fordern, dass der Umfang des Sexualekunde-
25 unterrichts über das binäre, heteronormative Geschlechtersystem hinaus geht.

26 Die Jusos fordern im Rahmen des Sexualekundeunterrichts eine frühe Sensibilisierung bei jungen Menschen
27 für Alltagssexismus und den Umgang der Geschlechter miteinander.

28 Lehrer:innen, die das Fach Sexualekunde lehren, müssen zu diesem Thema Weiterbildungen absolvieren, die
29 auch eine Awareness zum Thema bei ihnen sicherstellt.

30 Wir fordern, dass dem Sexualekundeunterricht an allen Schulen ein höheres Zeitkontingent zur Verfügung ge-
31 stellt wird.

Antragsteller*innen

Jusos Niederbayern

E-Mail: luisa.haag@jusos-bayern.de

Telefon:

B-6

Titel Mehr politische und kulturelle Bildungseinrichtungen für Jugendliche im ländlichen Raum

Antragsteller*innen Jusos Niederbayern

Adressat*innen

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

Mehr politische und kulturelle Bildungseinrichtungen für Jugendliche im ländlichen Raum

1 Die Jugend als Reifeprozess stellt den wohl prägendsten Abschnitt für die Identitätsfindung eines Menschen
2 dar. Mag zwar die Ausprägung dieses Prozesses von Individuum zu Individuum differieren, so teilen junge
3 Menschen dennoch gewisse Bedürfnisse;

4 Der Abnabelungsprozess vom Elternhaus mag ein solches sein, ebenso der Wunsch, eigene Stärken zu entde-
5 cken und auszubauen, selbstständig zu sein, neue Erfahrungen zu sammeln und, vor allem, sich mit Gleichalt-
6 rigen und / oder -gesinnten zu umgeben. Auch ist es im Jugendalter wichtig, eigene Grenzen und Schwächen
7 zu erkennen, möglichst zu lernen, mit diesen umzugehen. Dies kann Jugendlichen nur gelingen, wenn sie die
8 Chance haben, sich an Neuem auszutesten und dabei Rückmeldung von einem vertrauten, sozialen Gefüge
9 bekommen.

10

11 Eine bewährte Methode, die nicht nur mit Bildungsprogrammen, Veranstaltungen und Events speziell für Ju-
12 gendliche, sondern auch schlicht einem Treff- und Anlaufpunkt für genannte Zielgruppe aufwartet, sind Institu-
13 tionen wie Jugendtreffs/-zentren/-häuser etc. Diese Treffs existieren neben partei-, kirchlich oder institutionell
14 geprägten Jugendorganisationen und sind zweckfreie Einrichtungen mit „Wohnzimmer-Charakter“. Neben ei-
15 nem unbeeinflussten Bildungsauftrag erfüllen sie auch den Wunsch Jugendlicher, sich außerhalb von Vereinen
16 und Schule zu vernetzen. Während nicht Jede:r Anschluss zu kostenpflichtigen Freizeitaktivitäten hat, können
17 solche Jugendeinrichtungen eben Jenen die Möglichkeit geben, sich an handwerklichen und kreativen Ak-
18 tivitäten zu versuchen oder auch einmal Verantwortung für ein Amt zu übernehmen und sich in Teamarbeit,
19 „learning by doing“, zu schulen. Dies stärkt die Eigenverantwortung, das Selbstbewusstsein und den natürli-
20 chen Abnabelungsprozess von den Eltern, da Jugendliche sich in einem von übermächtigen Hierarchien und
21 Leistungsdruck freien Raum austoben können und durch das Wirkungsgefüge einer Institution, die zwar eine
22 Richtung weist, aber dennoch viel Platz für eigene Impulse und Mitarbeit lässt, an ihren Herausforderungen
23 wachsen.

24

25 Während in Städten eine große Auswahl an solchen Einrichtungen, ob in privater, kirchlicher oder öffentlicher
26 Hand, besteht, sind sie im ländlichen Raum kaum zu finden. Während es in Passau allein acht Jugendtreffs
27 gibt, gibt es im gesamten Landkreis lediglich zwei kirchliche Jugendbüros in Pocking und Hauzenberg, das sich
28 hauptsächlich auf Glaubensaktivitäten beschränkt. Dass es möglich wäre, Strukturen für mehr Jugendarbeit
29 auf dem Land zu schaffen, zeigen Sportvereine und kirchliche Verbände.

30

31 Dabei wäre es gerade im ländlichen Raum wichtig, solche selbstverwalteten Zufluchtsorte zur Verfügung zu
32 stellen. Da das ÖPNV-Netz auf dem Land nicht allzu flexibel ist und nicht Jede:r über ein eigenes Fahrzeug
33 verfügt, geschweige denn in unmittelbarer Nähe zu einer größeren Stadt lebt, fehlt es an Angebot an und

34 freier Auswahl der Freizeitgestaltung. Zwar zieht es junge Erwachsene immer häufiger in Ballungsräume und
 35 Städte, doch besteht auch ein Trend der Wiederkehr junger Familien in die Peripherie, weshalb ein Bedarf an
 36 Jugendeinrichtungen bestehen bleiben dürfte.

37

38 Räumliche wie zeitliche Isolation lassen Jugendlichen umso weniger Raum, sich abzunabeln und zu entfalten.
 39 Das enge Aufeinandersitzen mit der Familie und festgefahren sein im Altbekanntem in einer krisenschwan-
 40 genden Zeit wie der Pubertät birgt viel Konfliktpotential. Deshalb ist es besonders wichtig einen Ausgleich zu
 41 haben, der nicht an Geld, Interessen oder Hierarchien gebunden ist. Des Weiteren wären solche Jugendtreffs
 42 ein Anknüpfungspunkt, junge Menschen früh für den politischen Diskurs zu begeistern. Im ländlichen Raum
 43 ist ein solcher außerhalb von Schule und Gasthäusern eher nicht zu finden, in beiden Fällen ist mit einer inhalt-
 44 lich freien Debatte eher nicht zu rechnen. Würde man diesen durch das Etablieren bestimmter Plattformen
 45 anbieten, ließe sich ein gewisser Trend zur Politikverdrossenheit und Unmut auf das „Establishment“, das „un-
 46 erreichbar in den Großstädten thront“, abbauen. Auch könnten junge Menschen durch gezielte Projekte im
 47 voneinander Lernen für Themen wie sexuelle Identität und Geschlechtsidentität, Chancengleichheit, soziale
 48 Gerechtigkeit, Inklusion und Integration sensibilisiert und eingebettet werden.

49

50 Während der Bayerische Jugendring, die Kirchen und der Landessportverband ihnen untergeordnete Jugend-
 51 arbeit bezuschussen, bleibt die weitere Unterhaltung in privater Hand. Mögliche Finanzhilfe erfahren Jugend-
 52 zentren und die dort oft ehrenamtlich Arbeitenden höchstens durch Sponsoren oder die jeweiligen Gemein-
 53 den, welche allerdings häufig nicht über die entscheidenden Mittel verfügen. Der Freistaat Bayern muss den
 54 Gemeinden also unter die Arme greifen, um angemessene und angemessen flächendeckende Jugendzentren
 55 anzubieten.

56

57 Das Sozialgesetzbuch schreibt eine solche Förderung indirekt vor, siehe § 11 Abs. 1 SGB VIII : „Jungen Men-
 58 schen sind die zur Förderung ihrer Entwicklung erforderlichen Angebote der Jugendarbeit zur Verfügung zu
 59 stellen. Sie sollen an den Interessen junger Menschen anknüpfen und von ihnen mitbestimmt und mitgestal-
 60 tet werden, sie zur Selbstbestimmung befähigen und zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und zu sozialem
 61 Engagement anregen und hinführen.“ Dass der Freistaat Bayern im Umsetzen dessen bisher gescheitert ist,
 62 scheint offensichtlich. Freie Träger der Jugendarbeit müssen mehr Unterstützung aus öffentlicher Hand erfah-
 63 ren. Während eine Kooperation mit Organisationen wie ELER (Europäischer Landwirtschaftsfonds für ländliche
 64 Entwicklung), dem Bundesjugendring und dem Bund der deutschen Landjugend wünschenswert ist, müssen
 65 die eigenverantwortlichen Institutionen ihnen gerecht werdende Mittel zur Verfügung gestellt bekommen, um
 66 dauerhaft ein interessantes Programm anbieten zu können. Denn hat ein Jugendzentrum erst einmal Zulauf,
 67 ist sein Bestehen vorerst gesichert und selbst befeuernd.

68

69 **Konkrete Forderungen**

- 70 – Flächendeckend eigenverantwortliche und nicht zweckgebundene Bildungseinrichtungen für junge Men-
 71 schen schaffen, Ausbau solcher insbesondere im ländlichen Raum
- 72 – Entlastung der Gemeinden durch Bezuschussung von Jugendzentren durch den Freistaat Bayern
- 73 – Kooperation mit Dachverbänden, die in der Jugendarbeit tätig sind, aber nicht an eine höhere Institution
 74 (Kirche, Parteien, Sportverbände etc.) gebunden sind, beispielsweise ELER (Europäischer Landwirtschaftsfonds
 75 für ländliche Entwicklung), Bundesjugendring, Bund der deutschen Landjugend

Antragsteller*innen

Jusos Niederbayern

E-Mail: luisa.haag@jusos-bayern.de

Telefon:

C Wohnen

C Wohnen

C-1	Jusos Oberbayern	Frei in die eigene Wohnung starten	33
-----	------------------	------------------------------------	----

C-1

Titel Frei in die eigene Wohnung starten

Antragsteller*innen Jusos Oberbayern

Adressat*innen Juso-Landeskonferenz

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

Frei in die eigene Wohnung starten

1 I. Einleitung

2

3 Bezahlbarer Wohnraum ist knapp. Gerade in den Städten, die von arbeits- und ausbildungsbezogenen Zu-
4 zug profitieren, stellt sich für viele die Frage, ob sie sich das Wohnen in der Stadt noch leisten können. Die
5 steigenden Mietpreise und der finanzkräftige Zuzug setzen eine Dynamik in Gang, die zur Verdrängung der
6 normalverdienenden Bevölkerung zu führen droht. Längst ist diese Entwicklung nicht mehr nur auf die Kern-
7 gebiete der Städte begrenzt sondern zieht sich weit hinein in ländlichere Gebiete. Immer weitere Wege müs-
8 sen für die Suche nach bezahlbarem Wohnraum in Kauf genommen werden, denn weite Teile der Region in
9 den Verbundräumen der europäischen Metropolregionen Nürnberg-Fürth-Erlangen und München erfahren
10 Wachstum und in vergleichsweise gut erschlossenen Lagen wird bezahlbarer Wohnraum knapp.

11

12 In Artikel 106 Abs. 1 der bayerischen Verfassung wird der "Anspruch auf eine angemessene Wohnung" für je-
13 de*n Bewohner*in Bayerns unter den Grundrechten geführt. Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ist
14 Aufgabe des Staates und der Gemeinden. Bayern muss endlich diesem Anspruch gerecht werden, die Rah-
15 menbedingungen zu schaffen, die es den Gemeinden ermöglichen, einen wirksamen Schutz vor Verdrängung
16 zu gewährleisten und für den Erhalt und die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum zu sorgen.

17

18 II. Regionalentwicklung und Bodenordnung

19

20 Grundlage für eine zielgerichtete regionale Entwicklung und funktionierende Infrastruktur ist eine abgestimm-
21 te Landesentwicklungs- und Regionalplanung. Die Landesentwicklungsplanung konkretisiert die Ziele der
22 Raumordnung und schafft einen Handlungsrahmen für die zukünftige regionale Entwicklung. Dafür bedarf
23 es eines abgestuften Konzeptes der zentralen Orte, welches in der Landesplanung wieder sinnvoll verankert
24 werden muss. Das übergeordnete raumordnerische Ziel der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse muss
25 verbunden werden mit einer nachhaltigen Regionalentwicklungsplanung, die erst eine zielgerichtete Gestal-
26 tung der räumlichen Entwicklung ermöglicht. Dabei kommt es darauf an, die vorhandenen Qualitäten auch
27 des ländlichen Raumes überhaupt nutzbar zu machen, indem Nachteile durch die Förderung von Infrastruk-
28 tur behoben oder gemildert werden. Dazu bedarf es insbesondere des flächendeckenden Ausbaus der Breit-
29 bandinfrastruktur sowie der Bereitstellung eines möglichst engmaschigen Netzes an öffentlichen Verkehrsmit-
30 teln.

31

32 Grundsatz der Entwicklung muss es sein, Innenentwicklung und Verdichtung vor weiterer Außenentwicklung
33 zu setzen. Wir brauchen keinen weiteren Wettbewerb unter den Gemeinden um die Ausweisung von immer

34 noch einem neuem Baugebiet im Außenbereich und den damit verbundenen Flächenfraß, sondern die Priori-
35 sierung von qualitätvoller Weiterentwicklung und Verdichtung von gemischten Nutzungsstrukturen im Innen-
36 bereich unter der Wahrung und Schaffung gemischter Sozialstrukturen und der Wahrung und Schaffung von
37 bezahlbaren Wohnraum. Diese Entwicklung muss in enger regionaler Kooperation verbindlich zwischen den
38 Gemeinden abgestimmt werden.

39

40 Grundlage aller Wohnbaupolitik und der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ist immer auch die Frage nach
41 Bodenordnung und Bodenwert. Die Bayerische Verfassung legt in Artikel 161 Abs. 2 klare Maßstäbe für die So-
42 zialverpflichtung des Bodeneigentums an, indem sie erklärt, dass "Steigerungen des Bodenwertes, die ohne
43 besonderen Arbeits- oder Kapitalaufwand des Eigentümers entstehen, [...] für die Allgemeinheit nutzbar zu
44 machen" sind. Daher fordern wir die Einführung einer Bodenwertzuwachssteuer, die den leistungslosen Wert-
45 zuwachs auf Basis der Bodenpreisentwicklung für die Finanzierung von sozialer und technischer Infrastruktur,
46 sowie der Gewährleistung von bezahlbarem Wohnraum zum Zeitpunkt der Inwertsetzung heranzieht.

47

48 Gleichfalls muss sich der Freistaat auf Bundesebene für eine Erneuerung der Grundsteuer einsetzen, die auf
49 Basis der, im Vergleichsverfahren erhobenen Bodenrichtwerte das Eigentum an Grund und Boden be-
50 steuert. Die der Grundsteuer als bisherige Bemessungsgrundlage zu Grunde liegenden Einheitswerte stam-
51 men in Westdeutschland noch aus dem Jahr 1964 und in den neuen Bundesländern sogar aus dem Jahr 1935
52 und haben mit den realen Wertverhältnissen nur noch wenig zu tun. Die Umlagemöglichkeit der Grundsteu-
53 er auf die Mieten muss abgeschafft werden, schließlich ist der Zweck nicht die Schaffung von Belastungen
54 für die Mieter*innen, sondern eine Besteuerung des Eigentums an Grund und Boden. Gleichzeitig schafft die
55 Beschränkung auf die Besteuerung des Bodenwerts einen Anreiz zur Ausnutzung der vorhandenen Baurech-
56 te.

57

58 Um Bodenpreisspekulation zu bekämpfen, fordern wir die Wiedereinführung der Grundsteuer C auf nicht oder
59 nur geringfügig genutzte Grundstücke bei bestehendem Baurecht im Zusammenhang bebauter Gebiete oder
60 bei Vorhandensein eines Bebauungsplans.

61

62 Um den Kommunen eine aktive Bodenbevorratungspolitik zu ermöglichen sollen die landesrechtlichen Vor-
63 aussetzungen für die Einrichtung von Bodenfonds in kommunaler Hand geschaffen werden und die Gemein-
64 den finanziell und fachlich bei der Einrichtung dieser Fonds unterstützt werden.

65

66 Deshalb fordern wir:

67 > Schaffung einer zielgerichteten, nachhaltigen und verbindlichen Regionalplanung

68 > Ausbau und Förderung von Breitbandausbau sowie die Schaffung eines engmaschigen und bezahlbaren
69 Angebots an öffentlichem Nahverkehr

70 > Einführung einer Bodenwertzuwachssteuer

71 > Reform der Bemessungsgrundlage der Grundsteuer auf Basis der Bodenrichtwerte und Abschaffung ihrer
72 Übertragbarkeit auf die Mieten

73 > Einführung einer Grundsteuer C auf nicht- oder untergenutzte Flächen im Innenbereich

74 > Ermöglichung der Einrichtung von Bodenfonds durch die Kommunen

75

76 III. Schutz vor Verdrängung

77

78 In den Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt müssen die Kommunen nachhaltig in die Lage versetzt
79 werden, wirkungsvoll Verdrängungs- und Entmischungsprozesse aufzuhalten. Dafür bedarf es eines wirksa-
80 men Instrumentariums den Mietanstieg zu begrenzen und für den Erhalt von bezahlbarem Wohnraum zu
81 sorgen.

82

83 Miet- und Baurecht fallen grundsätzlich in die Zuständigkeit der Bundesgesetzgebung. Es wird jedoch erst
84 durch den Erlass von Rechtsverordnungen wirksam, für deren Erlass die Länder zuständig sind. Ebenso wie
85 für die Rahmenbedingungen und die Überprüfung der Satzungen der jeweiligen Gemeinden, womit auch eine
86 landesrechtliche Einflussnahme möglich ist.

87

88 Mit der Mietpreisbremse und dem Mietspiegel wurde in den letzten Jahren schon einiges für die Mieter*innen
89 erreicht. Allerdings bedürfen diese Instrumente noch weiterer Ergänzungen, um einen effizienten und sozialen
90 Rechtsschutz zu gewährleisten.

91

92 Die Mietpreisbremse regelt, dass bei der Wiedervermietung von Wohnungen in Gebieten mit einem ange-
93 spannten Wohnungsmarkt die zulässige Miete höchstens auf das Niveau der ortsüblichen Vergleichsmiete +
94 10% angehoben werden darf.

95

96 Welches Gebiet dabei eines mit „angespanntem Wohnungsmarkt“ ist, wird von den Ländern für jeweils maxi-
97 mal 5 Jahre bestimmt. Dadurch entsteht jedoch ein undurchsichtiger Flickenteppich mit Orten, an denen die
98 Mietpreisbremse gilt und Orten, die ausgenommen sind. Wir fordern daher, dass die Mietpreisbremse in Bay-
99 ern künftig überall flächendeckend gilt und nicht nur in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt.

100

101 Ebenso soll sich der Freistaat Bayern auf Bundesebene für Verbesserungen einsetzen. Neubauwohnungen,
102 die erstmals vermietet werden, sind von der Mietpreisbremse ausgenommen, ebenso wie die erste Vermie-
103 tung nach einer umfassenden Modernisierung. Dies dient der Investitionsförderung und soll Neubau und Mo-
104 dernisierung von Wohnungen fördern. Dabei ist klar, dass wir die Frage nach dem „ob“ einer solchen Förde-
105 rung bejahen. Hinsichtlich des „wie“ fordern wir jedoch, dass diese Investitionsförderung nicht zu Lasten der
106 Mieter*innen geschieht, sondern durch staatliche Investitionen und Unterstützungsmaßnahmen. Die Ausnah-
107 me von Neubauwohnungen und umfassend modernisierten Wohnungen von der Mietpreisbremse soll daher
108 künftig nicht mehr bestehen und Investitionen stattdessen von staatlicher Seite ermöglicht werden.

109

110 Der Mietspiegel gibt einen Überblick über die „ortsübliche Vergleichsmiete“. Sie wird gebildet aus den üblichen
111 Entgelten, die in der Gemeinde für Wohnraum vergleichbarer Art, Größe, Ausstattung, Beschaffenheit und La-
112 ge einschließlich der energetischen Ausstattung in den letzten vier Jahren vereinbart worden sind. Dieser kurze
113 Zeitrahmen von vier Jahren und die Tatsache, dass im Mietspiegel nur Neuvermietungen berücksichtigt werden
114 und nicht etwa bereits bestehende, meist wesentlich günstigere Mietverträge, kann die Realität jedoch nicht
115 ausreichend widerspiegeln. Wir fordern daher, den für den Mietspiegel maßgeblichen Zeitrahmen über vier
116 Jahre hinaus auszudehnen und im Mietspiegel nicht nur Neuvermietungen, sondern auch bereits bestehende
117 Altverträge mit zu berücksichtigen.

118

119 Auch hinsichtlich der Bemessungsgrundlage der Miethöhe besteht Nachbesserungsbedarf.

120 Die Höhe von Kaltmiete und Nebenkosten soll sich zukünftig nach der tatsächlichen Größe der Wohnung in
121 Quadratmetern bemessen. Das Risiko von Abweichungen wegen möglichen Messungenauigkeiten sollen künf-
122 tig die Vermieter als Eigentümer tragen und nicht die Mieter. Wir fordern, dass die bisherige Rechtsprechung
123 des BGH durch eine gesetzliche Regelung aufgehoben wird, nach der derzeit bis zu 10% Abweichung zugunsten
124 der Vermieter durch die Mieter toleriert werden müssen.

125

126 Schließlich muss dem Verlust von Wohnraum durch Zweckentfremdung entgegengewirkt werden. Durch Inter-
127 netplattformen wie Airbnb lässt sich durch eine zweckentfremdete und meist dauerhafte Nutzung als lukrative
128 Ferienwohnung viel mehr Gewinn erzielen, als durch eine reguläre Vermietung als Wohnraum. Gleichzeitig ist
129 die Gewerbesteuer eine der wichtigsten Einnahmequellen von Gemeinden, so dass die Gefahr einer Umwand-
130 lung von Wohnraum in Gewerbeflächen besteht. Der dringend benötigte Wohnraum wird dadurch weiter re-
131 duziert. Um Wohnraum zu schützen und gleichzeitig die kommunale Selbstverwaltung zu wahren, sind Zweck-
132 entfremdungen von Wohnraum nur nach Genehmigung durch die Gemeinden möglich. Dies gilt jedoch nur,
133 wenn die jeweilige Gemeinde dies ausdrücklich durch Erlass einer Satzung geregelt hat. Ist dies nicht gesche-
134 hen, kann der Wohnraum je nach Belieben der Eigentümer*innen umgenutzt werden. Dadurch besteht eine
135 Gefahr der Verdrängung von Mieter*innen aus ihren Wohnungen wegen meist profitablerer Gewerbemiet-
136 vertragseinnahmen oder spekulativen Leerstand sowie eine uneinheitliche und undurchsichtige Rechtslage je
137 nach Gemeindegebiet. Wir fordern eine bayernweit einheitliche Regelung, nach der das Genehmigungserfor-
138 dernis der Gemeinden flächendeckend besteht und die weitere Verschärfung des Strafmaßes bei Verstoß ge-
139 gen die Regelungen der Zweckentfremdungssatzungen. Leerstehender oder zweckentfremdeter Wohnraum
140 soll durch die Gemeinden zwangsweise wiedervermietet werden können. Dabei soll eine soziale Bindung der
141 Mieten etabliert werden um einen etwaigen spekulativen Mietanstieg zu vermeiden.

142

143 Daher fordern wir:

144

145 > Flächendeckender Einsatz der Mietpreisbremse

146 > Streichung der Ausnahmetatbestände "möblierte Wohnung" und "Neubau" für die Gültigkeit der Mietpreis-
147 bremse148 > Weiterentwicklung des Mietspiegels zu einer echten "ortsüblichen Vergleichsmiete" durch deutliche Auswei-
149 tung der Berechnungsgrundlage und die Einbeziehung von Bestandsmieten – auch im nicht gewinnorientier-
150 ten Wohnungsbau.

151 > Berechnungsgrundlage der Mieten sollen die tatsächlichen Wohngrößen sein.

152 > Verschärfung des möglichen Strafmaßes für Zweckentfremdungen und zentrale Wiederbelegung zweckent-
153 fremdeten Wohnraums unter sozialen Bindungen durch die Kommunen.

154

155 IV. Schaffung von bezahlbarem Wohnraum

156

157 Eine der größten Herausforderungen in der Wohnungspolitik stellt die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum
158 dar. Die Zahl der Menschen, deren Einkünfte nicht mehr ausreichen, um die hohen Mietpreise zu bezahlen
159 oder sich gar Wohneigentum zu erarbeiten, steigt stetig. Für viele Menschen mit geringem oder mittlerem
160 Einkommen wird es immer schwerer, in den bayerischen Städten und Gemeinden noch bezahlbaren Wohn-
161 raum zu finden. Und selbst dann, wenn nach langer Suche geeigneter Wohnraum gefunden wurde, geht ein
162 unverhältnismäßig hoher Prozentanteil des monatlichen Einkommens für die Zahlung der Miete drauf. Die
163 Wohnungspreise in München gehören sogar zu den höchsten in Deutschland und auch längerfristig ist auf
164 dem Wohnungsmarkt im Freistaat mit keiner Entspannung zu rechnen.

165

166 Eine zentrale Maßnahme, um gegen die Wohnungsnot in Bayern vorzugehen, ist ein Anstieg der Bautätigkeit.
167 Daher muss in den nächsten Jahren von staatlicher Seite ein erhöhtes Engagement gezeigt werden und der
168 Neubau vieler bezahlbarer Wohnungen mit finanziellen Mitteln gefördert werden. Dabei sind insbesondere
169 die Kommunen bei der Schaffung oder der Ausweitung von sozial gefördertem Wohnraum im Kommunalen
170 Bestand zu unterstützen.

171

172 Aber auch der Freistaat soll wieder als Akteur auf dem Wohnungsmarkt auftreten und seiner Verpflichtung
173 gerecht werden, bezahlbaren Wohnraum – insbesondere auf für seine eigenen Beschäftigten – zu schaffen.
174 Der Verkauf tausender GBW Wohnungen im Zuge der Pleite der Landesbank an ein privates Investorenkon-
175 sortium war ein fataler Fehler und verantwortlich für den Wegfall großer Bestände bezahlbaren Wohnraums.
176 Die eingegangenen Sozialverpflichtungen haben sich fortlaufend als leere Versprechungen erwiesen.

177

178 Zu diesem Zweck soll eine staatliche Wohnungsbaugesellschaft gegründet und mit den entsprechenden Mit-
179 teln ausgestattet werden um dauerhaft bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

180 Wo der Freistaat nicht selber aktiv wird sollen Flächen im staatlichen Besitz den Kommunen zweckgebunden
181 für sozialen Wohnungsbau verbilligt zur Verfügung gestellt werden. Die von der Immobilienverwaltung des
182 Freistaates Imby betreuten Liegenschaften sollen nicht zu marktüblichen Preisen sondern zu einem deutlich
183 reduzierten Preis für gemeinnützige, soziale Zwecke zur Verfügung gestellt werden. Dies gilt nicht nur für bis-
184 her nicht bebaute Flächen, sondern auch für die Flächen, die derzeit in Erbbaurecht an Genossenschaften
185 vergeben sind.

186

187 Genossenschaften, als selbstorganisierte Form der nicht gewinnorientierten gemeinnützigen Wohnungsbe-
188 wirtschaftung sollen von staatlicher Seite unterstützt und Neugründungen durch Beratung und organisatori-
189 sche Hilfe gefördert werden.

190

191 Insbesondere auch für Junge Menschen fehlt es in Bayern an bezahlbaren und an ihre Bedarfe angepassten
192 Wohnraum. Hier muss staatliche Förderung ansetzen um Jungen Menschen, Student*innen, Auszubildenden
193 und jungen Arbeitnehmer*innen einen Start in den eigenen vier Wänden zu ermöglichen. Gerade ihnen fällt
194 es oft besonders schwer sich auf dem Wohnungsmarkt überhaupt zu versorgen, sind doch häufig hohe Bürg-
195 schaften und Kautionen zu stellen sowie unbefristete Festanstellung Voraussetzung für den Zuschlag zu einer
196 Wohnung.

197

198 Daher braucht es ein Landesförderprogramm für "Junges Wohnen" das die zweckgebundene Errichtung von
199 bedarfsgerechtem Wohnraum für junge Menschen insbesondere durch kommunale und gemeinnützige Trä-
200 ger ermöglicht.

201

202 Gleichzeitig muss der Freistaat Bayern die bedarfsangemessene Ausstattung der Student*innenwerke sicher-
203 stellen. Insbesondere in den Universitätsstädten mangelt es an bezahlbarem Wohnraum, häufig gibt es viel
204 zu wenige Plätze in den Wohnheimen. In Kooperation mit kommunalen und gemeinnützigen Trägern muss
205 daher neuer Wohnraum für Studierende geschaffen werden.

206

207 Insbesondere Auszubildenden und Berufseinsteiger*innen fällt es schwer eine bezahlbare Wohnung zu fin-
208 den. Projekte für "Auszubildenden Wohnen" in kommunaler oder gemeinnütziger Hand sollen durch den Frei-
209 staat gefördert werden. Auch müssen die Investitions- und Erhaltungskostenzuschüsse für Auszubildenden-
210 und Blockschulwohnheime durch die Landesebene wieder eingeführt und erhöht werden, um die angemes-
211 sene Unterbringung von Berufsschulpflichtigen während ihrer Schulzeiten sicherzustellen.

212

213

214 Daher fordern wir:

215

216 > Schaffung einer staatlichen Wohnungsbaugesellschaft, die zweckgebunden bezahlbaren Wohnraum
217 schafft

- 218 > Förderung und Unterstützung der Gemeinden bei der Schaffung sozial geförderten und preisgedämpften
219 Wohnraums
- 220 > Preislimitierte Abgabe von Liegenschaften des Freistaats an Kommunen und gemeinnützige Träger*innen
221 zur zweckgebundenen Errichtung von sozial geförderten und preisgedämpften Wohnungsbau
- 222 > Preislimitierte Verlängerung der Erbbaurechte oder Flächenabtretung für die bestehenden Genossenschafts-
223 wohnungen auf Liegenschaften des Freistaats Bayern
- 224 > Förderung von Genossenschaften und Unterstützung von Genossenschaftsneugründungen
- 225 > Einrichtung eines Förderprogramms "Junges Wohnen" für zweckgebundenen kommunalen oder gemein-
226 nützigen Wohnungsbau
- 227 > Verbesserung der Ausstattung der Studierendenwerke
- 228 > Förderung von Projekten zur Schaffung von Wohnraum für Auszubildende
- 229 > Wiedereinführung eines Investitions- und Erhaltungskostenzuschusses für Auszubildenden- oder Block-
230 schulwohnheime

Antragsteller*innen

Jusos Oberbayern

E-Mail: magdalena.wagner@jusos-bayern.de

Telefon:

D Demokratie, Innen- und Sicherheitspolitik

D Demokratie, Innen- und Sicherheitspolitik

D-1	Jusos Oberfranken	Sozialdemokratie und Sicherheitspolitik? Na klar geht das!	40
D-2	Jusos Mittelfranken	Mehr Jugendpartizipation im Freistaat Bayern!	46
D-3	Jusos Mittelfranken	Änderung des §17 Bundesmeldegesetz (BMG) – Möglichkeit der vorzeitigen Anmeldung	49
D-4	Jusos Mittelfranken	Legislaturperiodenbeschränkung für Bundeskanzler*innen	50
D-5	Jusos Mittelfranken	Reform des Namensrechts bei Eheschließung gemäß §1355 BGB	51
D-6	Jusos Unterfranken	Klare Kennzeichnung von Influencer-Werbung	53
D-7	Jusos Unterfranken	Upskirting ist eine Straftat!	54
D-8	Kommission Innen, Demokratie, Antifaschismus über Landesvorstand	Direkte Demokratie	55

D-1

Titel Sozialdemokratie und Sicherheitspolitik? Na klar geht das!

Antragsteller*innen Jusos Oberfranken

Adressat*innen Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, SPD-Bundesparteitag, BayernSPD-Landesparteitag

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

Sozialdemokratie und Sicherheitspolitik? Na klar geht das!

1 Sicherheitspolitik heißt für uns soziale Gerechtigkeit

2 Die Wahrscheinlichkeit, im Alter keine Rente zu haben, oder Opfer einer Hartz-IV-Sanktion zu werden, ist nach
3 wie vor um ein Vielfaches höher als Opfer eines Gewaltverbrechens oder Terroranschlags zu werden. Jun-
4 ge Menschen kommen wegen geringen Auszubildendenvergütungen, steigender Jugendarbeitslosigkeit und
5 einem viel zu geringen Bafög bei immer höher werdenden Mieten schnell an den Rand der Armut.

6 Es ist die Aufgabe der SPD, dafür zu sorgen, dass die sicherheitspolitische Debatte nicht länger unter dem
7 Vorzeichen einer irrationalen Angst vor Terror und dem Islam geführt wird, sondern die Bekämpfung echter
8 Bedrohungen wieder in den Mittelpunkt gerückt wird. Der Bundestagswahlkampf 2017 hat gezeigt, dass die
9 Ablenkungsmanöver der Konservativen und Rechtsextremen hervorragend funktioniert haben: In den Medien
10 und Parlamenten dominiert die Angst vor einer tatsächlich marginalen Bedrohung: Terror, Islam und Einwan-
11 derung. Und bei der ständigen Diskussion über Einwanderung und Geflüchteter gerät die Tatsache, dass un-
12 sere Rente durch Privatisierung immer weiter verkümmert, dass der Wohnungsmarkt durch Spekulant*Innen
13 für immer mehr Menschen unzugänglich wird und immer mehr Kinder in Armut aufwachsen müssen in den
14 Hintergrund.

15 Einer Partei, die sich dem demokratischen Sozialismus verpflichtet, darf das nicht länger egal sein. Wenn sich
16 die SPD erneuern will und Glaubwürdigkeit zurückerlangen möchte, dann muss sie den Mut fassen, die aktuelle
17 politische Debatte in eine andere Richtung zu lenken anstatt sich neoliberaler und konservativer Denkweisen
18 zu unterwerfen. Daher fordern wir: Sicherheitspolitik darf nicht länger auf unbegründete und irrationale Ängs-
19 te einer Minderheit der Bevölkerung reduziert werden. Wer für Sicherheit sorgen will, muss jedem Menschen
20 eine Garantie geben, niemals arm werden zu können!

21

22 Stigmatisierung von Arbeitssuchenden beenden

23 Einer der größten Erfolge neoliberaler Politik ist die Stigmatisierung von Arbeitssuchenden. Der Grundlegende
24 Wille von Menschen, sich in unsere Gesellschaft einzubringen, wurde in Frage gestellt – jede Arbeitslosigkeit
25 wurde als selbstverschuldet dargestellt. Diese Stigmatisierung dürfen wir nicht akzeptieren! Die Willkür in den
26 Jobcentern / Agenturen für Arbeit muss beendet werden. Sanktionen beim Arbeitslosengeld müssen ersatz-
27 los abgeschafft werden. Arbeitslose mit Kindern müssen für ihre Kinder eine deutlich höhere Unterstützung
28 erhalten. Ebenso fordern wir ein Mindesteinkommen für Arbeitssuchende, das ein Armutsrisiko ausschließt.
29 Nur wer Teil des gesellschaftlichen Lebens bleiben kann, trägt auch die Motivation und die Kraft in sich, eine
30 neue Stelle zu finden.

31 Gerade hier müssen die Agenturen für Arbeit in Unterstützung- und Weiterbildungszentren umgewandelt wer-
32 den. Der kapitalistische Gedanke der Arbeitsvermittler*Innen, die Arbeitssuchende als ihre Kunden behandeln,

33 muss ein Ende finden. Wir brauchen gezielte und menschenwürdige Förderung statt Angstmache und Bestra-
34 fung.

35 Es ist nicht zuletzt eine Frage der Freiheit, angst-los seinen momentanen Job aufgeben zu können – ohne
36 Zwang zu fachfremder oder schlecht bezahlter Arbeit. Das gilt vor allem auch für unter 25-jährige und ältere
37 Menschen, die besonders strenge Repressionen beim Arbeitslosengeld zu fürchten haben.

38

39 **Spekulant*Innen vom Wohnungsmarkt vertreiben**

40 Wohnen ist Grundrecht. Obwohl von der neoliberalen Erzählung zum bloßen Eigentum und Spekulationsob-
41 jekt degradiert, ist die Wohnung ein Grundbedürfnis für das Dasein eines jeden Menschen. Dieses Narrativ
42 wollen wir gegen den Widerstand der konservativen politischen Kräfte durchsetzen, da jeder Mensch, unab-
43 hängig von sozialer und geografischer Herkunft, unabhängig von Beruf und gesellschaftlicher Anerkennung
44 das Recht auf eine Wohnung hat.

45 Egal ob in Großstädten oder auf dem Land – die Wohnungssuche ist vor allem für Geringverdiener*Innen und
46 Familien mit mehr als drei Personen nahezu unmöglich. Damit wird Wohnen immer mehr zu einem Privileg
47 der Reichen und derer, die Grundbesitz in der Familie haben. Längst haben rechtsextreme und rassistische
48 Kräfte diesen Missstand erkannt und instrumentalisieren dieses Problem für ihre Zwecke: Arbeitssuchende,
49 Geflüchtete, Alleinerziehende, junge und alte Leute werden gegeneinander ausgespielt. Ein sicheres Land heißt
50 für uns, dass niemand Angst vor der Wohnungssuche haben darf und Fremdenfeindlichkeit keine Chance in
51 unserer Gesellschaft hat.

52 Wir fordern daher staatliches Eingreifen, um das Ansteigen der Mieten zu verhindern und um bezahlbaren
53 Wohnraum zu schaffen.

54

55 • Mietpreisbremse verschärfen: Die Mietpreisbremse ist in ihrer momentanen Form beinahe wirkungs-
56 los. Wir fordern, dass die Miete bei Neuvermietungen auch nach Sanierungen in keinem Fall um mehr
57 als 10% steigen darf. Zudem müssen Mieter*Innen ein Auskunftsrecht über die Höhe der Miete der*des
58 Vormieter*s*In erhalten. Die Mietpreisbremse ist auf das gesamte Bundesgebiet auszuweiten.

59

60 • Mehr sozialer Wohnungsbau: Die Kommunen müssen unverzüglich mehr Geld für den sozialen Woh-
61 nungsbau erhalten. Dass Fördergelder zur Finanzierung einer schwarzen Null im Landeshaushalt miss-
62 braucht werden, wie es zuletzt in Bayern geschah, muss verhindert werden. Wir brauchen ein bun-
63 desweites Investitionsprogramm, das mindestens zwei Milliarden Euro beträgt und vor allem dort
64 eingesetzt wird, wo die Mieten am höchsten sind und immer weiter ansteigen. Zudem muss die Pri-
65 vatisierung kommunalen Grund- und Wohnungseigentums gestoppt werden. Kommunen mit ange-
66 spanntem Wohnungsmarkt muss es untersagt werden, Grundstücke und Wohnungen zu verkaufen.
67 Stattdessen müssen Neubau- und Sanierungsprojekte für Wohnungen, die deutlich unter dem Miet-
68 spiegel vermietet werden, gefördert werden. Sozialer Wohnungsbau ist für Kommunen ein Gewinn,
69 insbesondere Mehrgenerationenprojekte und bei vielfältigen Bewohner*Innen. Wir fordern die Kom-
70 munen auf, Bedenken in der Bevölkerung durch eine offene Informationspolitik entgegenzuwirken. Um
71 die Kommunen wirksam unterstützen zu können, muss das Kooperationsverbot abgeschafft werden.
72 Sollte das bei der jetzigen politischen Kräfterlage nicht möglich sein, ist zumindest auf die Etablierung
73 eines Rechenschafts- und Sanktionsmodells hinzuwirken: Die Bundesländer sollen zukünftig dem zu-
74 ständigen Bundesministerium Rechenschaft ablegen müssen, wohin und nach welchen Kriterien sie die
75 Gelder des Bundes weiter verteilen. Stellt das zuständige Bundesministerium Unregelmäßigkeiten
76 oder die Nicht-Weitergabe der Gelder an die Kommunen fest, so muss es Sanktionsmöglichkeiten ha-
77 ben, die bis zur Rückforderung der Subventionen vom Bundesland reichen.

78

79 • Umfassenderes Wohngeld: Das Wohngeld ist eine Möglichkeit, kurzfristig geringverdienende zu entlas-
80 ten. Wir fordern, dass das Wohngeld auch für Studierende und Auszubildende ohne zusätzliche Ein-
81 schränkungen zugänglich gemacht wird. Die Einkommensgrenzen sind großzügiger zu fassen und das

82 Wohngeld zu erhöhen. Parallel dazu fordern wir eine Erhöhung des Bafögs und ein elternunabhängiges
83 Bafög, damit Wohnen während der Ausbildung und des Studiums kein Privileg für Studierende reicher
84 Eltern bleibt!

85

86 • Soziale Sicherheit hängt eng mit Zugänglichkeit zum Wohnungsmarkt zusammen. Jahrelanges warten
87 auf angemessenen Wohnraum oder Ratlosigkeit bei Verlust der Wohnung lassen Raum für die, die
88 Menschen gegeneinander ausspielen und aufhetzen möchten. Wir brauchen eine radikale Wende in
89 der bundes- und landesweiten Wohnungspolitik – die hier beschriebenen Schritte stellen nur einen
90 ersten Schritt in diese Richtung dar.

91

92 **Privatisierung von Sozialversicherungssystemen und Infrastruktur stoppen**

93 Die Wahrscheinlichkeit, im Alter arm zu werden, steigt weiter an. Die Möglichkeit, dass immer mehr Teile der
94 öffentlichen Daseinsvorsorge privatisiert und damit für einige Menschen unbezahlbar wird, entsteht. Das neo-
95 liberale Ideal der Privatisierung zum Wohle aller hat sich als Lüge im Interesse der Profite Weniger herausge-
96 stellt.

97 Am eklatantesten ist wohl die Privatisierung der Altersvorsorge. Die staatliche Subventionierung profitori-
98 entierter Versicherungskonzerne, wie beispielsweise in Form der Riester-Rente, muss ein Ende haben. Wir
99 fordern daher die Rückkehr zu einer solidarischen, staatlich organisierten Altersvorsorge, in die langfristig
100 auch Selbstständige und Beamt*Innen einzahlen. Zusätzlich muss eine Mindestrente in Höhe von mindestens
101 1.050,- € netto plus jährlichen Inflationsausgleich gewährleistet werden, damit Altersarmut ein für alle Mal
102 beseitigt wird. Jeder Mensch verdient die Sicherheit, im Alter in Würde leben zu können!

103 Eine weitere nicht hinnehmbare Einmischung privater Gewinninteressen findet bei der Krankenversicherung
104 statt. Wir unterstreichen daher unsere Forderung nach einer Bürger*Innenversicherung, wie sie bereits im
105 Wahlprogramm der SPD 2017 zu finden war.

106 Auch die klassischen kommunalen Versorgungsdienstleistungen, Energie- und Wasserversorgung müssen wie-
107 der verstärkt in öffentliche oder genossenschaftliche Hand gelangen. Die Grundversorgung aller Menschen
108 darf nicht von einem wankenden Markt abhängig gemacht werden, sondern muss lokal und im Interesse aller
109 Konsument*Innen gewährleistet werden.

110 Wir stellen uns außerdem gegen die in der letzten großen Koalition angestrebten Privatisierungen in der
111 Infrastruktur. Wir brauchen ein umfangreiches Investitionsprogramm in Infrastruktur, in der vor allem der
112 Breitband- und Schienenverkehr gefördert wird und weniger der Individualverkehr. Auch müssen Straßen und
113 Autobahnen in staatlicher Hand bleiben, damit Privatkonzerne Straßen nicht zu Rendite machen können. Wir
114 brauchen die Sicherheit, dass auch die Generationen nach uns Straßen bauen, sanieren und befahren können,
115 ohne horrende Kosten auf sich nehmen zu müssen.

116

117 **Gemeinsam lernen – Chancen für Jugendliche schaffen**

118 Panik herrscht in den Medien, wenn über Radikalisierung von Jugendlichen berichtet wird. Egal ob islamistische
119 oder nationalsozialistische Ideologien: In einem Schulsystem, in dem politische und gesellschaftliche Bildung
120 eine so geringe Rolle wie in Deutschland spielen darf es nicht verwunden, wenn es auch einen kleinen Teil von
121 Jugendlichen gibt, die sich radikalieren.

122 Jugendliche, die keine Unterstützung vom Elternhaus bekommen oder aus anderen Gründen auf sich allei-
123 ne gestellt sind, können jedoch von der Schule Hilfe bekommen. Wir brauchen daher einen flächendecken-
124 den Ausbau von Schulsozialarbeit. Einschlägige Studiengänge sollen von Zulassungsbeschränkungen befreit,
125 Studien- und Ausbildungsplätze ausgebaut werden. Auch müssen unabhängige Beratungsstellen für Eltern
126 und Familien eingerichtet werden, die Hilfe anbieten, wenn sich Familienmitglieder radikalieren. Religiöse
127 Gemeinschaften dürfen hier nicht die einzigen Ansprechpartner*Innen sein.

128 Viel grundlegender ist jedoch die soziale Selektivität des dreigliedrigen Schulsystems. Dieses muss überwun-
129 den werden, damit Menschen unabhängig von ihrer sozialen oder geographischen Herkunft freien Zugang

130 zu Bildung und Aufstiegsmöglichkeiten erhalten. Nur in einer Gemeinschaftsschule und individueller Förde-
131 rung von Schüler*Innen kann auch auf Jugendliche mit Problemen eingegangen werden, bevor sich diese in
132 Aggression umwandeln.

133

134 **Unser Kommentar zur konservativen „Sicherheitspolitik“**

135 2017 endete mit dem für viele scheinbar überraschenden Ereignis, dass menschenfeindliche Einstellungen in
136 Deutschland noch immer Mehrheiten finden können und sogar Parteien davon so sehr profitieren können,
137 sodass die AfD nun die drittstärkste Fraktion im Bundestag stellt. Uns überraschte dies nicht, im Gegenteil,
138 die „Mitte in der Krise“, sowie „Deutsche Zustände“- Studien der letzten Jahre belegten ein autoritäres und
139 menschenverachtendes Potential in der deutschen Mehrheitsgesellschaft schon deutlich länger, als es die AfD
140 gibt. Allein vor dem Hintergrund dieser Studien muss sich niemand mehr Illusionen darübermachen, dass die
141 Personen, die die AfD wählen nur „missverstanden“ und „abgehängt“ sind oder das lediglich aus dem Grund
142 maximaler Provokation tun.

143 Selbstverständlich ist für uns als Sozialist*Innen die Tatsache, dass diese menschenverachtende Einstellung
144 und autoritäre Tendenz schon lange vorhanden ist, kein ausschließlich ausreichender Erklärungsansatz. Die
145 soziale und ökonomische Realität der Menschen sollte, wenn es darum geht, wie Ideologien und entstehen,
146 selbstverständlich nicht ignoriert werden – aber, dass Menschen ausschließlich aufgrund ihrer ökonomisch
147 schwierigen Lage dazu determiniert sind, rechte Parteien zu wählen oder rechten Ideologien anzuhängen, ist
148 schlichtweg falsch. Der Grund für eine erfolgreiche AfD ist Deutschland und seine Bevölkerung, sind deutsche
149 Zustände. Genau diese Zustände aber führen nicht nur zu einer erfolgreichen AfD. Die AfD benötigte es nicht,
150 um das Asylrecht zu verschärfen und repressive Funktionen des Staates auszuüben. Die AfD benötigte es nicht,
151 in menschenverachtenden Asylopaketen die Grundrechte von Geflüchteten massiv zu beschneiden, das haben
152 Sozialdemokrat*Innen und vermeintlich konservative Politiker*Innen auch alleine geschafft.

153 Eben diese Zustände also sind auch das Ziel unserer Forderungen und unseres Kampfes, den wir auf verschie-
154 dene Art und Weise führen.

155

156 **Wir lehnen den gängigen Extremismus-Begriff ab**

157 Wir sind als antifaschistischer Richtungsverband der Überzeugung, dass es eine entschlossene und kämpferi-
158 sche Praxis braucht, die nur auf einer klaren Analyse der bestehenden Verhältnisse resultiert.

159 Die pragmatische und unideologische demokratischen Mitte betrachten wir als einen bürgerlichen Mythos.
160 Die Konsequenz daraus, dass die Probleme mit auftauchenden „Extremen“ außerhalb dieser Mitte beginnen,
161 ist viel mehr als lediglich ein Irrtum, der aus einer fehlerhaften Analyse heraus entsteht.

162 Es ist auch klares Kalkül, denn diese Analyse gibt all jenen, die sich auf eben diese vermeintliche Mitte berufen,
163 einen Freifahrtschein zu rassistischer Hetze. Wir wissen, dass Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und Natio-
164 nalismus sowie Homophobie keine Probleme vermeintlicher „Extreme“ sind, sondern quer durch die politische
165 Landschaft, wie einige Äußerungen gewisser Teile der Linkspartei und das sozialdemokratische Regierungs-
166 handeln selbst beweisen, auch ein Problem der politischen Linken ist.

167 Und wenn wir über eben jene rassistische, menschenverachtende Hetze reden, brauchen wir keine Gegenfra-
168 ge, was eigentlich mit anderen „Extremen“ sei. Es gibt Themen, die menschenverachtend sind, es gibt Aussa-
169 gen, die zutiefst rassistisch, antisemitisch, sexistisch sind, aber die machen vor keiner politischen „Richtung“
170 oder keiner politischen „Extreme“ halt. Sie sind in der vermeintlichen Mitte der Gesellschaft und müssen dort
171 bekämpft werden.

172 **Sicherheit muss es auch für Asylbewerber*Innen geben**

173 Die aktuellen Zustände für Asylsuchende sind nicht ertragbar. Sie sind nicht nur durch den Erfolg der AfD
174 nicht ertragbar, sie sind auch deswegen nicht ertragbar, weil menschenverachtende Ideologien nicht nur sag-
175 bar, sondern -in den vergangenen Jahren auch machbar wurden. Wir erlebten durch verschiedene, von der
176 Bundesregierung und somit auch von der SPD durchgedrückte Asylopakete regelmäßige Eingriffe in die Freihei-
177 ten von Geflüchteten. Auch deswegen konnten sich diejenigen, die durch Brandanschläge auf Unterkünfte für
178 Geflüchtete versuchten, Menschen zu ermorden gewiss darin sein, einen politischen Auftrag zu erfüllen. Der

179 Angriff muss also all jenen Strukturen gelten, die dies ermöglichen. Das heißt für uns zunächst praktische So-
 180 lidarität. Wir sind solidarisch mit all jenen, die von verschiedenen rassistischen Gesetzesverschärfungen der
 181 letzten Jahre betroffen waren. Solidarität heißt, politische Arbeit auf der Straße und in Bündnissen, von der
 182 Demo bis zur durch aktiven Widerstand erfolgreich verhinderten Abschiebung.

183

184 Es heißt aber gemäß der Doppelstrategie unseres sozialistischen Richtungsverbands politische Arbeit in den
 185 Parteien. Wir müssen endlich wieder zurück zu einem Asylrecht vor dem Asylkompromiss mit einem men-
 186 schenwürdigen Anrecht auf Asyl!

187 Hierfür können die folgenden Maßnahmen eine Basis sein, die es weiterzuentwickeln gilt:

- 188 • Das System der sogenannten „Zentralen Aufnahmeeinrichtungen“ in Bayern, wie wir sie beispielswei-
 189 se in Bamberg vorfinden, den Gar ausmachen. Die rassistische Politik der CSU-Landesregierung muss
 190 beendet werden!
- 191 • Ablehnung des Dublin 4-Abkommens sowie aller bisheriger Dublin-Abkommen und stattdessen eine
 192 gesamteuropäische Lösung, die die Last von den südeuropäischen Staaten nimmt und die Geflüchtete
 193 nicht kriminalisiert und stigmatisiert. Kein Mensch ist illegal!
- 194 • Abschaffung der sicheren Herkunftsstaatenregelung. Menschen ohne Anhörung kategorisch auf Grund
 195 ihrer Herkunft deutlich schlechtere Chancen im Asylverfahren einzuräumen ist darf für eine sozialde-
 196 mokratische Partei nicht tragbar sein!
- 197 • Abschaffung des momentanen separaten Asylbewerberleistungsgesetzes. Sonderregelungen bei So-
 198 zialleistungen für Geflüchtete sollte ihre besondere Situation aufgreifen. Es sollte nicht eine gezielte
 199 Benachteiligung schaffen, wie es momentan der Fall ist.
- 200 • Keine Obergrenze bei der Aufnahme von Asylsuchenden, denn es gibt kein Maximum an Grundrechten.

201

202 **Neuaufstellung der Sicherheitsbehörden**

203 Die letzten Jahre zeigen aber nicht nur eine rassistische Eskalation der Asyl- und Flüchtlingspolitik. Im Zeitraum
 204 der jüngsten großen Koalition kam es auch zu verschiedenen Vorfällen autoritärer Übergriffe durch Staatsor-
 205 gane und zu einem massiven Ausbau repressiver Möglichkeiten. Die zu oft vorkommenden Übergriffe durch
 206 Polizist*Innen im Zusammenhang mit beispielsweise Demonstrationen, bei denen eine wirkliche Aufarbeitung
 207 meist aufgrund internen Strukturen verhindert wird, belegen dies. Auch ist die Polizei nicht gefeit davor, von
 208 menschenverachtenden Ideologien geprägt zu sein. Racial Profiling, Begriffe wie „Soko Bospurus“ oder auch
 209 der Fall Oury Jalloh belegen das. Aus diesem Grund braucht es endlich eine wirkliche Kontrolle der Polizei
 210 durch verschiedene Akteur*Innen, sowohl innerhalb staatlicher Institutionen, als auch durch die Zivilgesell-
 211 schaft. Unser Ziel ist es, dass friedliche Demonstrant*Innen, antifaschistische Initiativen und Journalist*Innen
 212 die Sicherheit haben, von den Sicherheitsbehörden effektiv geschützt zu werden – und nicht Angriffe befürch-
 213 ten müssen.

214 Im Zusammenhang mit dem NSU, aber auch durch viele andere Beispiele sehen wir nicht nur das Versagen
 215 von Polizei, sondern auch das Versagen des Verfassungsschutzes. Das Scheitern des Verfassungsschutzes liegt
 216 in seinen historischen und ideologischen Wurzeln. Die Extremismus-Theorie versagt als theoretisches Analys-
 217 einstrument, aber auch die geheimdienstliche Praxis ist nicht ausreichend für eine verlässliche und sichere
 218 Behörde. Eine Institution, die auf Grundlage eines politischen Kalküls ein solches Instrument nutzt ist nicht
 219 nur ineffizient, sie ist sogar gefährlich, wie das Versagen im Falle des NSU, das seine Gründe auch hierin hat,
 220 beweist. Die Gefahr, die durch Inlandsgeheimdienste in ihrer realen Arbeit ausging und ausgeht zeigt auch
 221 der Versuch einer politischen Aufarbeitung des gesamten NSU-Komplexes. Akten, die der demokratisch legi-
 222 timierten Kontrollinstanz hätten zukommen sollen, wurden vernichtet oder erst nach langen Verzögerungen
 223 zur Verfügung gestellt. Selbst von den höchsten Stellen wurden entweder Aussagen verweigert oder die Aus-
 224 schüsse wurden mit teilweise absurden Geschichten belogen. Alles in allem lässt sich festhalten, dass der
 225 Auftrag eine Verfassung zu schützen, durch die meisten Initiativen aus der Zivilgesellschaft oder wissenschaft-
 226 liche Institutionen besser in den letzten Jahren stattgefunden hat, als es durch den Verfassungsschutz getan
 227 wurde.

228

229 Aus der hier beschriebenen Analyse leiten wir folgende politische Maßnahmen ab:

- 230 • Kennzeichnungspflicht für Polizist*Innen, die es ermöglicht, bei Straftaten im Amt die richtigen Täter*In-
231 nen zu ermitteln oder Zeugen ausfindig zu machen
- 232 • Eine Parlamentarische Kontrollkommission für die bayerische Polizei, ähnlich wie es beim Inlandsge-
233 heimdienst der Fall ist.
- 234 • Interne Ermittlungen bei der Polizei müssen endlich durch unabhängige Stellen und nicht durch Kol-
235 leg*Innen durchgeführt werden. Der hohe soziale Druck innerhalb von Polizeieinheiten verhindert oft
236 eine Aufklärung von im Dienst begangenen Straftaten.
- 237 • Abschaffung des USKs, es handelt sich um eine ausschließlich in Bayern vorkommende Polizeieinheit
238 mit rechtstaatlichen Mindestansprüchen nicht ausreichenden Sonderrechten.
- 239 • Abschaffung der Vorratsdatenspeicherung! Die anlasslose Speicherung Millionen von Daten verschie-
240 dener Menschen ist nicht einmal mit liberalen Mindest-Standards einer bürgerlichen Demokratie zu
241 vereinen, zudem können die Befürworter*Innen bis heute keinen vollständigen Beleg für ein höheres
242 Maß an Sicherheit durch die VDS vorbringen

243 Zusammengefasst fordern wir die Sicherheit, dass wir und auch die Generation nach uns ein würdevolles Le-
244 ben führen können. Wir möchten nicht weniger als eine sichere Kranken- und Rentenversicherung, die Sicher-
245 heit, auch in der Arbeitslosigkeit von der Gesellschaft unterstützt und gefördert zu werden. Wir verlangen die
246 Sicherheit, auch in Zukunft noch eine schöne Wohnung finden zu können, ohne Unsummen an Geld auf den
247 Tisch legen zu müssen. Wir bestehen auf die Sicherheit, auch ohne Geld lernen und sich fortbilden zu dürfen.
248 Wir möchten die Sicherheit vor privaten Konzern- und Profitinteressen, wir möchten in Sicherheit vor einem
249 grenzenlosen und menschenverachtenden Kapitalismus leben. Wir möchten, dass Sicherheit nicht Deutsch,
250 sondern solidarisch ist. Wir verlangen Solidarität mit Geflüchtete, mit Menschen aller Religionen, jeder Her-
251 kunft – mit allen Menschen ungeachtet ihres Status, ihrer Herkunft oder ihrer Identität. Mit diesem Antrag
252 schlagen wir vor, dass die SPD endlich auch für eine gute Sicherheitspolitik bekannt wird – für eine alternative,
253 menschliche Sicherheitspolitik, die sich gegen eine autoritäre und nationalistische Politik stellt. Nur das kann
254 unsere SPD sein.

255

Antragsteller*innen

Jusos Oberfranken

E-Mail: sophia.fischer@jusos-bayern.de

Telefon:

D-2

Titel Mehr Jugendpartizipation im Freistaat Bayern!

Antragsteller*innen Jusos Mittelfranken

Adressat*innen Juso-Landeskonferenz

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

Mehr Jugendpartizipation im Freistaat Bayern!

1 Politisches Engagement ist für uns Jusos keine Frage des Alters. Mehr denn je ist es wichtig, dass Jugendliche
 2 eine umfassende politische Bildung erhalten, damit die demokratischen Werte in unserer Gesellschaft aktiv
 3 gelebt und verteidigt werden. Die Entwicklungen der letzten Jahre zeigen, dass der Frieden in Europa und die
 4 bestehenden Freiheiten in der Europäischen Union keine Selbstverständlichkeit sind. Die heutige Generati-
 5 on an Teenagern und jungen Erwachsenen ist in einem Europa aufgewachsen, in dem Freizügigkeit herrscht,
 6 in dem es eigentlich keine Binnengrenzen mehr gibt und man fast überall mit der gleichen Währung zahlen
 7 kann – ein Europa, in dem wahrhaftig #freistarten kann. Dass man jetzt allen Ortes wieder über Grenzkon-
 8 trollen, Zäune, Euro- und EU-Austritte nachdenkt, ist sicher nicht auf das Meinungsbild der jungen Generation
 9 zurückzuführen. Unter allen demographischen Schichten fühlen sich „die Jungen“ noch am ehesten als Euro-
 10 päer*innen und schätzen die vorhandenen Freiheiten. Wie soll aber diese Generation ernsthaft für Europa und
 11 die Demokratie einstehen, wenn sie nicht das Ideal dahinter versteht oder wenn sie in unserer Gesellschaft
 12 nichts zu sagen haben?

13 Man muss gar nicht bis nach Europa denken, um festzustellen, dass jungen Menschen im politischen und
 14 gesellschaftlichen Alltag zu wenig Gehör geschenkt wird – wenn sie überhaupt als Meinungsträger*in ernst
 15 genommen werden. Die aktuell stattfindende Debatte unter dem Hashtag **#diesejungenleute** zeigt sympto-
 16 matisch, wie allein hierzulande mit jungen Mandatsträger*innen, ja überhaupt mit meinungsstarken Jugend-
 17 lichen umgegangen wird. Der in dieser Debatte aufgekommene Begriff der „Jugenddiskriminierung“ ist nicht
 18 weit hergeholt. Wer der Jugend mit so einer Abwertung begegnet, braucht sich nicht zu wundern, wenn irgend-
 19 wann der Punkt erreicht ist, an dem Motivation in Verdrossenheit oder gar in Destruktivität umschlägt.

20 Das Recht auf Beteiligung ist Grundprinzip der UN-Kinderrechtskonvention! Und wir als Jusos wollen mehr
 21 denn je dieses Recht einfordern und uns für die Mitsprache der Jugendlichen einsetzen. Der Freistaat Bayern
 22 soll zu einem Musterbeispiel an Jugendpartizipation werden, auf kommunaler genauso wie auf Bezirks- und
 23 Landesebene.

24 **Politische Bildung stärken**

25 Damit demokratische Partizipation grundsätzlich bei jungen Menschen Interesse weckt, vor allem aber so neu-
 26 tral wie möglich an sie herangetragen wird, muss diese in Form von Bildung weiter verstärkt werden. Jugend-
 27 lichen soll mit attraktiven Angeboten die Möglichkeit gegeben werden, Demokratie besser zu verstehen und
 28 somit auch schätzen zu lernen. Hierfür sollen Maßnahmen erarbeitet werden, welche auf Jugendliche zuge-
 29 schnitten sind. Dieses politische Interesse zu fördern oder gar eine Grundlage dafür zu bieten, ist auch wertvoll
 30 für die Gesellschaft als solches. Wenn Menschen die Demokratie besser verstehen, können sie sich auch be-
 31 wusstmachen, wo die eigenen Gestaltungsmöglichkeiten liegen. Zudem ist politische Bildung wichtig, um die
 32 Gesellschaft vor Folgen durch Populismus zu schützen.

33 Wir fordern daher die Gründung einer Kommission auf Landesebene, welche sich mit der Frage beschäftigt, wie
 34 die politische Bildungsarbeit in unserer Gesellschaft vermehrt, gestärkt und vor allem attraktiv auf Jugendliche
 35 ausgerichtet werden kann.

36 **Mehr Jugendbeteiligungsformate**

37 Aktive Beteiligung fängt meistens klein im Kommunalen an. Zu allererst sind die Städte und Gemeinden in der
 38 Pflicht, für öffentliche Angebote zu sorgen, über die Jugendliche sich politisch wie kulturell engagieren können.
 39 Entsprechende barrierefreie Räume sind ebenfalls zur Verfügung zu stellen. In ländlichen Gegenden scheitert
 40 es oft schon an dieser Hürde. Es ist schlichtweg kein Raum zur Entfaltung da, obwohl die Nachfrage bei den
 41 Jugendlichen da wäre. Hier müssen die betroffenen Kommunen endlich Abhilfe schaffen. Das ist aber nur der
 42 erste Schritt.

43 Die Ausgestaltung der Angebote für Kinder und Jugendliche darf nie über deren Köpfe hinweg diskutiert und
 44 entschieden werden. Warum sollte an Orten, die hauptsächlich von Jugendlichen genutzt werden – Spielplät-
 45 ze, Schulwege, Jugendtreffs – deren Miteinbeziehung nicht selbstverständlich sein? Es geht dabei nicht nur
 46 um kreative Prozesse oder ihre Einbeziehung als ehrenamtliche Helfer*innen. Auch bei der konkreten Pro-
 47 jektplanung seitens der Kommune fordern wir vom ersten Schritt an Transparenz und eine aktive Mitsprache
 48 der betroffenen/beteiligten Jugendlichen auf Augenhöhe. Bei Gemeinderats- oder Stadtratssitzungen, die sich
 49 um ein Beteiligungsformat drehen, sollte immer ein*e gewählte*r Vertreter*in der Jugendlichen anwesend
 50 sein und Rederecht haben. Eine solche Teilhabe kann nur die Verbundenheit zum Projekt stärken und sichert
 51 letzten Endes deren Nutzung.

52 **Jugendräte und Jugendparlamente**

53 In vielen Kommunen existieren bereits so genannte Jugendräte, genauso wie Senioren-, Behinderten- oder
 54 Migrations-/Ausländerräte. Ihr Aufgabenbereich und der Umfang ihres Mitspracherechts folgt jedoch keiner
 55 klaren Linie. Mancherorts haben Jugendräte Verantwortung über ein eigenes Budget und sind vollwertige Be-
 56 rater des Stadt- oder Gemeinderats, mancherorts sind sie reine Beratungsstellen nach außen oder ihre Ver-
 57 antwortung wird auf die Organisation von Grillfesten reduziert.

58 Wenn Kommunen schon einen Jugendrat einsetzen, müssen sie seine Funktion und dessen Gestaltungsmög-
 59 lichkeiten ernst nehmen und ihn proaktiv an die Jugendlichen herantragen. Eine Möglichkeit, der Sache mehr
 60 Gewicht zu verleihen, ist die Weiterentwicklung hin zu Jugendparlamenten, begleitet von Fachkräften. Das
 61 Budget wäre dann ein „Haushalt im Haushalt“ und würde „unter kommunalpolitischen Bedingungen“ verteilt
 62 werden. Diese Form würde zusätzlich die politische Bildung der Beteiligten stärken, nicht nur zu einer positiven
 63 Persönlichkeitsentwicklung beitragen.

64 **Schülermitverwaltung und Auszubildendenräte**

65 Beteiligung im schulischen Bereich ist ein genauso wichtiges Feld. Schüler*innen muss man vom ersten Schul-
 66 tag an das Gefühl der Mitbestimmung geben, um sie zu mündigen Demokrat*innen zu erziehen, aber auch um
 67 klar zu machen, dass ihre (Aus-)Bildung einen besonderen Stellenwert genießt. Die Rolle der Schülermitver-
 68 antwortungen muss daher weiter gestärkt werden, genauso wie die Rolle der Bezirksschülersprecher*innen
 69 und des Landesschülerrats in Bezug auf das Kultusministerium.

70 Die Einrichtung von Auszubildendenräten und eines Azubi-Parlaments in den Berufsschulen, wie von den Jusos
 71 Bayern bereits gefordert, ist ein weiteres Mittel. Demokratisch gewählte Vertreter*innen der jeweiligen Ausbil-
 72 dungszweige sollen offiziell die Belange der Auszubildenden gegenüber der Berufsschule vertreten, entweder
 73 in ihrem Fachbereich oder als Gesamtvertretung der Berufsschüler*innen.

74 **Endlich Wahlen ab 16 – für Landtags-, Bezirkstags- und Kommunalwahlen!**

75 Die Grundform demokratischer Beteiligung ist die freie, geheime Wahl. Gerade hier sind Jugendliche immer
 76 noch von der politischen Mitgestaltung ausgeschlossen, was einfach nicht mehr zeitgemäß ist – um zu nicht zu
 77 sagen „antidemokratisch“. Der Vorschlag, ein Wahlrecht ab 16 im Freistaat Bayern einzuführen, stößt vor allem
 78 bei der CSU regelmäßig auf strikte Ablehnung, obwohl es inzwischen in anderen Bundesländern schon erfolg-
 79 reich angewendet wird. In den Köpfen mancher Christsozialen haben Jugendliche in diesem Alter noch nicht
 80 ausreichend Lebenserfahrung, um politisch urteilsfähig zu sein. Deshalb könnten Sie auch die Rechtsfolgen
 81 ihrer Handlungen nicht abschätzen.

82 Eine weitere angebliche Binsenweisheit besagt, dass Jugendliche anfälliger für den Einfluss von Extremisten
 83 seien. Allein ein Blick auf das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2017 zeigt, dass das allerhöchstens für die
 84 Ost-Bundesländer zutrifft. Bundesweit bei den 18- bis 29-Jährigen ist nach Umfragen die AfD nur sechststärks-
 85 te Kraft geworden, gleichauf mit der Linken. Die Aussage, dass die Ränder bei den Jugendlichen grundsätzlich

- 86 populärer wären, ist genauso pauschal wie alle Argumente, die von den Gegnern des Wahlrechts ab 16 kom-
87 men. Kein Bundesland, das sein Wahlalter herabgesetzt hat, ist dadurch umgestürzt worden.
- 88 Wir fordern daher weiterhin die Senkung des Wahlalters im Freistaat Bayern auf 16 Jahre – zuerst bei den Kom-
89 munalwahlen 2020 und dann mit den Landtags- und Bezirkstagswahlen 2023 auch auf Landesebene.

Antragsteller*innen

Jusos Mittelfranken

E-Mail: daniel.rothenbuecher@jusos-bayern.de

Telefon:

D-3

Titel	Änderung des §17 Bundesmeldegesetz (BMG) – Möglichkeit der vorzeitigen Anmeldung	
Antragsteller*innen	Jusos Mittelfranken	
Adressat*innen	Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz	
<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt

Änderung des §17 Bundesmeldegesetz (BMG) – Möglichkeit der vorzeitigen Anmeldung

1 Wir fordern die Einführung einer Möglichkeit sich vor Umzug bei der Meldebehörde an- bzw. umzumelden.
2 Dazu könnte im Bundesmeldegesetz der entsprechende § 17 Abs. 1 um die Regelung „Eine Anmeldung ist
3 frühestens eine Woche vor Einzug möglich; die Fortschreibung des Melderegisters erfolgt zum Datum des Ein-
4 zugs“ ergänzt werden. Diese Regelung besteht in § 17 Abs. 2 bereits, für den Fall einer Auswanderung.

5 Wir fordern, dass eine Anmeldung auch bei der alten Meldebehörde möglich ist. So wie es möglich ist, dass
6 mit der Anmeldung bei einer neuen Meldebehörde keine Abmeldung bei der alten Meldebehörde mehr not-
7 wendig ist, soll es auch möglich sein, die Anmeldung bei der neuen Meldebehörde bei der alten Meldebehörde
8 durchzuführen.

9 Weiterhin fordern wir, dass die Digitalisierung der Verwaltung (E-Government) nun schnellstmöglich voran-
10 getrieben wird. Ziel muss es sein, dass mittelfristig ein Großteil der Behördengänge online erledigt werden
11 können. Das entlastet nicht nur die Bürger*innen, sondern auch die Verwaltung.

12

13 **Begründung**

14 Im Bundesmeldegesetz ist das Meldewesen in Deutschland geregelt. Nach § 17 BMG ist ein Umzug bzw.
15 Auszug innerhalb von zwei Wochen beim Einwohnermeldeamt anzuzeigen. Wörtlich heißt es in Absatz 1:
16 „Wer eine Wohnung bezieht, hat sich innerhalb von zwei Wochen nach dem Einzug bei der Meldebehörde
17 anzumelden.“ In der Praxis stellt diese Regelung, insbesondere junge Menschen, die häufiger umziehen, vor
18 Herausforderungen. Ein Fortschritt ist bereits, dass man sich nicht mehr bei seinem alten Wohnsitz abmelden
19 muss, sondern mit der Anmeldung beim neuen Einwohnermeldeamt automatisch abgemeldet wird. Dennoch
20 bleiben zwei Schwierigkeiten erhalten: A) man kann sich nicht vorab anmelden, beispielsweise kann man sich
21 nicht am 26.10. beim Einwohnermeldeamt für einen Einzug ab 01.11. anmelden. B) Man kann sich nicht bei
22 seinem alten Einwohnermeldeamt ummelden. Dies stellt oft eine Schwierigkeit dar, weil die Ämter der alten
23 Kommune bekannt sind, aber nicht die der neuen Kommune. Außerdem hat man nach Umzug oft viel zu
24 erledigen und daher weniger Zeit als davor. Im Rahmen von Bürgerfreundlichkeit und Kundenorientierung
25 sollte es möglich sein, dass wenn ein Mensch beispielsweise von München nach Nürnberg zieht, er*sie sich
26 bereits in München vorab mit der neuen Adresse in Nürnberg anmeldet.

Antragsteller*innen

Jusos Mittelfranken

E-Mail: daniel.rothenbuecher@jusos-bayern.de

Telefon:

D-4

Titel	Legislaturperiodenbeschränkung für Bundeskanzler*innen	
Antragsteller*innen	Jusos Mittelfranken	
Adressat*innen	Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz	
<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt

Legislaturperiodenbeschränkung für Bundeskanzler*innen

- 1 Beschränkung der Amtszeit des Bundeskanzlers/der Bundeskanzlerin auf zwei Legislaturperioden.
2
3 **Begründung**
4 Auch wenn in Deutschland der Bundespräsident das offiziell höchste Amt im Staat innehat, lenkt der Bundes-
5 kanzler/die Bundeskanzlerin die Geschicke des Landes. In Anbetracht dieser Überlegung erscheint es etwas
6 verwunderlich, dass der Bundespräsident nach Legislaturperioden nicht mehr gewählt werden kann, der
7 Kanzler/die Kanzlerin jedoch unendlich oft. Rekordhalter als Kanzler ist Helmut Kohl mit 16 Jahren. Angela
8 Merkel wird vermutlich nach dieser Legislaturperiode mit ihm gleichziehen. Was das für die Demokratie
9 bedeutet sehen wir zurzeit: viele Bürger*innen denken, dass ihre Stimme eh nichts mehr verändert, das
10 Wahlprogramm der Union lautete "Sie kennen mich". Inhaltliche Diskussion war in diesen Wahlkampf ver-
11 geblich zu suchen, da die Union die Bekanntheit Merkels gnadenlos zu ihrem eigenen Vorteil ausgenutzt
12 und deswegen auf Inhalte komplett verzichtet haben. Deswegen wäre es sinnvoll, auch die Amtszeit des
13 Kanzlers/der Kanzlerin auf zwei Legislaturperioden zu beschränken, so dass regelmäßig neuer Wind und
14 politische Diskussionen zustande kommen und die eben beschriebenen Effekte abgemildert werden. In
15 anderen Ländern, beispielsweise der USA, ist es auch üblich den wichtigsten Posten regelmäßig neu zu
16 besetzen, warum dann nicht auch in Deutschland?

Antragsteller*innen

Jusos Mittelfranken

E-Mail: daniel.rothenbuecher@jusos-bayern.de

Telefon:

D-5

Titel	Reform des Namensrechts bei Eheschließung gemäß §1355 BGB		
Antragsteller*innen	Jusos Mittelfranken		
Adressat*innen	Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz		
<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt	

Reform des Namensrechts bei Eheschließung gemäß §1355 BGB

- 1 Wir fordern eine Reform des Namensrechts bei der Eheschließung gemäß §1355 BGB und die Einführung
 2 einer Möglichkeit des Führens von Doppelnamen für beide Ehepartner.
 3
- 4 **Begründung**
- 5 Bei einer Eheschließung nach deutschem Recht hat ein Ehepaar drei Möglichkeiten der Namensführung (§
 6 1355 BGB i.V.m. § 41 PStG).
- 7 „1. Die Ehegatten sollen einen gemeinsamen Familiennamen (Ehenamen) bestimmen. Die Ehegatten führen
 8 den von ihnen bestimmten Ehenamen. (§1355 Abs. 1 BGB) Zum Ehenamen können die Ehegatten durch Erklä-
 9 rung gegenüber dem Standesamt den Geburtsnamen oder den zur Zeit der Erklärung über die Bestimmung
 10 des Ehenamens geführten Namen der Frau oder des Mannes bestimmen. (§1355 Abs. 2 BGB)
- 11 • Bestimmen die Ehegatten keinen Ehenamen, so führen sie ihren zur Zeit der Eheschließung geführten
 12 Namen auch nach der Eheschließung. (§1355 Abs. 1 BGB)
 - 13 • Ein Ehegatte, dessen Name nicht Ehename wird, kann durch Erklärung gegenüber dem Standesamt
 14 dem Ehenamen seinen Geburtsnamen oder den zur Zeit der Erklärung über die Bestimmung des Ehe-
 15 namens geführten Namen voranstellen oder anfügen. Dies gilt nicht, wenn der Ehename aus mehreren
 16 Namen besteht. Besteht der Name eines Ehegatten aus mehreren Namen, so kann nur einer dieser
 17 Namen hinzugefügt werden. Die Erklärung kann gegenüber dem Standesamt widerrufen werden; in
 18 diesem Falle ist eine erneute Erklärung nach Satz 1 nicht zulässig. Die Erklärung, wenn sie nicht bei der
 19 Eheschließung gegenüber einem deutschen Standesamt abgegeben wird, und der Widerruf müssen
 20 öffentlich beglaubigt werden. (§1355 Abs. 4 BGB)“
- 21 Diese Regelung führt dazu, dass, wenn das Ehepaar einen gemeinsamen Namen führt und diesen auch auf
 22 gemeinsame Kinder übertragen möchte, es sich auf einen Namen einigen muss. Naturgemäß muss dabei
 23 ein*e Partner*in zurückstecken. Diese*r hat dann die Möglichkeit, seinen*ihren Namen als Doppelnamen
 24 voranzustellen oder hinten anzufügen (vgl. Möglichkeit 3).
- 25 Wenn jedoch keine*r von beiden verzichten möchte, bleibt nur die Möglichkeit 2 – jetzt trägt aber automatisch
 26 eine*r der Ehegatt*innen einen anderen Namen als das (potentielle) gemeinsame Kind, dies wird von vielen
 27 abgelehnt. Auch sieht man dem Ehepaar bei dieser Lösung den Ehestatus/die Verbindung nicht aufgrund des
 28 Namens an, dies wird auch von vielen abgelehnt, da man ja u.a. wegen dieser Verbindung heiratet. Oft kommt
 29 es durch diese beiden Gründe dann doch zum Verzicht auf den eigenen Namen, insbesondere bei Frauen, da
 30 es noch immer der gesellschaftlichen Norm entspricht, dass die Frau ihren Namen aufgibt bzw. den Doppel-
 31 namen trägt und nicht der Mann. Abhilfe könnte diesem Problem damit geschaffen werden, dass auf Wunsch
 32 beider Ehepartner*innen einen Doppelnamen führen können. Diese stellt die gerechteste Lösung da, da je-
 33 der seinen Namen behält aber auch einen weiteren Namen mit aufnimmt. Mit dieser Fragestellung hat sich
 34 das Bundesverfassungsgericht schon mehrfach beschäftigt, eine entsprechende Reform jedoch immer wieder

35 abgelehnt. Dadurch soll laut Bundesverfassungsgericht verhindert werden, dass in der nächsten Generation
36 Bandwurmnamen auftreten. Um dieses Problem zu umgehen wäre ein möglicher Kompromiss, dass die Ehe-
37 partner*innen zwar einen Familiennamen festlegen müssen, damit die Kinder nur einen Namen haben und
38 die Gefahr von Bandwurmnamen nicht besteht, aber beide Ehepartner*innen den Namen des*der Partner*in
39 vor- oder nachstellen dürfen. Somit dürfte auch der*die Ehepartner*in, dessen Name als Ehepartner*in
40 gewählt wird, den Namen des*der Partner*in anfügen.

41 Zu den bisher bestehenden Möglichkeiten käme eine weitere hinzu:

42 [Tabelle in der Online-Version des Antrags enthalten]

43 Unter dem Gesichtspunkt der Gleichberechtigung ist es nicht nachvollziehbar warum ein*e Ehepartner*in bei
44 der Namensfrage so offensichtlich zurückstecken muss – denn der Name ist für viele Menschen eng verbunden
45 mit der eigenen Identität. In einer modernen und gleichberechtigten Gesellschaft lässt sich diese Ungleichbe-
46 handlung, dieses kleine für viele aber sehr elementare Problem ganz leicht.

Antragsteller*innen

Jusos Mittelfranken

E-Mail: sophia.fischer@jusos-bayern.de

Telefon:

D-6

Titel	Klare Kennzeichnung von Influencer-Werbung	
Antragsteller*innen	Jusos Unterfranken	
Adressat*innen	Juso-Bundeskongress, BayernSPD-Landesparteitag	Juso-Landeskonferenz,
<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt

Klare Kennzeichnung von Influencer-Werbung

- 1 Wir fordern eine gesetzliche Regelung, die Influencer verpflichtet Werbung und Partnerschaftsvereinbarun-
2 gen mit Unternehmen klar und eindeutig zu kennzeichnen. Soziale Netzwerke müssen hierfür eine klare
3 Hervorhebung als Werbeinhalt ermöglichen.
4
- 5 **Begründung**
- 6 Im Alltag werden die Menschen ständig mit Werbung großer Unternehmen konfrontiert und nehmen diese
7 meist auch bewusst als solche wahr. Immer häufiger nutzen Unternehmen aber Plattformen wie Facebook,
8 Snapchat, Instagram oder YouTube für die Verbreitung ihrer Werbung. Auf diesen Plattformen ist nicht immer
9 eindeutig erkennbar, ob es sich beim Gezeigten um Werbematerial oder eine unabhängige Produktdarstellung
10 handelt.
- 11 Unternehmen arbeiten hierfür z.B. mit „Youtubern“, „Snapchattern“ oder Instagram-Usern zusammen, die
12 ihren Followern in Videos oder Fotos Produkte präsentieren und je nach Vereinbarung Kaufempfehlungen
13 aussprechen. Bei dieser sogenannten „Influencer-Werbung“ handelt es sich somit um Werbung, die von Per-
14 sonen mit starker medialer Präsenz bzw. hoher Reichweite in sozialen Netzwerken zur Produktvermarktung
15 vorgenommen wird.
- 16 Auf diesem Weg erreichen die Unternehmen vor allem junge Menschen und auch Kinder. Diese werden da-
17 durch stark in ihrem Kaufverhalten beeinflusst, ohne dass ihnen ersichtlich ist, dass sie gerade Werbung für
18 bestimmte Produkte gezeigt bekommen.
- 19 Außerdem funktionieren die in der Praxis angewandten Kennzeichnungen der Fotos und Videos als Werbung
20 häufig nicht. Kennzeichnungen sind für die Konsument_innen oftmals nicht eindeutig erkennbar. Der Spiel-
21 raum und die Grauzone zur verbotenen Schleichwerbung ist damit weit offen.
- 22 Wir fordern daher eine gesetzliche Neuregelung von Werbung, die auf das neue Umfeld im 21. Jahrhundert
23 angepasst ist. Dies ist notwendig, um einen wirksamen Verbraucherschutz zu erreichen, der Medienkonsu-
24 ment_innen vor zu großer Beeinflussung in ihrem Kaufverhalten schützt.

Antragsteller*innen

Jusos Unterfranken

E-Mail: michael.reitmair@jusos-bayern.de

Telefon:

D-7

Titel	Upskirting ist eine Straftat!	
Antragsteller*innen	Jusos Unterfranken	
Adressat*innen	Juso-Bundeskongress, BayernSPD-Landesparteitag	Juso-Landeskonferenz,
<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt

Upskirting ist eine Straftat!

1 Wir fordern, dass das sogenannte "Upskirting" als Sexualdelikt im Strafgesetzbuch aufgenommen wird.

2

3 **Begründung**

4 Begriff:

5 Upskirting bezeichnet das heimliche Fotografieren zumeist fremder Frauen unterhalb ihrer Röcke. Tatorte
6 sind insbesondere Treppen, Rolltreppen oder ähnliche Anhöhen. Die Bildaufnahmen werden mit Smartphones
7 oder Kleinstkameras gemacht. Sie erfolgen so schnell, dass die Betroffenen meist nichts davon mitbekommen.
8 Es haben sich so ganze "Upskirting-Communities" gebildet, die nicht nur Bilder, sondern auch Techniken zum
9 heimlichen Fotografieren austauschen.

10 Begründung:

11 Das Upskirting stellt nicht nur eine Verletzung der Selbstbestimmung über das eigene Bild, sondern auch einen
12 massiven Eingriff in die Privatsphäre der betroffenen Personen dar. Dieser Tatbestand wird nach aktueller
13 Rechtslage allerdings nicht grundsätzlich als Straftat gewertet, sondern kann auch nur als Ordnungswidrigkeit
14 behandelt werden. Begründung hierfür sei, dass die heimliche Bildaufnahme keine öffentliche Bloßstellung
15 darstelle. Eine Verbreitung der Bilder, die wiederum strafbar wäre, findet dennoch statt. Insgesamt ist die
16 aktuelle rechtliche Behandlung von Upskirting zu schwammig und uneindeutig.

17 Für uns ist klar, dass Upskirting eine Straftat darstellen sollte. Hierfür darf nicht erst eine Verbreitung der
18 Bilder notwendig sein. Es stellt einen nicht hinnehmbaren Eingriff in die Privatsphäre der Opfer dar und muss
19 konsequent verfolgt werden. Der erste Schritt hierzu muss ein eindeutiges Verbot und die Aufnahme des
20 Upskirting als Sexualdelikt ins Strafrecht sein.

Antragsteller*innen

Jusos Unterfranken

E-Mail: michael.reitmair@jusos-bayern.de

Telefon:

D-8

Titel	Direkte Demokratie	
Antragsteller*innen	Kommission Innen, Demokratie, Antifaschismus über Landesvorstand	
Adressat*innen	Juso-Landeskonferenz	
<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt

Direkte Demokratie

1 Einleitung und Begriffsdefinitionen

2

3 In ihrer extremen Ausführung ist das Prinzip der direkten Demokratie als spezifischer Typus politischer Herr-
 4 schaft, in dem politische Macht allein und direkt durch die Gesamtheit der abstimmungsberechtigten Bür-
 5 ger*innen und nicht durch einzelne oder wenige Repräsentanten oder Amtsträger verbindlich ausgeübt wird
 6 zu sehen, stellt hierbei einen Kontrast zur repräsentativen Demokratie dar. Dagegen steht eine gemäßigteres
 7 und realitätsnäheres Konzept, das die direkte Demokratie als politisches Entscheidungsverfahren, bei dem
 8 Bürger*innen politisch-inhaltliche Sachfragen auf dem Wege der Volksabstimmung selbstständig und unab-
 9 hängig von Wahlen entscheiden sieht. Diese wohl vertrautere Ausübung ist nicht das Gegenteil einer reprä-
 10 sentativen Demokratie, sondern integriert konstruierte Entscheidungsverfahren als ergänzende Instrumente
 11 politischer Beteiligung in unterschiedlicher Ausgestaltung in eben diese.

12

13 Analyse

14 a) Themensetzung

15 Bei der Debatte um plebiszitäre Elemente ist die Frage nach der Themensetzung essentiell. Was sind geeig-
 16 nete Themen und welche sind relevant genug, um einen Vorteil aus einem Volksentscheid zu gewinnen? Ein
 17 Referendum gilt generell als eine progressive Art der Entscheidungsfindung und viele Menschen erhoffen sich
 18 von diesem eine direkte Mitbestimmungsmöglichkeit, die dem schwerfälligen politischen Diskurs moderne Re-
 19 formen entgegensetzt. Die Erfahrung mit den bisher existierenden direktdemokratischen Systemen, wie etwa
 20 in der Schweiz, zeigen jedoch, dass dies nicht der Fall ist. Im Gegenteil wird sogar häufig die Reformfähigkeit
 21 gebremst. Die Themensetzung ist oft eher von konservativer Art und unterstützt somit eine Abkehr von pro-
 22 gressiver Politik und stellt meist auch einen Rückschritt vom Status Quo dar. In der Schweiz zeigt sich dies
 23 besonders am Abbau des Sozialstaates und bei Fragen, die gesellschaftliche Minderheiten betreffen. Die The-
 24 mensetzung dreht sich dabei stark um die Verringerung von Steuern, Einsparungen bei sozialen Maßnahmen
 25 und um populistische Zuspitzungen bei Migrationsfragen. Bei dieser eingeschränkten Themensetzung spielen
 26 sozialdemokratische Werte oft keine Rolle. Dies hat zur Folge, dass eher neoliberale oder populistische The-
 27 men statt Fragen der sozialen Gerechtigkeit diskutiert werden. Es müssten an dieser Stelle Mechanismen im
 28 System eingebaut werden, die eine solche Verengung der Themensetzung verhindern und den Fokus mehr
 29 darauf legen, wie eine sozialere und gerechtere Gemeinschaft ermöglicht werden kann. Vor allem Probleme
 30 und Anliegen ökonomisch Benachteiligter und Minderheiten finden sich häufig nicht in Volksabstimmungen
 31 wieder.

32 Erschwerend kommt hinzu, dass die Probleme unserer Zeit durch eine enorm hohe Komplexität gekennzeich-
 33 net sind. Viele wichtige Themen lassen sich nicht in dem engen Rahmen einer Volksabstimmung behandeln,

34 da in solchen nur zwischen Ja oder Nein entschieden werden kann. Wichtige Sachverhalte würden vereinfacht
35 oder gar rausgelassen werden.

36 Zu Volksentscheiden werden oft Themen, die gerade kontrovers und auch emotional diskutiert werden, vorge-
37 schlagen. Eine fundierte Entscheidung setzt allerdings einen längeren Willensbildungsprozess und verfügbare
38 Informationen voraus. Dies steht einer schnellen Abstimmung, wie oft gefordert, entgegen. Bei Entscheidun-
39 gen mitten in der Debatte besteht die Gefahr einer Überlagerung durch Emotionen. Ein weiterer Aspekt ist,
40 dass die Gestaltungsmöglichkeit politischer Parteien durch die häufige Anwendung von Volksentscheiden auf
41 Bundesebene stark beeinträchtigt wird. Große Themenkomplexe benötigen langfristig angelegte Lösungsan-
42 sätze und eine auf verschiedenen Ebenen abgestimmte politische Strategie. Werden Volksentscheide zur Re-
43 gel, besteht für Parteien die Notwendigkeit, permanent Wähler*innen für die jeweils nächste Abstimmung zu
44 mobilisieren. Dies bindet sowohl Personen als auch finanzielle Mittel, die bei der Bearbeitung wichtiger The-
45 men fehlen. Es ist zu befürchten, dass es für Parteien unattraktiv wird, sich langfristigen gesellschaftlichen
46 Projekten zu widmen, da permanent die Gefahr eines negativen Votums droht. Gesellschaftliche Visionen ver-
47 lieren damit zunehmend an politischer Bedeutung.

48 **b) Kampagnenfähigkeit**

49 Bei Menschen, die von „der Politik“ frustriert sind, findet sich oft die Meinung, Politiker*innen würden nicht
50 die Probleme „des Volkes“ kennen, sondern nur den eigenen Vorteil suchen. Daraus wird abgeleitet, dass eine
51 direkte Demokratie, beispielsweise in Form von Volksentscheidungen auf Bundesebene, die Bürger*innenmei-
52 nung reeller vertreten würde. Doch dem ist nicht so. Nimmt man an, es gäbe einen Volksentscheid und man
53 möchte für die eigene Meinung werben, so bräuchte man einerseits eine funktionierende Lobby, die diese Mei-
54 nung teilt, großflächig unterstützt und dafür wirbt. Andererseits braucht es auch große finanzielle Mittel, um
55 die eigene Werbung sinnvoll und großflächig zu verbreiten. Die Möglichkeit einer solchen Lobby und großer
56 finanzieller Mitteln sind nicht jedem Menschen, der eine Meinung zu dem entsprechenden Thema hat, gege-
57 ben. Hier würde nur eine Meinung wirklich groß verbreitet werden: Die Meinung derer, die das Geld haben,
58 um dafür breit zu werben. Das ist ungerecht und entspricht nicht unserer Auffassung einer Gesellschaft, in
59 der jede*r sich zu politischen Themen äußern darf und soll. Jede Meinung ist dabei gleichwertig und verdient
60 es, gehört zu werden.

61 Zudem stellt sich das Problem, dass die verfügbare Auswahlmöglichkeit zu politischen Entscheidungen sehr
62 begrenzt wird. Politik ist nicht unbedingt das Durchsetzen der eigenen Meinung, Politik bedeutet auch das
63 Aushandeln von Kompromissen und dadurch das Finden einer Lösung, mit der sowohl Gegner*innen als auch
64 Befürworter*innen der zu fällenden Entscheidung leben können.

65 Diese Möglichkeit der Kompromissfindung gibt es in der direkten Demokratie nicht. Hier heißt die Antwort
66 entweder Ja oder Nein – für Kompromisse kann es keinen Spielraum geben. So kann Politik nicht funktionie-
67 ren.

68 Ein weiteres Problem des fehlenden Kompromisses ist das Nicht-Wahrnehmen von Minderheitenmeinun-
69 gen. Bei einer Kompromissfindung ist es möglich, durch einige Umlenkungen auch diese zu berücksichtigen.
70 Das kann in der direkten Demokratie nicht mehr funktionieren, da diesen einfach keine Plattform geboten
71 wird.

72 Auch die Themen, über die entschieden wird, sind in einer direkten Demokratie nur die großen Mehrheitsthe-
73 men. Wichtige Themen, die vielleicht nicht die Mehrzahl der Bevölkerung betreffen, aber für eine Minderheit
74 eine extreme Bedeutung besitzen, werden nicht auf die Agenda kommen.

75 Allgemein finden nur die Themen einen Platz in der öffentlichen Meinungsbildung, deren Vertreter*innen die
76 oben erwähnte Lobby bzw. die finanziellen Mittel besitzen. Über deren Themen wird abgestimmt. Viele Bür-
77 ger*innen verfügen nicht über die finanziellen Mittel und eine ausreichende Organisationsstruktur, um über
78 direktdemokratische Verfahren angemessen an der Entscheidungsfindung zu partizipieren.

79 **c) Soziale Selektion**

80 Volksentscheide leben von der Wahl für oder gegen eine Entscheidung. Beide Alternativen werden nicht nur
81 von Interessengruppen unterstützt, sondern meist sogar erst von diesen gebildet.

82 Aufgrund von Unterschieden in Vernetzung, finanzieller Ausstattung und Hintergrundwissen

83 verfügen diese oft nicht über die gleichen Möglichkeiten der politischen Einflussnahme. Damit einhergehend
 84 fällt es diesen Gruppen relativ leicht, politische Themen im Rahmen von Volksentscheiden ihren Interessen
 85 entsprechend zu formulieren und die öffentliche Meinung dahin zu beeinflussen. Diese strukturelle Überle-
 86 genheit steht im krassen Widerspruch zu dem grundgesetzlich garantierten Recht auf gleiche demokratische
 87 Teilhabe an der öffentlichen Meinungsbildung.

88 Diese Dynamik wird für Gruppen, die über wenig Ressourcen verfügen, zum Problem: Eigene Themen im öf-
 89 fentlichen Diskurs zu setzen, ist damit sehr schwierig. Sich gegen einmal gesetzte Themen bei Volksentschei-
 90 den aus dieser Position heraus erfolgreich zur Wehr zu setzen, ist nahezu unmöglich. Gestaltungsmöglich-
 91 keiten werden unangemessen stark eingeschränkt. Das Bekenntnis zum Rechtsstaat verpflichtet jedoch zum
 92 Minderheitenschutz.

93 Die zwei Alternativen einer Volksentscheidung stehen sich daher nicht gleichberechtigt gegenüber, vielmehr
 94 prädestinieren faktische und soziale Verhältnisse, die lange vor dem Entscheid selbst geschaffen worden sind,
 95 ihren Ausgang.

96 Durch den Einsatz von Finanzen und Lobby verfestigen sich bestehende exklusive Machtstrukturen. Dieje-
 97 nigen, die bereits über Macht verfügen, können diese auf lange Zeit festigen und ausbauen. Wer bislang
 98 nicht so großen Einfluss besitzt, hat nur geringe Möglichkeiten, seine*ihre politische Partizipation zu vergrö-
 99 ßern.

100 **d) Legitimationsgrundlage Bürger*innenwillen?**

101 Befürworter*innen der direkten Demokratie führen oft an, dass durch Volksentscheide der Wille der Bür-
 102 ger*innen unverstellt abgebildet werde und einen Gewinn für die demokratische Gesellschaft darstelle. Frag-
 103 lich ist, ob dies tatsächlich so zutrifft.

104 Bei der Frage nach der Abbildung des Bürger*innenwillens darf nicht beim Entscheid als solchen stehen geblie-
 105 ben werden, sondern es muss gerade die entscheidende Vorlaufphase genauer betrachtet werden. In dieser
 106 Phase der Meinungsbildung versuchen alle Gruppen, Einfluss auf die Bürger*innen im Sinne ihrer Kampagne
 107 zu nehmen. Hierbei kommen vor allem die unterschiedlichen strukturellen Ausstattungen zum Tragen: ein
 108 Mehr an Finanzen und sozialer Vernetzung ermöglicht eine stärkere Präsenz der entsprechenden Interessen-
 109 gruppe. Im Zeitpunkt der Entscheidung wird der*die Wähler*in im Zweifel zur bekannteren Alternative neigen.
 110 Dazu kommt, dass oftmals diejenigen, die der Meinung sind, dass diese Frage sie ohnehin nicht betrifft, sich
 111 gar nicht beteiligen. Der Bürger*innenwille wird also bei einem Volksbegehren keineswegs direkt, sondern
 112 unter Umständen sogar sehr verzerrt abgebildet.

113 Auch können Erwägungen außerhalb der Sachfrage eine starke Eigendynamik entfalten. Die Erfahrung zeigt,
 114 dass bei Abstimmungen über Projekte im kommunalen Bereich die Bürger*innen grundsätzlich seltener er-
 115 reicht und mobilisiert werden können. Emotionen, wie Wut und Empörung, motivieren nicht nur zur Teilhabe,
 116 sondern beherrschen auch die Diskussion und schließen so sinnvolle Alternativen aus.

117 Inhaltlich führt die auf Ja oder Nein beschränkte Diskussion in der Sachfrage in der Regel zu weiter gehen-
 118 den, teils populistisch eingefärbten, Vereinfachungen. Komplexe Zusammenhänge lassen sich, anders als im
 119 parlamentarischen Verfahren, nicht in allen Dimensionen darstellen und berücksichtigen. Vor allem, wenn die
 120 Stimmung in der Bevölkerung von der Wahrnehmung einer Krisensituation geprägt ist, können sich Positio-
 121 nen durchsetzen, die unter "normalen" Umständen keine Mehrheit finden würden. Dass diese Gefahr real ist,
 122 zeigt sich zum Beispiel im Anstieg der Popularität von rechtsextremen und populistischen Positionen ab Som-
 123 mer 2015, wie es die Mitte-Studie aufzeigt (<https://www.boell.de/de/2016/06/15/die-enthemmte-mitte-studie-leipzig>).

125 Neben der gesteigerten Akzeptanz „populistischer“ Ansätze schließt die Sachfrage, die auf nur zwei Lösun-
 126 gen zugeschnitten ist, die Diskussion darüber hinausgehender Lösungsmöglichkeiten aus. In dieser Situation
 127 besteht keine Möglichkeit, einen Kompromiss zu erreichen.

128 Diese Punkte zeigen, dass direktdemokratische Verfahren bei der Abbildung des Wähler*innenwillens beson-
 129 ders zugänglich für sachfremde Gründe (z.B. Emotionen, Populismus oder Verkürzungen) sind. Das Ergebnis
 130 vieler Volksentscheide hängt so oftmals von der aktuellen Stimmungslage ab.

131 **e) Scheinbeteiligung**

132 In der Regel ist der Erfolg von Volksentscheiden von der Aktualität des Themas abhängig. Die Bürger*innen
 133 können sich somit aktiv in aktuelle politische Entscheidungen einbringen, auch wenn die nächsten Wahlen
 134 erst in mehreren Jahren stattfinden. Dadurch entsteht jedoch eine Scheinbeteiligung der Bürger*innen, da sie
 135 zwar über aktuelle Themen abstimmen und so kurzfristige Entscheidungen treffen, nicht aber nachhaltig Po-
 136 litik prägen können. Eine solche Entscheidung kann dann zudem nicht ohne Weiteres nachträglich korrigiert
 137 werden, auch wenn dies durch eine mittel- oder langfristige Veränderung der Situation nötig wäre. Außerdem
 138 führt es zu einer Abwertung des Parlaments, wenn aus Volksentscheiden langfristig gültige Gesetze hervorge-
 139 hen. Könnte hingegen das Parlament Gesetze aus Volksentscheiden jederzeit einschränken, entkräften oder
 140 gar rückgängig machen, würde dies endgültig zu einer Scheinbeteiligung führen.

141 **Argumentation**

- 142 • “Medien manipulieren die Meinungsbildung der Bürger*innen.” Befürworter*innen von mehr direkter
 143 Demokratie argumentieren oft mit einer scheinbaren Manipulation durch Medien. Diese würde angeb-
 144 lich durch mehr direkte Beteiligung an Abstimmungen unterbunden werden. Medien nehmen zwar
 145 Einfluss auf den Meinungsbildungsprozess – das ist sogar auch Teil ihrer Aufgabe – aber dies ist unab-
 146 hängig von repräsentativen oder direktdemokratischen Partizipationsmöglichkeiten. Selbst wenn die-
 147 ser Einfluss sich zu Manipulation entwickelt, ist auch ein direktdemokratisches Verfahren nicht davor
 148 geschützt. Ein Beispiel ist die Propaganda, die die Initiator*innen des Minarettverbots in der Schweiz
 149 betrieben haben. Meinungsfindung sollte immer durch Medien begünstigt, nicht geschädigt werden.
 150 Mag eine Meinung den persönlichen Präferenzen nicht, der Meinungsfreiheit aber doch, entsprechen,
 151 ist sie nicht abzuwerten.

- 152 • „Wir müssen die Demokratie wieder vom Kopf auf die Füße stellen.“ So lässt sich ein weiteres Argument
 153 für Volksabstimmungen auf Bundesebene zusammenfassen. Das impliziert, Abgeordnete würden den
 154 Willen der Bürger*innen nicht angemessen repräsentieren und deshalb müsste man, um den tatsäch-
 155 lichen Bürger*innenwillen zu ermitteln, immer alle abstimmen lassen. Füße alleine können aber nicht
 156 denken. Aus diesem Grund ist eine funktionierende Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft und demo-
 157 kratisch gewählten Vertreter*innen zwingend notwendig. Ein Abstimmungsrecht alleine bietet noch
 158 keine volle politische Mitbestimmung. Die Beteiligungsmöglichkeiten in unserer Demokratie sind stark
 159 ausgeprägt. Ein Mitarbeit in einer Partei beispielsweise bietet dies in größerem Maße, als ein Kreuz bei
 160 einem Referendum. Repräsentative Demokratie ist nicht gleichbedeutend mit einem absoluten Reprä-
 161 sentationsanspruch des Staates. Ein*e Abgeordnete*r arbeitet nach seiner*ihrer Wahl nicht frei von
 162 Einflüssen aus der Zivilgesellschaft, sondern steht in ständigem Kontakt zu Personen, Organisationen
 163 und Interessengruppen aus seinem*ihrer Wahlkreis und aus verschiedenen Fachbereichen und Bran-
 164 chen aus Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur.

- 165 • „Die Macht ist einseitig bei Wirtschaft und Eliten konzentriert. Die Gewaltenteilung funktioniert nicht
 166 mehr. Es braucht die Bürger*innen, um wirkliches Umdenken anzustoßen, neue Strukturen zu schaf-
 167 fen, alte Institutionen zu reformieren. Es braucht bei der Gesetzgebung eine Gewaltenteilung zwischen
 168 Bürger*innen und Parlamenten.“ Auch das hört man oft in konservativen Argumentationen für mehr
 169 direkte Demokratie. Doch hier wird zum einen der Begriff der Gewaltenteilung falsch verwendet, denn
 170 Gewaltenteilung heißt nicht, dass 82 Millionen Menschen ihren 82-Millionstel-Anteil an Einfluss bekom-
 171 men. Vielmehr findet in Deutschland eine Gewaltenteilung in Judikative, Legislative und Exekutive statt,
 172 die sich gegenseitig kontrollieren. Zum anderen unterstellt dieses Argument den Parlamenten eine feh-
 173 lende Rückkopplung mit der Bevölkerung. Dagegen wollen wir uns positionieren. Vielmehr halten wir
 174 es für sinnvoll, die Zusammenarbeit zwischen Politik und Bürger*innen weiter zu stärken.

- 175 • “Volksentscheide ermöglichen schnelle und einfache Abstimmungen, um viele Meinungen die die Ent-
 176 scheidungsfindung einzubeziehen.” Dies ist ein häufig vorgebrachtes Argument für Volksentscheide.
 177 Das Beispiel Stuttgart 21 zeigt jedoch, dass im Gegenteil derartige Entscheide oft langwierig sind
 178 und einer großen Vorbereitungszeit bedürfen. Politik muss aber in manchen Situationen schnell und
 179 entschlossen reagieren. Die kurzfristige Reaktionsmöglichkeit der Politik, wie sie etwa bei Banken-
 180 Rettungspaketen notwendig ist, wird durch Volksabstimmungen in bestimmten Bereichen stark ein-
 181 geschränkt.

- 182 • “Durch die Formulierung in einem Volksentscheid wird die Thematik so zusammengefasst, dass sie klar
 183 und für alle Bürger*innen verständlich ist.” Befürworter*innen sagen, dass durch diese Reduzierung

184 auf eine Ja-oder-Nein-Entscheidung alle aktiv in den Gesetzgebungsprozess eingebunden werden kön-
 185 nen. Das klingt zunächst einleuchtend und logisch. Dabei bleiben jedoch wichtige Details, wie etwa die
 186 Finanzierung oder die genaue Formulierung der Gesetzestexte, ungeklärt. Eine Beteiligung findet daher
 187 nur mittelbar statt.

188 • “Es ist Zeit, dem eigentlichen Souverän, also dem Volk, mehr Kompetenzen zuzugestehen.” Der Parla-
 189 mentarische Rat hat sich allerdings bei der Ausarbeitung des Grundgesetzes bewusst für eine reprä-
 190 sentative Demokratie entschieden. Auch die Legislative muss in einer Demokratie durch die anderen
 191 Gewalten kontrolliert werden. Eine direkte Abstimmung über Gesetze würde diese Kontrollfunktion in
 192 Frage stellen. Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts könnten mit der Argumentation ange-
 193 griffen werden, sie würden dem Volkswillen, der in einem Referendum seinen Ausdruck gefunden hat,
 194 entgegenstehen.

195 • “Regierungen und Abgeordnete sind abgehoben und entscheiden über die Köpfe der Menschen hin-
 196 weg.” Dem kann man die vielfältigen Möglichkeiten der Beteiligung am politischen System entgegen
 197 halten: Politische Gestaltung durch Wahlen auf den verschiedenen Ebenen, Mitarbeit in Parteien oder
 198 anderen politischen Organisationen und ein aktiver Umgang mit Politik im Allgemeinen, wie Bürger-
 199 dialoge, Kontakt zum jeweiligen Mandatsträger oder Beteiligung an politischer Aufklärung. Aktive Teil-
 200 nahme am politischen Geschehen kann einen bedeutend größeren Einfluss nehmen, als ein Kreuz auf
 201 einem Abstimmungsstimmzettel.

202 • “Volksentscheide stärken die Demokratie”. Von fehlendem Hintergrundwissen profitieren gerade Po-
 203 pulist*innen, indem sie einfache Lösungen anbieten und sich zu Fürsprecher*innen des “Volkes” still-
 204 sieren. Genau dadurch besteht die Gefahr, dass sie ihre undifferenzierten Inhalte durchsetzen, denn
 205 sie bieten per se einfache Lösungen an und verkürzen sie auf Ja-/Nein-Entscheidungen. Dies geht zum
 206 Nachteil einer Vielfalt an Optionen, von denen eine Demokratie lebt. Förderlicher wäre stattdessen der
 207 Ausbau bereits bestehender Teilhabemöglichkeiten, z.B. Bürgerdialoge sowie Mitarbeit in der politi-
 208 schen Arbeit und Bildung.

209 • “Volks- und Bürgerentscheide funktionieren doch in den Bundesländern auch. Warum also nicht auch
 210 auf Bundesebene, wenn auch hiervon Menschen direkt betroffen sind?” Fragen auf Bundesebene zeich-
 211 nen sich aber im Zweifel durch eine höhere Abstraktheit und Komplexität aus, da eine Vielzahl an Per-
 212 sonen, Orten und Sachverhalten davon betroffen ist. Fragen auf Kommunal- und Landesebene sind
 213 hingegen meist überschaubar und eignen sich daher besser für die Ja-/Nein-Fragen von Volksentschei-
 214 den. Dies ist bei Fragen, die die gesamte Bundesrepublik oder die europäische Politik betreffen nicht
 215 der Fall.

216 • “Volksentscheide führen dazu, dass sich Bürger*innen wieder stärker in Entscheidungsprozesse einge-
 217 bunden fühlen.” Dem ist entgegen zu setzen, dass diese nur ein scheinbares Mehr an Mitbestimmung
 218 bieten. Wie oben ausgeführt, besteht die Gefahr einer Scheinbeteiligung sowie Verzerrung des Bür-
 219 ger*innenwillens und einer stark eingeschränkten Themensetzung. Eine Stärkung der demokratischen
 220 Kultur und eine Bekämpfung der Politikverdrossenheit ist daher nicht zu erwarten.

221 • „Die Bürger*innen sind klüger, als viele Politiker glauben – und sehr wohl in der Lage, Argumente ab-
 222 zuwägen“ Gerade bei komplexen Themen ist eine Einarbeitung von Laien in wenigen Wochen kaum
 223 möglich. Eine Abwägung der Argumente und eine Entscheidungsfindung ist so nur erschwert möglich.

224 **Unsere Forderungen**

225 • Wir lehnen Volksentscheide auf Bundesebene weiterhin ab, auf Landes-/Kommunalebene sind Verbes-
 226 serungen notwendig.

227 • Die Kampagnenfinanzierung bei Volksentscheiden muss transparent gemacht werden. Zudem müssen
 228 der Finanzierung Grenzen gesetzt werden, um eine massive Einflussnahme gut finanzierter Interes-
 229 sensgruppen vorzubeugen.

230 • Eine gleiche Verteilung der Finanzen muss ein langfristiges Ziel sein, z.B. durch Schaffung eines einheit-
 231 lichen Finanzierungstopfs oder Festlegung einer maximalen Budgetdifferenz der Gruppen.

232 • Politische Bildung, vor allem in Bezug auf Partizipationsmöglichkeiten, muss sowohl in den Lehrplänen
 233 als auch in der Erwachsenenbildung verstärkt gefördert werden.

- 234 • Auf Landes- und Kommunalebene fordern wir eine Mindestwahlbeteiligung bei Entscheiden und Aus-
235 wahlmöglichkeiten, die über Ja und Nein hinausgehen.
- 236 • In Grundrechte und wesentliche Staatsstrukturprinzipien darf durch Volksentscheide nicht eingegriffen
237 werden.
- 238 • Den abstimmungsberechtigten Bürger*innen müssen vor der Entscheidung ausreichend Informatio-
239 nen zur Verfügung gestellt werden, welche die Breite der Debatte mit den verschiedenen Meinungen
240 widerspiegeln.
- 241

Antragsteller*innen

Kommission Innen, Demokratie, Antifaschismus über Landesvorstand

E-Mail: michael.reitmair@jusos-bayern.de

Telefon:

F Feminismus und Gleichstellung

F Feminismus und Gleichstellung

F-1	Jusos Oberfranken	Mehr Unterstützung für MINT	62
F-2	Jusos Niederbayern	Diskriminierende Dresscodes an Schulen verbieten!	64
F-3	Jusos Niederbayern	Achtung des dritten Geschlechts! Queer*feminismus wagen!	65

F-1

Titel	Mehr Unterstützung für MINT	
Antragsteller*innen	Jusos Oberfranken	
Adressat*innen	Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, SPD-Bundesparteitag, BayernSPD-Landesparteitag	
<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt

Mehr Unterstützung für MINT

- 1 Im Rahmen der MINT Kampagne haben sich die Teilnehmer*Innen des Grundlagenseminars zum Thema
2 Gleichstellung intensiv mit diesem beschäftigt. Bei Diskussionen zum Thema MINT und der geplanten Kampa-
3 gne des Juso-Bezirks Oberfranken wurden Argumente und Forderungen entwickelt, welche in diesem Antrag
4 festgehalten werden sollen.
- 5
- 6 MINT steht für Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik. Diese Berufsgruppen gelten in der
7 Gesellschaft immer noch als klassische Männer-Berufe und stellen eine Männerdomäne dar. Hierfür gibt es
8 viele Gründe und daraus entstehende Probleme, welche schon in der Kindheit und in der Schule gebildet
9 werden. Mädchen sollen Rosa tragen und mit Puppen spielen, sind in der Schule eher sprachlich begabt und
10 wenn es um die Fächerwahl in der Mittelstufe geht, werden die Naturwissenschaftlichen Fächer wie Physik
11 und Chemie oder auch technisches Zeichnen und Werken schnell gegen Französisch, BWR und Hauswirtschaft
12 getauscht.
- 13 Bereits hier müssen wir ansetzen. Vielen Mädchen und Frauen fehlen die Vorbilder und das dazu-
14 gehörige Selbstbewusstsein, um einen MINT-Einstieg zu wagen. Sie interessieren sich häufig für diese
15 naturwissenschaftlich-technische Themen, trauen sich aber nicht, das auch offen zu zeigen. Sie befürchten,
16 dass sie nicht für vollgenommen werden, und das MINT-Interesse als Spinnerei abgetan wird. Es muss in der
17 Gesellschaft ein Bewusstsein dafür erzeugt werden, dass MINT Berufe die Zukunft sind und jede*R MINT kön-
18 nen kann. Wir befinden uns in einer digitalisierten Welt, welche jeden Tag ein bisschen technischer wird, dies
19 sehen wir auch bei den Diskussionen zu Arbeit 4.0. Unabhängig vom Geschlecht, darf hier niemandem die
20 Chance verwehrt werden, an der Digitalisierung mit zu gestalten.
- 21
- 22 Es gibt viele Ideen wie wir dieses Ziel umsetzen können. Die meisten davon betreffen das schulische Umfeld.
23 Wir wollen einen offiziellen „Projekttag MINT“ an den Schulen, wo sich Schüler*Innen austauschen können,
24 verbunden mit einer Informationsveranstaltung für Eltern. Dieser Projekttag soll ab der achten Jahrgangsstufe
25 jährlich stattfinden. Oft sind es auch Eltern, die nicht verstehen warum junge Frauen sich für diese Berufe
26 entscheiden, oder sie sogar in die klassischen, vermeintlichen Frauenberufe drängen wollen.
- 27 Um das Interesse der Schüler*Innen an Mint-Themen zu wecken brauchen wir mehr Lehrerinnen in diesen
28 Schulfächern. Diese fungieren dann als Vorbilder, machen Mut und stärken das Selbstbewusstsein. Um das zu
29 unterstützen, sollten die Schulen mehr mit Unternehmen und vor allem Handwerksbetrieben vor Ort zusam-
30 menarbeiten. Schnupperpraktika motivieren, sich für die MINT-Berufe verstärkt zu interessieren.
- 31
- 32 Wir brauchen nicht nur mehr Lehrerinnen, sondern auch mehr Professorinnen und Dozentinnen. Nicht nur in
33 den MINT-Berufen, sondern allgemein. Jedoch fällt auf, dass insbesondere in den technischen Studiengängen

34 besonders wenig Frauen lehren. Daher fordern wir eine harte, gesetzliche Frauenquote bei den Professur-
35 Berufungen.

36 In vielen Städten gibt es Jugendzentren, welche zahlreiche gute Projekte für junge Menschen anbieten. Auch
37 hier kann durch zielgruppenspezifische Angebote und gezielter Ansprache junger Frauen das Interesse an
38 MINT-Themen gesteigert werden.

39 In vielen Unternehmen, insbesondere kleinen Handwerksbetrieben, gibt es eine ganz andere Hürde, die Frau-
40 en den Weg in den MINT-Beruf verwehrt. So können Auszubildende oder ausgelernte Frauen nicht eingestellt
41 werden, da es keine Umkleieräume oder sanitären Anlagen für das weibliche Geschlecht gibt. Wir brauchen
42 ein Förderprogramm, welches Unternehmen die Möglichkeit gibt, ihre Betriebsstätten so umzubauen, dass
43 der gesetzliche Rahmen erfüllt ist, um auch Frauen den Einstieg in diese Unternehmen zu ermöglichen. Wir
44 wissen, dass diese Unternehmen sich der Einstellung von Frauen nicht verwehren, sie haben schlichtweg nicht
45 die finanziellen Möglichkeiten, um Ihre Betriebe umzubauen.

46

47 Wir wollen mit diesen Forderungen die Angebote wie „Mädchen und Technik (MuT)“ oder den „Girlsday“ nicht
48 ersetzen. Im Gegenteil: es sind wichtige Projekte, die wir durch zusätzliche Maßnahmen unterstützen wollen.
49 Auch wenn alle Forderungen von uns umgesetzt werden, gibt es noch viel zu tun. Deshalb kann dies hier nur
50 ein Anstoß in die richtige Richtung sein. Es handelt sich um einen gesellschaftlichen Prozess, der immer wie-
51 der neue Impulse benötigt. Es ist unsere Aufgabe als feministische Jugendorganisation diesen Prozess durch
52 unsere Impulse mitzugestalten.

Antragsteller*innen

Jusos Oberfranken

E-Mail: sophia.fischer@jusos-bayern.de

Telefon:

F-2

Titel Diskriminierende Dresscodes an Schulen verbieten!

Antragsteller*innen Jusos Niederbayern

Adressat*innen Juso-Landeskonferenz, BayernSPD-Landesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Diskriminierende Dresscodes an Schulen verbieten!

- 1 Selbstbestimmung? Freiheit? Eigenverantwortlichkeit?
- 2 Punkte, die an vielen bayerischen Schulen viel zu kurz kommen. Gerade auch, wenn es um die Thematik „Klei-
3 dung“ geht. Dresscodes, Kleiderordnungen und Verbote einzelner Kleidungsstücke sollen an vielen Schulen
4 darauf abzielen eine „zu freizügige“ Kleiderordnung – gerade von Mädchen* und jungen Frauen* – zu verhin-
5 dern. Begründet wird dies dann oftmals mit sehr fragwürdigen Thesen, die auf einer sehr heteronormativen,
6 patriarchalen und Mann – dominierten Sichtweise basieren: Argumentationsmuster, wie beispielsweise „Ab-
7 lenkung von männlichen Schülern und Lehrern“, „Provokation von sexistischen Äußerungen und Handlungen
8 des männlichen Geschlechts“, „unangepasste Selbstdarstellung“, „Wichtigtuerei“ sind dabei übliche Rechtferti-
9 gungen von Kleidungs Vorschriften seitens der Schulleitungen. Mit derartigen Begründungen wird das Ausmaß
10 des Problems doch sehr deutlich: Schuld an sexistischen Vorfällen wären demzufolge diejenigen, die es eben
11 durch ihre „Freizügigkeit“ provoziert und somit verursacht hätten. Dies ist eine klassische Schuldumkehr im
12 Sinne von Victim-Blaming (Opferbeschuldigung), Slut-Shaming (Bezichtigung als sogenannte Schlampe) und
13 Rape-Culture (Vergewaltigungen und andere Formen sexualisierter Gewalt als gesellschaftlich tolerierte und
14 geduldete Kondition), die aus unserer Sicht absolut zu bekämpfen ist!
- 15 Das Problem hierbei ist nicht die Kleidungsweise einer Person, das Problem ist ganz klar Sexismus! Sexistische
16 Vorfälle müssen durch die Eindämmung von sexistischem, chauvinistischem, patriarchalem und heteronor-
17 mativem Gedankengut bekämpft werden, nicht durch eine Drangsalierung, Herabwürdigung und Diskriminie-
18 rung der Opfer. Abgesehen davon sind derartige Kleidervorschriften eine Einschränkung der grundgesetzlich
19 verankerten Garantie der freien Entfaltung der Persönlichkeit.
- 20 Jeder Mensch soll so leben dürfen, wie er*sie es möchte. Jeder Mensch hat das Recht auf freie Entfaltung. Jeder
21 Mensch soll sich so definieren können, wie er*sie eben möchte. Wir fordern
- 22 deshalb, dass Kleiderordnungen, die nur eine bestimmte Gruppe von Schüler*innen betreffen, im Bayerischen
23 Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen nicht weiter zugelassen werden und ein entsprechendes
24 Verbot festgeschrieben wird.

Antragsteller*innen

Jusos Niederbayern

E-Mail: luisa.haag@jusos-bayern.de

Telefon:

F-3

Titel	Achtung des dritten Geschlechts! Queer*feminismus wa- gen!		
Antragsteller*innen	Jusos Niederbayern		
Adressat*innen	Juso-Bundeskongress,	Juso-Landeskonferenz,	SPD- Bundesparteitag
<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt	

Achtung des dritten Geschlechts! Queer*feminismus wa- gen!

- 1 Wir Jusos setzen uns für Toleranz, Akzeptanz und Gleichberechtigung der Geschlechter ein, weil wir sehen,
2 dass unsere männlich und heteronormativ geprägte Gesellschaft Ungleichheiten gerade aufgrund dieser eng-
3 stirnigen Fixierung reproduziert. Davon betroffen sind in unserer Gesellschaft besonders Frauen und auch
4 Menschen, die sich in keinsten Weis e in dieses binäre Geschlechtersystem von „Mann und Frau“ einordnen
5 können und/oder wollen und auch nicht dem heteronormativen Bild der Gesellschaft entsprechen. Menschen,
6 die sich keinem Geschlecht zuordnen können, erfahren in diversen Bereichen alltägliche Diskriminierung und
7 können kaum auf Unterstützungen hoffen.
- 8 Ein wichtiger Schritt diesbezüglich war eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, dass es von nun
9 im Geburtenregister nicht mehr nur eine Eintragung des männlichen und weiblichen Geschlechts, sondern
10 auch eines dritten Geschlechts geben solle. Ausgelöst wurde dieser Beschluss durch eine Klage einer queeren
11 Person – namens Vanja -, die im Kindesalter dem weiblichen Geschlecht zugeordnet wurde, sich aber damit
12 nicht identifizieren kann und will. Vanjas Antrag auf Änderung der Geschlechtsangabe im Geburtenregister
13 in „inter“ wurde abgelehnt, woraufhin sie in allen Instanzen bis zum Bundesgerichtshof scheiterte. Erst die
14 eingereichte Verfassungsbeschwerde war erfolgreich und wird nicht nur für Vanja, sondern auch für sehr viele
15 Menschen mehr das Leben deutlich verbessern.
- 16
- 17 Allerdings müssen wir uns eingestehen, dass dieser Erfolg eben nur ein sehr kleiner Schritt in Richtung Akzep-
18 tanz von queeren Menschen ist. Gerade aus diesem Grund ist es die Aufgabe aller progressiven Kräfte, sich
19 mit dieser Thematik auseinanderzusetzen. Wir Jusos sind der Ansicht, dass die Einteilung der Menschen in
20 zwei Geschlechter überwunden werden muss, da dadurch Unterdrückung, Diskriminierung und ganz einfach
21 Schubladendenken reproduziert wird. Aus gerade diesem Grund müssen wir uns innerverbandlich mit diesem
22 Thema auseinandersetzen.
- 23
- 24 Deswegen halten wir es für notwendig jegliche Mitgliedsanträge der SPD um ein weiteres, drittes Geschlecht
25 zu erweitern und damit den Menschen mehr Freiraum in unserer Partei zu geben, ohne sie pauschal in ein
26 Geschlecht einsortieren zu müssen.
- 27
- 28 Wir müssen mehr Queerfeminismus wagen.

Antragsteller*innen

Jusos Niederbayern

E-Mail: luisa.haag@jusos-bayern.de

Telefon:

G Gesundheit

G Gesundheit

G-1	Jusos Mittelfranken	Helfen statt Posten!	68
G-2	Jusos Niederbayern	Depressionen machen keinen Halt vor Kindern – Für mehr Fachpersonal in schulischen Einrichtungen	69
G-3	Jusos Niederbayern	Affektive Störungen endlich wirksam bekämpfen!	71
G-4	Jusos Niederbayern	Keine Fortpflanzung mit reprogrammierten Körperzellen	73

G-1

Titel Helfen statt Posten!

Antragsteller*innen Jusos Mittelfranken

Adressat*innen Juso-Landeskonferenz

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

Helfen statt Posten!

1 Die oben genannten Gremien werden dazu aufgefordert sich für die Einführung eines jährlichen, verpflichtenden Erste-Hilfe-Kurses für alle Schüler*innen der 8. Jahrgangsstufe in allen Schularten einzusetzen.

2

3

4 **Begründung**

5 Der Erste Hilfe Grundlehrgang ist das Fundament der Ersten Hilfe; das Erkennen und Einschätzen von
6 Gefahren und die Durchführung der richtigen Maßnahmen, wie zum Beispiel die Wiederbelebung, sollte jeder
7 Bürger und jede Bürgerin beherrschen.

8 Seit der Abschaffung der Wehrpflicht, in dem so einem Kurs enthalten war, kommt die Jugend nur noch höchstens bei der Führerscheinprüfung mit den lebensrettenden Sofortmaßnahmen in Kontakt. Dieser wird jedoch
9 nicht von allen Personen gemacht, gerade in den Städten entscheiden sich immer mehr junge Menschen zunächst keinen Führerschein zu machen. Nehmen wir die Situation, in der Wiederbelebungsmaßnahmen erforderlich sind, durch den rechtzeitigen Beginn könnte ein hoher Prozentsatz der Notfallpatienten gerettet werden, wenn damit innerhalb von fünf Minuten nach dem Notfall begonnen wird. Beim Überschreiten dieses
10 engen Zeitraums können nur noch sieben Prozent der Patienten erfolgreich reanimiert werden. Die Ausbildung in lebensrettenden Sofortmaßnahmen kann eine Ausbildung in Erster Hilfe nicht ersetzen. Sie vermittelt
11 – in acht Unterrichtsstunden – nur die wichtigsten Sofortmaßnahmen und auch die bei Unfällen im Straßenverkehr. Daher plädieren wir für einen vollwertigen Erste-Hilfe-Kurs. Es ist notwendig, um im Notfall richtig
12 und schnell handeln zu können, einen solchen Kurs gemacht zu haben.

Antragsteller*innen

Jusos Mittelfranken

E-Mail: daniel.rothenbuecher@jusos-bayern.de

Telefon:

G-2

Titel Depressionen machen keinen Halt vor Kindern – Für mehr Fachpersonal in schulischen Einrichtungen

Antragsteller*innen Jusos Niederbayern

Adressat*innen Juso-Landeskonferenz, BayernSPD-Landesparteitag

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

Depressionen machen keinen Halt vor Kindern – Für mehr Fachpersonal in schulischen Einrichtungen

1 Die Burden of Disease-Studie der WHO aus dem Jahr 2001 zeigt, dass Depressionen die häufigste Ursache
 2 für mit Beeinträchtigung gelebte Lebensjahre in den Industrieländern sind. Betroffen sind auch Kinder und
 3 Jugendliche. So gibt das statistische Bundesamt an, dass sich die Zahl der behandelten Fälle seit 2010 ver-
 4 zehnfacht hat. Die Dunkelziffer an unbehandelten Fällen liegt mit Sicherheit noch viel höher. Die Folgen, die
 5 sich aus dieser Krankheit für die Betroffenen ergeben, sind als fatal einzustufen.

6 Im schlimmsten Fall kann eine Depression zum Tod führen. In Deutschland ist der Suizid die zweithäufigste
 7 Todesursache bei Menschen unter 25. Um das zu verhindern, benötigen alle Betroffenen professionelle Hilfe,
 8 um den Weg zurück in ein glückliches Leben zu finden. Doch um diese professionelle Hilfe zu erhalten, muss
 9 erst einmal das Umfeld der Betroffenen darauf aufmerksam werden. Bei Kindern und Jugendlichen betrifft
 10 das natürlich zuerst die Eltern und die gesamte Familie. In zweiter Linie sollte auch die Schule, die Lern- und
 11 Lebensraum für die Schüler*innen ist und wo sie viel Zeit verbringen, bei der Prävention tätig werden. Und
 12 hier beginnt das Problem.

13 Eine Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus aus dem Jahr 2011
 14 zeigt, dass Suizid in den Aufgabenbereich des KIBBS fällt. KIBBS steht für „Kriseninterventions- und -
 15 bewältigungsteam bayerischer Schulpsychologinnen und Schulpsychologen“. Dieses Team kommt erst nach
 16 der sogenannten Krise zum Einsatz. Als Beispiele werden hier der (Unfall)Tod eines Schülers, einer Schüle-
 17 rin oder einer Lehrkraft, Gewaltdrohungen, ein Amoklauf oder auch ein Suizid angeführt. Die pädagogische
 18 Prävention und ein Sicherheitskonzept, welches mit der Polizei vor Ort zu erstellen ist, fallen in den Zuständig-
 19 keitsbereich der Schule.

20 Weitere Akteur*innen sind Schulpsycholog*innen, welche für einzelne Schulen zuständig sind und innerhalb
 21 ihrer Sprechzeiten vor Ort erreichbar sind. Diese sind jedoch stark überfordert, da sie oft in Teilzeitverhält-
 22 nissen arbeiten und zudem noch für mehrere Schulen gleichzeitig zuständig sind. Das lässt sich an einem
 23 Beispiel anhand der Seite der staatlichen Schulberatung in Bayern festmachen. Laut Kultusministerium be-
 24 suchten beispielsweise das Gabelsberger-Gymnasium in Mainburg im Landkreis Kelheim in Niederbayern im
 25 Schuljahr 2015/2016 1216 Schüler*innen. Auf diese Anzahl von Kindern und Jugendlichen kommt ein Schul-
 26 psychologe, welcher einmal in der Woche für 45 Minuten an der Schule ist. Weiterhin sind in Bayern fast alle
 27 Schulpsycholog*innen gleichzeitig (Fach)Lehrkräfte. Die Schulpsychologie nimmt dabei nur einen geringen An-
 28 teil ihrer Arbeitszeit ein. Am Gymnasium haben die meisten Schulpsycholog*innen, die in Vollzeit arbeiten, an
 29 ihrer eigenen Schule bei insgesamt 23 Anrechnungsstunden vier Unterrichtsstunden für schulpsychologische
 30 Tätigkeiten zur Verfügung. Das entspricht etwa 400 Minuten, also etwas mehr als 6,5 Zeitstunden. Betreut
 31 ein*e Schulpsycholog*in mehrere Schulen, so beträgt die Zeit für schulpsychologische Tätigkeiten acht Unter-
 32 richtsstunden (dreizehn Zeitstunden), unabhängig davon, wie viele Schulen betreut werden. Zu schulpsycho-
 33 logischen Tätigkeiten zählen neben der Beratung von Schüler*innen, Eltern und Lehrkräften auch die Planung
 34 und Durchführung von Gruppenmaßnahmen (z.B. Mobbingprävention) und Methodentrainings (z.B. Lernen

- 35 lernen). Eine kontinuierliche Begleitung von Kindern und Jugendlichen mit Beratungsbedarf ist so nicht mög-
36 lich.
- 37 Eine weitere Möglichkeit, um suizidgefährdete Schüler*innen zu erkennen, wäre die Jugendsozialarbeit an
38 Schulen. Laut der Homepage des JaS stellen die Jugendämter vor Ort im Rahmen der Jugendhilfeplanung fest,
39 bei welchen Schulen ein jugendrechtlicher Handlungsbedarf besteht. Explizit werden Schulen mit gravieren-
40 den sozialen und erzieherischen Problemen genannt. Gymnasien erfüllen diese Kriterien nicht, und auch an
41 Realschulen kommt das JaS nur sehr selten zum Einsatz.
- 42 Letztlich sind auch die Lehrer*innen, welche tagtäglich mit den Schüler*innen zu tun haben, nicht ausreichend
43 ausgebildet, um Anzeichen einer Depression und Suizidgefährdung zuverlässig zu erkennen.
- 44 Insgesamt muss ein umfangreiches Netz zur Früherkennung geschaffen werden, damit weitere Schritte von
45 der Diagnose bis zur Therapie in die Wege geleitet werden können. Daher fordern wird:
- 46 – Eine regelmäßige Fortbildung für alle Lehrer*innen aller Schularten zu psychischer Gesundheit und De-
47 pressionen bei Schüler*innen.
 - 48 – Mindestens ein*e Schulpsycholog*in pro Schule welche*r an mindestens zwei Schultagen vor Ort ist. Für
49 die ausreichende psychologische Versorgung fordern wir eine Mindestanrechnungsstundenzahl von vier Stun-
50 den pro Woche und Schule, die ein*e Schulpsycholog*in betreut. Bei Schulen mit mehr als 400 Schüler*innen
51 fordern wir mindestens ein*e Anrechnungsstunde pro 100 Schüler*innen.
 - 52 – Zwei Sozialarbeiter*innen pro Schule, welche den*die Schulpsycholog*in bei der Beratung unterstützt
53 und zusätzlich mit jeder Klasse ein Programm zur Aufklärung über Depressionen durchführt. Diese sollen
54 täglich an der Schule im Einsatz sein.
 - 55 – Zur Verhinderung von Stigmatisierung psychisch Erkrankter müssen psychischen Störungsbilder in ver-
56 schiedenen Fächern, insbesondere in Biologie und Ethik (Religion), behandelt werden. Dabei sollten Lehrkräfte
57 explizit auf schulische und außerschulische Beratungsstellen für Betroffene und Angehörige hinweisen

Antragsteller*innen

Jusos Niederbayern

E-Mail: luisa.haag@jusos-bayern.de

Telefon:

G-3

Titel Affektive Störungen endlich wirksam bekämpfen!

Antragsteller*innen Jusos Niederbayern

Adressat*innen Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, SPD-Bundesparteitag, BayernSPD-Landesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Affektive Störungen endlich wirksam bekämpfen!

- 1 Fast jeder dritte Mensch leidet im Laufe seines Lebens an einer Behandlungsbedürftigen psychischen Krank-
- 2 heit, dazu gehören unter anderem Depressionen, Alkoholerkrankungen und bipolare Störungen. Durch die
- 3 Tabuisierung, die wir immer noch in unserer Gesellschaft erleben, ist die Hemmschwelle sehr hoch, sich prä-
- 4 ventiv bereits in Behandlung zu geben – es wird abgewartet, bis das „normale Leben“ nicht mehr möglich ist.
- 5 Das Bundesministerium für Gesundheit fördert Aufklärungskampagnen und – vereine, hat allerdings keine
- 6 eigene Kampagne. In Europa sind 50.000.000 Bürger:innen von Depressionen und Suchterkrankungen betrof-
- 7 fen.
- 8 Es gibt zwei Arten Psychotherapeut:in zu werden. Für die Ausbildung zur:zum psychologischen Psychothera-
- 9 peut:in bedarf es eines Bachelor- und Masterstudiums der Psychologie mit Schwerpunkt klinischer Psychologie
- 10 . An das Masterstudium der Psychologie schließt sich eine Psychotherapeut:innenausbildung an, die sich über
- 11 einen Zeitraum von 3-5 Jahren erstreckt und im Durchschnitt 20.000€ kostet. Mit abgeschlossener Ausbildung
- 12 erfolgt die Approbation, die zu einer Kassenzulassung führen kann und somit zur selbstständigen Arbeit. Psy-
- 13 chologische Psychotherapeut:innen dürfen lediglich therapieren.
- 14 Für die Ausbildung zur:zum medizinischen Psychotherapeut:in benötigt man ein Medizinstudium mit anschlie-
- 15 ßender Fachärzt:innenausbildung. Medizinische Psychotherapeut:innen, auch Psychiater:innen genannt, sind
- 16 befugt Medikamente zu verschreiben und Diagnosen zu stellen.
- 17 Die Verhältniszahlen, die zur Ermittlung des Bedarfes an Psychotherapeut:innen genutzt werden, stammen
- 18 noch aus dem Jahr 1999. Während die Verhältniszahlen fast flächendeckend eine Überversorgung vermitteln,
- 19 leiden tatsächlich 5.000.000 Menschen in Deutschland an einer psychischen Krankheit, während allerdings
- 20 nur 1.500.000 Behandlungsplätze zur Verfügung stehen. Dies führt zu einer durchschnittlichen Wartezeit von
- 21 3 Monaten bis zum ersten Beratungstermin. Durch das Versorgungsstrukturgesetz 2012 wurden, dank der
- 22 alten Verhältniszahlen, Praxen geschlossen und stillgelegt, statt die Versorgung weiter auszubauen. Vor allem
- 23 jetzt, da viele Geflüchtete mit Traumata zu uns kommen, stehen die Verhältniszahlen von 1999 in keinerlei
- 24 Relation zum eigentlichen Bedarf.
- 25 Während der Ausbildung zum:zur Psychotherapeut:in müssen die Auszubildenden 1.200 Praxisstunden an
- 26 einer psychiatrischen klinischen Einrichtung und 600 Stunden bei der psychotherapeutischen oder psycho-
- 27 somatischen Versorgung in einer Praxis ableisten. Hierzu gibt es noch keine gesetzliche Regelung über die
- 28 Vergütung und das genaue Vertragsverhältnis der Auszubildenden. Es ist also Sache des:der Arbeitgeber:in,
- 29 ob die Auszubildenden in ihrer Praxiszeit als Praktikant:innen oder anders vergütet werden.
- 30 Psychische Krankheiten sind die Ursache von 10% aller Fehltage und häufig Grund für einen frühzeitigen Ein-
- 31 tritt in die Rente. Durch häufig einseitige psychische Belastung und körperliche Unterforderung am Arbeits-
- 32 platz entstehen häufig körperliche Beschwerden, die zu Ausfällen führen können. Diese führen wiederum zu
- 33 erhöhtem Zeitdruck und damit einhergehende Überforderung.
- 34 Auch an Universitäten ist die psychische Versorgung der Studierenden stark standortabhängig. So wartet man
- 35 beispielsweise an der Universität Passau mitunter länger als einen Monat, bis überhaupt eine Reaktion des:der

36 Seelsorger:in erfolgt. Diese besteht in manchen Fällen aus dem schlichten Hinweis, sich anderweitig Hilfe zu
37 suchen. Das psychologische Beratungsangebot wird dem augenscheinlich großen Bedarf an psychischer Un-
38 terstützung im Studium daher nicht gerecht. Der Druck, dem Studierende mittlerweile während des Studiums
39 ausgesetzt sind ist immens. Neben einer Regelstudienzeit haben viele Universitäten eine Maximalsemester-
40 anzahl eingeführt. Das führt dazu, dass ein ehrenamtliches Engagement außerhalb der Universität immer
41 schwieriger wird. Auch Studierende, die auf einen Nebenjob angewiesen sind, sind mehr belastet. Das Studi-
42 um entwickelt sich immer mehr zu einer scheinbar für alle offenen Institution, die allerdings am einfachsten
43 für Menschen mit genug Geld zu bestreiten ist. Symptomatisch hierfür ist die Tatsache, dass kommerzielle ju-
44 ristische Repetitorien in ihrem Programm zusätzlich kostenpflichtige psychologische Unterstützung an. Selbst
45 wenn sich Jurastudent:innen mit geringerem Einkommen das private Repetitorium leisten können, müssen sie
46 hier erneut in die Tasche greifen.

47

48 **Deswegen fordern wir:**

49 Es muss eine breit ausgebaute Aufklärungskampagne des Bundesministeriums für Gesundheit geben. Affekti-
50 ve Störungen müssen endlich in ihrer Schwere auch öffentlich als Krankheit wahrgenommen werden! Es darf
51 kein Tabu mehr sein in der Öffentlichkeit über affektive Störungen genauso zu reden, wie über ein gebroche-
52 nes Bein oder einen amputierten Arm.

53 Um die Menge an Patient:innen wirksam und zeitnah behandeln zu können, brauchen wir genug Psychothe-
54 rapeut:innen im Land. Hierfür muss die Ausbildung gebührenfrei werden. Auch bei anderen Ausbildungen
55 wurde die Branche nicht durch Gebührenfreiheit zerstört.

56 Psychotherapeut:innen in Ausbildung müssen fair entlohnt werden. Hierzu muss in Kooperation mit den Ge-
57 werkschaften eine Vergütung wie bei Mediziner:innen in der Fachärzt:innenausbildung erfolgen.

58 Die Verhältniszahlen für den Bedarf an Psychotherapeut:innen müssen endlich an die Realität angepasst und
59 regelmäßig aktualisiert werden! Neben dem Ausbau müssen aber auch in der Ausbildung der Psychothera-
60 peut:innen Traumata durch Kriege und Folter verstärkt behandelt werden, um allen Menschen effektiv helfen
61 zu können.

62 Auch an Universitäten muss die Versorgung mit Psychotherapeut:innen ausgebessert werden. Hier gilt es ge-
63 nüg Kräfte anzustellen, dass Studierenden über kurzfristige Tiefs hinweggeholfen werden kann und diese –
64 sollten die Probleme grundlegender und schwerwiegender sein – zeitnah an eine:n geeignete:n Psychothera-
65 peut:in überwiesen werden. Es kann nicht sein, dass Studierende mitunter vier Wochen auf eine Absage per
66 Mail warten müssen.

67

Antragsteller*innen

Jusos Niederbayern

E-Mail: luisa.haag@jusos-bayern.de

Telefon:

G-4

Titel	Keine Fortpflanzung mit reprogrammierten Körperzellen
Antragsteller*innen	Jusos Niederbayern
Adressat*innen	Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag, BayernSPD-Landesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Keine Fortpflanzung mit reprogrammierten Körperzellen

- 1 Die deutsche Rechtslage im Bereich der Stammzellenforschung und ihrer Anwendung in der Humanmedi-
 2 zin gilt als äußerst restriktiv. Und in der Tat verbieten das Stammzellenschutzgesetz sowie das Embryonen-
 3 schutzgesetz viele Möglichkeiten von Forschung und Therapie, die in anderen Nationen mittlerweile erlaubt
 4 wurden.
- 5 Die mit bis zu fünf Jahren Gefängnis höchste Strafandrohung des Embryonenschutzgesetzes findet sich auf
 6 die Verwendung einer menschlichen Keimzelle (im Wesentlichen Ei- und Samenzellen) mit künstlich veränder-
 7 ter Erbinformation zur Befruchtung. Die hierbei unumkehrbaren „zu erwartenden Fehlschläge“ wie schwerste
 8 Missbildungen waren Grund für den Gesetzgeber, tätig zu werden.
- 9 Das Problem, das das 1990, und damit im „Mittelalter der Reproduktionsmedizin“ (Spiewak) verabschiedete
 10 Embryonenschutzgesetz jedoch nicht bedenkt: Mittlerweile können auch fertig ausdifferenzierte Körperzellen
 11 von Erwachsenen, beispielsweise aus Blut oder Haut, zu sogenannten induzierten pluripotenten Stammzellen
 12 zurückprogrammiert werden. Diese können, wie im Tierversuch bereits nachgewiesen, auch zur Fortpflanzung
 13 eingesetzt werden.
- 14 Hierbei wird die Erbinformation der Zellen bei diesem Reprogrammierungsprozess durch äußere Faktoren
 15 grundsätzlich intakt gelassen. Daher fallen Sie nicht unter das Verbot der Verwendung zur Befruchtung des
 16 Embryonenschutzgesetzes.
- 17 Nichtsdestoweniger erlebten die Zellen, die als Ausgangsmaterial für die Reprogrammierung dienen sollen,
 18 bereits eine Vielzahl von natürlichen Mutationen. Zudem sind sie als bereits ausdifferenzierte Körperzellen
 19 eigentlich nicht mehr in der Lage, zur Fortpflanzung zu dienen.
- 20 Diese Risikofaktoren schaffen ein ähnliches Gefährdungsbild wie bei der Verwendung von genmanipuliertem
 21 Material. Es sind ebenso nicht absehbare Konsequenzen unter Verwendung von eigentlich ausdifferenzierten
 22 wie genetisch veränderten Zellen zu erwarten. Die für den:die Einzelne:n schweren und unumkehrbare Folgen
 23 schaffen dringenden Handlungsbedarf!
- 24
- 25 Forderung:
- 26 Die SPD setzt sich dafür ein, dass ein Verbot der Verwendung von auf ausdifferenzierten Körperzellen ba-
 27 sierendem Material zur Fortpflanzung in das Embryonenschutzgesetz aufgenommen wird bis diese Art der
 28 Reproduktion in der Sicherheit mit der natürlichen Fortpflanzung vergleichbar ist.
- 29

Antragsteller*innen

Jusos Niederbayern

E-Mail: luisa.haag@jusos-bayern.de

Telefon:

I Internationales und Frieden

I Internationales und Frieden

I-1	Jusos Niederbayern	„Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser!“	76
I-2	Kommission Internationales und Europa über Landesvorstand	Völkerrecht gilt für alle! Solidarität mit den Menschen in und um Afrin!	79

I-1

Titel	„Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser!“		
Antragsteller*innen	Jusos Niederbayern		
Adressat*innen	Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag, BayernSPD-Landesparteitag		
<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt	

„Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser!“

- 1 Analyse:
- 2 Wo tauchten deutsche Waffen auf?
- 3 In den vergangenen Jahren haben sich Fälle gehäuft, in denen deutsche Waffen in Krisen- und Kriegsgebieten
- 4 entdeckt wurden, wo sie eigentlich nicht hätten sein dürfen. Käufer:innen deutscher Waffen hatten sie weiter-
- 5 gegeben, ohne Deutschland zu informieren. Entdeckungen, die für die Bundesregierung meist peinlich waren.
- 6 In Georgien tauchten während des Kaukasuskriegs 2008 Sturmgewehre des Typs G-36 auf, die nie aus Deutsch-
- 7 land dorthin geliefert worden waren. Wer sie Georgien gab, war angeblich nicht mehr festzustellen.
- 8 In Libyen wurden 2011 G36-Gewehre entdeckt, die das Gaddhafi-Regime nicht in Deutschland gekauft hatte,
- 9 aber gegen die Opposition einsetzen konnte. Sie kamen nach Erkenntnisse des Herstellers „Heckler & Koch“,
- 10 aus Ägypten. Kairo hatte geliefert, ohne Berlin zu fragen.
- 11 Auch in Mexiko gab es Probleme: Mexiko hatte G-36-Gewehre für die Polizei einiger Bundesstaaten bestellt. Die
- 12 Lieferung wurde genehmigt, weil vier besonders problematische Bundesstaaten in der mexikanischen Endver-
- 13 bleibserklärung nicht genannt wurden. Genau dort aber fand sich anschließend fast die Hälfte der Lieferung
- 14 von mehr als 10.000 Gewehren wieder. Äußerst brisant hierbei, dass die 43 Studierenden die 2014 in Iguala
- 15 entführt und später erschossen wurden offenbar durch deutsche G36er starben. Die mexikanische Endver-
- 16 bleibserklärung hatte die Absicht, die Gewehre auch in den vier problematischen Bundesstaaten an die Polizei
- 17 zu verteilen, schlicht verschwiegen. Konsequenzen hieraus: keine.
- 18 Auch im Jemen tauchten jüngst G3-Gewehre auf, die Saudi-Arabien in Lizenz produziert und ohne Zustim-
- 19 mung der Bundesregierung weitergegeben hatte. Das G3, muss dazu gesagt werden, ist nach der Kalaschnikow
- 20 das erfolgreichste Sturmgewehr der Welt, da es oft durch „Heckler & Koch“ lizenziert im Ausland produziert
- 21 wird.
- 22
- 23 Wo und was wird geprüft?
- 24 Einzelfall nach Einzelfall. Zum wiederholten Verdruss der Bundesregierung wurden sie öffentlich. Deutlich wur-
- 25 de: Die Endverbleibsregelungen für deutsche Rüstungsexporte gleichen bisher dem sprichwörtlichen Schwei-
- 26 zer Käse: Es gibt mehr Löcher als Käse. Dass das so ist, liegt auch daran, dass die Bundesregierung den
- 27 Endverbleib bislang nie kontrollieren wollte. Hier hat sie auf Druck der Opposition mittlerweile nachgebess-
- 28 ert, Kontrollen der Endverbleibserklärungen werden durchgeführt allerdings nur stichprobenhaft und nur in
- 29 den sogenannten Drittstaaten. NATO und EU-Partner sowie Partnerstaaten in UN-Missionen und die NATO-
- 30 gleichgestellten Länder (Japan, Israel, Australien etc.) zählen nicht zu den Ländern die bei Endverbleibserklä-
- 31 rungen überprüft werden sollen. So hatte im Jahr 2011 der deutsche Gewehrproduzent „Sig-Sauer“ tausende
- 32 Kleinwaffen in die USA verkauft, auch hier war der deklarierte Endverbleib eine Behörde der US-Armee. Das
- 33 Problem dabei war nur, dass die Waffen einige Wochen später in Kolumbien wiederauftauchten wo zu dieser

34 Zeit noch ein Bürgerkrieg zwischen der Regierung und verschiedenen Guerilla Gruppen stattfand. Mittlerwei-
35 le hat sich rausgestellt, dass „Sig-Sauer“ von dem wirklichen Endverbleib wusste und die Bundesregierung
36 schlichtweg nicht informierte. Das Unternehmen hat seine Produktion in die USA ausgesiedelt, nachdem sie
37 in Deutschland deswegen verklagt wurden. Ähnliche Fälle sind auch aus der Türkei bekannt, die in einigen
38 Krisenherden im Nahen Osten einer der „Big-Player“ ist.

39 Ein weiteres Problem ist, dass die Bundesregierung die eingeführten „Post-Shipment-Kontrollen“ nur bei Klein-
40 waffen durchführt. Sobald es um Teile von Raketenträgersystemen, Geschütztürme für Panzer oder Brenn-
41 stoffzellen für U-Boote geht, wird überhaupt nicht mehr nachgefragt. Die Bundesregierung schrieb hierzu
42 in einem Statement: „Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie und die Rüstungszusammenarbeit
43 mit Drittländern dürfen durch das System der Post-Shipment-Kontrollen nicht gefährdet werden.“ Offener
44 kann eine Regierung kaum zugeben, dass ihr wirtschaftlicher Erfolg wichtiger als Menschenleben und – rechte
45 ist.

46

47 Warum brauchen wir Endverbleibskontrollen?

48 Wir Jusos bekennen uns zur friedlichen Konfliktlösung. Dies gilt für jeden Konflikt weltweit. Wir erkennen den-
49 noch ob der aktuellen sicherheitspolitischen Lage und unserer Schutzverantwortung als Teil der Gemeinschaft
50 aller Menschen an, dass in bestimmten Situationen der Einsatz bewaffneter Streitkräfte notwendig sein kann.
51 Wenn in einem solchen Fall die Vereinten Nationen eine humanitäre Intervention beginnen und dabei bewaff-
52 nete Blauhelme zum Einsatz kommen, müssen diese möglichst gut ausgerüstet sein, um ihr eigenes Leben
53 sowie das Leben der Zivilist:innen im Land zu schützen. Die beste Ausrüstung für Soldat:innen, vor allem die
54 Kriegswaffen können auch aus Deutschland kommen.

55 So lang die Rüstungskonzerne in Deutschland nicht verstaatlicht sind und dem Druck des Marktes unterliegen,
56 müssen zum einen die Wettbewerbsfähigkeit und zum anderen die Arbeitsplätze des Unternehmens gesichert
57 werden. Dies kann aber in keinem Fall auf Kosten von Menschenleben gehen, indem Waffen in Krisengebie-
58 te, wenn auch über Umwege, geliefert werden, um Konflikte anzuheizen (s. Türkei in Syrien). Außerdem darf
59 es nicht auf Kosten der Menschenrechte, die von Regimen mit deutschen Waffen verletzt werden (s. Gaddhafi
60 und die Opposition). Um sicherzustellen, dass keine deutschen Waffen über Umwege in Krisengebiete geliefert
61 werden, müssen wirksame, flächendeckende Endverbleibskontrollen eingeführt werden. Diese müssen über
62 die Größe von Stichproben hinausgehen um sicherzustellen, dass ein Land nicht eine Lieferung ordnungsge-
63 mäß behält und aufbewahrt und eine andere Lieferung weiterschickt.

64

65 Warum auch bei Bündnispartner:innen Kontrolle besser als Vertrauen ist.

66 Endverbleibskontrollen müssen bei allen Partner:innen stattfinden. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass
67 die Waffen, welche in Drittstaaten exportiert werden, meist auch in diesen verbleiben. Die Waffen jedoch,
68 welche in Staaten exportiert werden, welche Bündnispartner:innen Deutschlands sind, egal ob über NATO,
69 UN oder EU diejenigen Staaten sind, welche die Waffen dann im Sinne der Rüstungskonzerne weiterverkaufen.
70 Oder im schlimmsten Fall sogar im Sinne des jeweiligen Staates an terroristische Gruppen oder andere Staaten
71 weitergeben.

72

73 Wer soll die Kontrollen durchführen?

74 Die momentanen Endverbleibskontrollen werden durch das Auswärtige Amt und das Bundesamt für Wirt-
75 schaft und Ausfuhrkontrolle übernommen. Diese Aufgabenteilung zwischen Außenministerium und Wirt-
76 schaftsministerium schafft eine weitere gegenseitige Kontrolle, da das Auswärtige Amt in Deutschland tradi-
77 tionell durch den:die Junior-Koalitionspartner:innen besetzt ist. Im Fall der letzten GroKo gibt das der SPD die
78 Möglichkeit die Waffenexporte die im Bundessicherheitsrat vor allem durch eine Unions-Mehrheit beschlos-
79 sen wurden, zu überprüfen.

80

81 Kein Arbeitsplatz wird bedroht.

82 Das Argument der letzten Bundesregierung, das durch diese „Post-Shipment-Kontrollen“ der wirtschaftliche
83 Erfolg der Rüstungskonzerne bedroht wäre ist sehr fadenscheinig. Gerade weil Deutschland weltweit einige
84 der besten Panzer und U-Boote herstellt, wird die wirtschaftliche Situation der Rüstungskonzerne nicht be-
85 droht. Dies ist auch an den vollen Auftragsbüchern sichtbar, so will Norwegen im nächsten Jahr 4 U-Boote
86 von „Thyssen-Krupp-Marine-Systems“ im Wert von 4,33 Milliarden Euro kaufen. Griechenland hat im Jahr 2014
87 trotz Schuldenkrise Leopard-Panzer von „KMW“ für rund 1,7 Milliarden Euro gekauft. Die Union fordert in den
88 aktuellen Sondierungen eine Erhöhung des Wehretats um die Bundeswehr neu auszustatten, ein weiterer Auf-
89 trag für die deutschen Rüstungskonzerne der Milliarden einspielen sollte. Alles in allem spricht nichts dage-
90 gen, Endverbleibskontrollen wirksam und flächendeckend umzusetzen um aktuelle Situationen wie im Jemen
91 zu verhindern, wo Saudische Bomber deutsche Bomben auf Rebellen abwerfen die sich auch mit deutschem
92 Gerät verteidigen.

93

94 Deswegen fordern wir:

95 Die SPD setzt sich für wirksame und flächendeckende Kriegswaffen-Endverbleibs-Kontrollen auch bei militäri-
96 schen Bündnispartner:innen ein.

97

98

Antragsteller*innen

Jusos Niederbayern

E-Mail: luisa.haag@jusos-bayern.de

Telefon:

I-2

Titel	Völkerrecht gilt für alle! Solidarität mit den Menschen in und um Afrin!
Antragsteller*innen	Kommission Internationales und Europa über Landesvorstand
Adressat*innen	Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundesvorstand, SPD-Bundestagsfraktion, BayernSPD-Landesgruppe in der SPD-Bundestagsfraktion

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Völkerrecht gilt für alle! Solidarität mit den Menschen in und um Afrin!

- 1 Seit dem Zerfall des Osmanischen Reiches nach dem ersten Weltkrieg wird die Gründung eines kurdischen
- 2 Staates von der Türkei verhindert. Dies führt zu einer ständigen Konfliktsituation zwischen der türkischen
- 3 Regierung und kurdischen Milizen.
- 4 Eine friedliche Lösung ist dabei weiter nicht in Sicht. Im Gegenteil, durch die aktuelle Offensive der türkischen
- 5 Streitkräfte in das nordsyrische Gebiet rund um die Stadt Afrin spitzt sich die Lage weiter zu.
- 6 Am 20. Januar 2018 begann die Türkei ihre militärischen Offensive gegen die Kurdenmiliz YPG. Das Ziel der
- 7 AKP-Regierung Recep Tayyip Erdogans, der die YPG als verlängerten Arm der kurdischen Arbeiterpartei PKK
- 8 sieht, ist es, die kurdische Bevölkerung aus Nordsyrien bis hinter den Euphrat zu vertreiben. Damit kämpfen
- 9 die YPG und ihre Verbündeten nun nicht mehr nur gegen den IS, sondern werden von der türkischen Regierung
- 10 in einen Zwei-Fronten-Konflikt gedrängt. Dadurch wird Nordsyrien weiter destabilisiert. Die Folge ist mehr Ge-
- 11 walt gegen die Zivilbevölkerung und in der Konsequenz ein weiteres Anhalten der bestehenden humanitären
- 12 Notlage und all ihrer Folgen.
- 13
- 14 Durch ihre militärische Intervention in Nordsyrien verstößt die türkische Regierung gegen das Völker-
- 15 recht!
- 16 Der Angriff ist nicht durch das Recht auf Selbstverteidigung gedeckt, denn es liegt keine Verletzung der türki-
- 17 schen Souveränität und Integrität vor, noch ist damit momentan zu rechnen. Auch hätte die Türkei den UN-
- 18 Sicherheitsrat über eine militärische Intervention in Kenntnis setzen müssen. Weder der türkische Staat noch
- 19 die türkische Bevölkerung ist durch ein autonomes Kurdengebiet – oder auch einen souveränen kurdischen
- 20 Staat – an der Grenze zur Türkei wesentlich bedroht und daher auch in keiner Form eine hinreichende Recht-
- 21 fertigung für eine militärische Intervention. Das Vorgehen der Türkei ist eine weitere Eskalation des Konfliktes
- 22 mit erneut schweren Menschenrechtsverletzungen, die für uns nicht hinnehmbar sind.
- 23
- 24 Die Jusos Bayern verurteilen das militärische Vorgehen der türkischen Regierung und fordern die sozialde-
- 25 mokratischen Fachpolitiker*innen und das sozialdemokratisch geführte Außenministerium dazu auf, darauf
- 26 hinzuwirken, dass die Türkei völkerrechtliche Verträge einhält und das Blutvergießen unverzüglich beendet.
- 27 Wir zeigen uns solidarisch mit den Angegriffenen.
- 28 Des Weiteren fordern wir einen sofortigen Stopp sämtlicher deutscher Waffenlieferungen an die Türkei, ins-
- 29 besondere eine Rücknahme der kürzlich bekanntgewordenen neuen Ausfuhrgenehmigungen. Die deutsche

- 30 Bundesregierung darf nicht den Eindruck erwecken, die türkische Offensive stillschweigend zu unterstüt-
31 zen.

Antragsteller*innen

Kommission Internationales und Europa über Landesvorstand

E-Mail: danielle.goemmel@jusos-bayern.de

Telefon:

K Kampf gegen Rechts

K Kampf gegen Rechts

K-1	Jusos Niederbayern	“Der Dritte Weg” muss endlich verboten werden!	82
-----	-----------------------	--	----

K-1

Titel	“Der Dritte Weg” muss endlich verboten werden!		
Antragsteller*innen	Jusos Niederbayern		
Adressat*innen	Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag, BayernSPD-Landesparteitag		
<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt	

“Der Dritte Weg” muss endlich verboten werden!

- 1 Im April 2012 sprach sich der Bayerische Landtag einstimmig dafür aus, die Organisation “Freies Netz Süd”
 2 (FNS) zu verbieten. Bis zum endgültigen Verbot durch das Bayerische Innenministerium gingen allerdings mehr
 3 als zwei Jahre ins Land. Durch diese enorme zeitliche Verzögerung hatten die Mitglieder des FNS die Möglich-
 4 keit, sich Ausweichstrukturen zu schaffen.
- 5 Die Partei “Der Dritte Weg” wurde am 28. September 2013 in Heidelberg gegründet. Sie setzt sich zusammen
 6 aus (Ex-)Mitgliedern der NPD und des FNS. Durch die Gründung in Heidelberg und die Beteiligung anderer
 7 Akteur:innen aus der rechtsextremen Szene, konnte ein direktes Verbot als Nachfolgeorganisation verhindert
 8 werden. Die Gründung einer Partei erfolgte auch, um einen zusätzlichen Schutz durch das von ihnen bekämpf-
 9 te Grundgesetz in Form des Parteienprivilegs zu gewährleisten.
- 10 Die Partei setzt, im Gegensatz zu anderen Parteien, nicht auf personelles Wachstum. Die radikal-völkischen
 11 Nationalist:innen sehen sich selbst als eingeschworenen Kreis an Aktivist:innen, deren Ziel es ist, die Bundes-
 12 republik Deutschland zu zerstören. So fordern sie, dass das “Volk den illusionären Unwert 70-jähriger Umer-
 13 ziehung gänzlich abstreift” und stellen sich damit direkt in eine Linie mit der Nazi-Ideologie der NSDAP.
- 14 Zudem vernetzt sich „Der Dritte Weg“ mit rechtsextremen Gruppen im Ausland, unter anderem der goldenen
 15 Morgenröte in Griechenland und dem “Nordic Resistance Movement”, die immer wieder auch durch Verherr-
 16 lichung der SS und Adolf Hitler auffallen. In Deutschland besteht Kontakt zur Identitären Bewegung.
- 17 Unter anderem fordert „Der Dritte Weg“ die Wiederherstellung der Grenze von 1937. Auch die Aneignung von
 18 teils verbotenen nationalsozialistischen Symbolen und Ritualen ist Kernelement der Partei – mitunter zeigen
 19 sie diese in der Öffentlichkeit.
- 20 Grundsätzlich sieht sich „Der Dritte Weg“ als Verteidiger des „Deutschen Volkes“ und der „germanischen Kul-
 21 tur“. So schreiben sie auf ihrer Website, durch „fieberhaften Wahn multikultureller Volksvermischer droht
 22 heute ganz Europa zu zerbrechen und unwiederbringlich niederzugehen“. Die hier genutzte Terminologie
 23 der “Volksvermischung” steht nicht nur in der Tradition des Nationalsozialismus, sondern entstammt diesem
 24 auch.
- 25
- 26 **Zusammensetzung und Organisation**
- 27 Der Gründer der Aussteiger:innenorganisation „Exit“, Bernd Wagner, sieht den „Dritten Weg“ als eine Partei, die
 28 sich selbst im “Partisanenkrieg gegen die Demokratie” wähnt. Mit Gewalttaten gegen Geflüchtete und Anders-
 29 denkende widersprechen die Taten und Ziele der Partei klar der freiheitlich demokratischen Grundordnung.
 30
- 31 Zudem dient “Der Dritte Weg” als ein Auffangbecken für Mitglieder verbotener Kameradschaften. Vielen dieser

32 Neonazis wird nicht nur politisch eine neue Heimat geboten, sie sind auch in Vorstandspositionen wiederzu-
33 finden.

34 An der Organisation und der Art der Aktivitäten ist zu erkennen, dass „Der Dritte Weg“ tatsächlich eine Nach-
35 folgeorganisation des „Freien Netz Süd“ ist. So heißen ihre Vertretungen auf Kreis- oder Bezirksebene „Stütz-
36 punkte“ und dienen ihren Kadern als Netzwerkbasis zur Missionierung. Man kann nicht sofort Mitglied werden,
37 sondern startet als Fördermitglied, mit der Option als Vollmitglied aufgenommen zu werden. Hierzu muss ei-
38 ne Mitgliederversammlung abgehalten werden. So kontrolliert die Partei, dass keine unliebsamen Menschen
39 Mitglieder werden und die stramme Neonazi-Linie fortgeführt wird.

40 Die Entstehung neuer Stützpunkte im Bundesgebiet bei nur schwach wachsender Mitgliederzahl zeigt, dass
41 „Der Dritte Weg“ nur auf Bundesebene verboten werden kann. Drohungen und Gewaltdelikte sind Teil des
42 Auftretens der Rechtsextremen, die sich auf Veranstaltungen auch mit rechten Terrorist:innen zeigen, wie dem
43 verurteilten Karl-Heinz Statzberger, dessen Anschlagversuch auf ein jüdisches Gemeindezentrum in München
44 vereitelt wurde.

45

46 Teilnahme an Wahlen

47 „Der Dritte Weg“ strebt keine wirkliche Mitarbeit in Parlamenten an, bisher ist sie seit ihrer Gründung ledig-
48 lich bei einer Landtagswahl in Rheinland-Pfalz angetreten- Stattdessen versucht sie durch ihren Organisation
49 und das aufgebaute Netzwerk gezielt Ängste zu schüren und Menschen zu Hetze und Gewalttaten anzusta-
50 cheln.

51

52 Aktionsprofil

53 „Der Dritte Weg“ betreibt Hetzkampagnen im Netz, veröffentlichte unter anderem eine interaktive Karte, in der
54 Geflüchtetenunterkünfte mit detaillierten Beschreibungen vermerkt waren. Auch Flyeraktionen, um gezielt vor
55 Ort Angst zu schüren werden immer wieder durchgeführt. Auf der Wiesn 2015 verteilte „Der Dritte Weg“ Flyer,
56 die den Eindruck erweckten, dass massenhaft Frauen durch Asylbewerber:innen vergewaltigt wurden. Auf
57 dem Flyer standen vermeintlich „gutgemeinte“ Tipps – Ziel war es aber die von ihnen selbst geschürten Ängste
58 augenscheinlich zu bestätigen.

59 Im Umfeld geplanter Geflüchtetenunterkünfte waren es auch immer wieder Mitglieder des „Dritten Wegs“,
60 die, scheinbar als Privatpersonen, Protestgruppen in Sozialen Netzwerken wie Facebook gründeten und Angst
61 und Hass vor Ort schürten. Dieses getarnte Vorgehen ermöglicht es ihnen zunächst Kontakt zur örtlichen
62 Bevölkerung aufzubauen und ohne das Wissen von offiziellen oder antifaschistischen Gruppen Menschen vor
63 Ort gegen beispielsweise geplante Unterkünfte aufzustacheln, bevor diese auch nur in der Gemeinde diskutiert
64 werden.

65

66 Das Bundesverfassungsgericht ist, aus gutem Grund, die einzige Instanz in Deutschland, die Parteien verbieten
67 kann. Trotz der geringen Größe stellt die Partei „Der Dritte Weg“ eine erhebliche Gefahr für unser Zusammen-
68 leben dar. Sie versucht die Spaltung der Gesellschaft voran zu treiben und ist damit durch ihre subversive Art
69 erfolgreicher, als es die plumpe NPD jemals war. Auch durch ihr verfassungsfeindliches Profil halten wir ein
70 Verbot dieser Partei für unumgänglich.

71 Da es allerdings durchaus sein kann, dass die Partei u.a. durch ihre Organisationsart oder den mangelnden
72 Willen an parlamentarischer Mitbestimmung vom Bundesverfassungsgericht nicht als Partei angesehen wird,
73 möchten wir auch diese Möglichkeit abdecken.

74

75 Deswegen fordern wir:

76 – Die SPD setzt sich mit Nachdruck dafür ein, dass ein Verbotsverfahren der Partei „Der Dritte Weg“ vor
77 dem Bundesverfassungsgericht eingeleitet wird.

- 78 – Falls das Verbotsverfahren an der Definition als "Partei" scheitern sollte, ist es die Aufgabe der SPD "Der
79 Dritte Weg" als verfassungsfeindliche Organisation nach dem Vereinsgesetz verbieten zu lassen.

Antragsteller*innen

Jusos Niederbayern

E-Mail: luisa.haag@jusos-bayern.de

Telefon:

M Migration und Integration

M Migration und Integration

M-1	Jusos Mittelfranken	3+2-Regel verbessern – jungen Geflüchteten eine Chance bieten	86
-----	------------------------	---	----

M-1

Titel	3+2-Regel verbessern – jungen Geflüchteten eine Chance bieten		
Antragsteller*innen	Jusos Mittelfranken		
Adressat*innen	Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, SPD-Bundesparteitag, BayernSPD-Landesparteitag		
<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt	

3+2-Regel verbessern – jungen Geflüchteten eine Chance bieten

1 Wir fordern eine Herabsetzung der Voraussetzungen für das Greifen der 3+2-Regel (§60a Abs. 2 Sätze 4 und
 2 5 AufenthG). So fordern wir konkret den zeitlichen Rahmen, in dem die Regelung in Kraft tritt, bzw. ein
 3 entsprechender Antrag gestellt werden kann (nach Abschluss des Asylverfahrens, jedoch bevor konkrete
 4 Maßnahmen zu Aufenthaltsbeendigung beschlossen sind), auszuweiten. Ferner muss die Formulierung
 5 „konkrete Maßnahmen zur Aufenthaltsbeendigung“ (§60 Abs. 2 Satz 5 AufenthG) konkretisiert werden, um
 6 einem Missbrauch durch die Behörden vorzubeugen.

7
 8 **Begründung**

9 Ziel der 3+2-Regel ist es, abgelehnten Asylbewerber*innen, die eine Ausbildung anfangen, oder diese bereits
 10 begonnen haben, trotz des abgeschlossenen Asylverfahrens, die Möglichkeit zu bieten, die Ausbildung
 11 fortzusetzen. So lobenswert die Intention zwar ist, da gerade jungen Geflüchteten auf diese Weise eine
 12 Perspektive geboten wird, so wenig funktioniert die Regelung aber tatsächlich. Wegen des viel zu knappen
 13 zeitlichen Rahmens, in dem die Regelung greift, nämlich nach Beendigung des Asylverfahrens, jedoch vor
 14 der Einleitung „konkreter Maßnahmen zur Aufenthaltsbeendigung“, haben viele Geflüchtete gar keine reelle
 15 Chance, einen entsprechenden Antrag zu stellen, vor allem auch weil die Formulierung „konkrete Maßnahmen
 16 zur Aufenthaltsbeendigung“ zu viel Interpretationsspielraum lässt.

17 So ist gerade die Bayerische Staatsregierung in den letzten Monaten immer wieder dadurch aufgefallen, dass
 18 sie eben diese Formulierung möglichst großzügig interpretiert hat, um somit die 3+2-Regel zu umgehen und
 19 Geflüchtete meist während der Ausbildung abzuschieben. Aus diesem Grund fordern wir, den zeitlichen Rah-
 20 men für die 3+2-Regel auszudehnen und die Formulierung „konkrete Maßnahmen zur Aufenthaltsbeendi-
 21 gung“ zu konkretisieren, um schnell für eine Verbesserung der Situation Geflüchteter in der Ausbildung zu
 22 sorgen.

Antragsteller*innen

Jusos Mittelfranken

E-Mail: daniel.rothenbuecher@jusos-bayern.de

Telefon:

P Partei

P Partei

P-1	Jusos Oberfranken	Politikverdrossenheit vermeiden – Demokratie in ein besseres Licht rücken	88
P-2	Jusos Oberfranken	#noGroKo	92
P-3	Jusos Unterfranken	Für die freie Entscheidung auf Parteitag	93
P-4	Jusos Unterfranken	Urwahl des/der Vorsitzenden	94
P-5	Jusos Unterfranken	Unvereinbarkeit von Doppelmandaten in Parlamenten oberhalb der Landesebene	95
P-6	Jusos Niederbayern	Keine Koalition mit der CSU! Schwarz – Rot in Bayern ist keine Alternative!	96
P-7	Jusos Niederbayern	SPD für alle	97

P-1

Titel	Politikverdrossenheit vermeiden – Demokratie in ein besseres Licht rücken		
Antragsteller*innen	Jusos Oberfranken		
Adressat*innen	Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, SPD-Bundesparteitag, BayernSPD-Landesparteitag		
<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt	

Politikverdrossenheit vermeiden – Demokratie in ein besseres Licht rücken

- 1 Zurückgehen zu den alten Wurzeln
- 2 An den Infoständen zur Bundestagswahl sind wir mit vielen Wählerinnen und Wählern ins Gespräch gekom-
- 3 men. Der Frust über die Politik war kaum zu überhören. Sätze wie: „...die wissen doch gar nicht wie es da
- 4 draußen zugeht“; „...wir dürfen immer nur für andere zahlen...“ „... die nehmen uns doch nicht ernst...“; „... die
- 5 Versprechen doch sowieso immer nur und nichts davon wird umgesetzt...“; „...da ist es egal wen man wählt,
- 6 sind sowieso alle gleich...“ usw. dominierten meist die Konversationen.
- 7 Anhand dieser Aussagen kann man deutlich erkennen, wie enttäuscht die Wählerinnen und Wähler letztend-
- 8 lich von den Parteien, insbesondere der SPD sind. Daher muss unser Ziel sein, das Vertrauen der Bürgerinnen
- 9 und Bürger wieder zur Demokratie wie auch zur Sozialdemokratie zurück zu gewinnen. Dies geschieht neben
- 10 innovativen Inhalten auch unter anderem nur dann, wenn man den Wählerinnen und Wählern das Gefühl
- 11 entgegenbringt, sich ihren Problemen anzunehmen. Dies kann auch nur dann geschehen, wenn man sich um
- 12 sie kümmert und zusammen mit ihnen eine Zukunft aufbaut. Deshalb ist es von Vorteil sie in den Gesprächen
- 13 miteinzubeziehen, denn eine gute demokratische Politik kann nur dann funktionieren, wenn man die Proble-
- 14 me der Bevölkerung versteht. Dazu ist es auch erforderlich bei ihnen präsent zu sein, mit ihnen ein Stück weit
- 15 zu gehen, sie über die Politik sowie über die Sozialdemokratie aufzuklären und nur dann werden sie wieder
- 16 Stück für Stück an Vertrauen zu uns zurückgewinnen. Die Anfänge der SPD vor 150 Jahren haben dies in al-
- 17 ler Deutlichkeit gezeigt. Damals waren es Liebknecht und Bebel, die zu den Arbeiterslums gegangen sind und
- 18 sich über die aktuelle Lage ein Bild vor Ort gemacht haben. Dorthin müssen wir wieder zurück gelangen. Wir
- 19 dürfen dabei aber nie den Blick in unserer Zukunft verlieren. Um diese Faktoren zu berücksichtigen, müssen
- 20 wir zunächst an den Ortsvereinen arbeiten.
- 21 1. Ortsvereine in ein besseres Licht rücken
- 22 Ortsvereine erfüllen vor Ort eine wichtige Aufgabe. Sie sind in erster Linie Ansprechpartner für die Bürgerinnen
- 23 und Bürger vor Ort. Sie kümmern sich um diese und sind zugleich Transmitter für den Bundestagskandidaten.
- 24 Die Ortsvereine sind das Herzstück der SPD. Sie vertreten uns vor Ort, stemmen Wahlkämpfe und tragen die
- 25 sozialdemokratischen Werte in den Ortschaften, vertreten sie und tragen sie an die Bürgerinnen und Bürger.
- 26 Sie sind das Bindeglied zwischen Politik und Bevölkerung. Es ist im Interesse der ganzen Partei diese Orts-
- 27 vereine zu unterstützen. Außerdem sind OV's auch für die Aufnahme, Betreuung und teils Förderungen der
- 28 Neumitglieder zuständig, denn Neumitglieder wenden sich immer zuerst an den OV. Wie man sehen kann,
- 29 ist die Arbeit der Ortsvereine sehr wichtig, aber auch vielschichtig und tragen unter anderem maßgeblich an
- 30 den Wahlergebnissen bei. Man muss sich nur einmal die Statistik über die Ergebnisse der Bundestagswahl
- 31 anschauen, dann ist feststellbar, dass in den Regionen, in denen ein aktiver Ortsverband sitzt, auch die Wahl-
- 32 ergebnisse für die Partei besser aussehen als in den Regionen, in denen es keinen Verband gibt, oder die sehr
- 33 schwach sind.

34 · Ortsverbände verjüngen

35 Dies liegt oft daran, dass in vielen Ortsverbänden der Altersdurchschnitt sehr stark erhöht ist. Einigen OV
 36 droht dann auch unter Umständen das Aus! Eine der Ursachen dafür ist häufig, die zum Teil starre Struktur.
 37 Sie beeinträchtigt zum Teil die Vereinsarbeit sehr stark. Aus Angst, altbewährte Mitglieder zu verlieren sowie
 38 gewohnte Strukturen aufgeben zu müssen, weigern sich die Verbände oftmals Jugendliche aktiv in die Vereins-
 39 arbeit zu integrieren, ja manchmal sogar aufzunehmen. Das schreckt viele Jugendliche ab. Sie bleiben dann
 40 einfach fern.

41 Um den OV vor der Vergreisung zu bewahren, schlagen wir vor, die Mitglieder dieser Verbände über die Ju-
 42 gendarbeit bzw. die Arbeit der Jusos aufzuklären. Dies kann in Form von Workshops und Seminaren, auch
 43 vor Ort geschehen. Diese Schulungen können teils auch von den Juso-Verbänden selbst durchgeführt werden.
 44 Wir fordern aber auch, dass mindestens ein engagiertes Mitglied der Jusos, sofern sie/er es möchte, im OV
 45 vertreten ist. Somit wird die Zusammenarbeit zwischen den Ortsverbänden und der Juso AG kontinuierlich,
 46 produktiv wie auch nachhaltig gestärkt. Des Weiteren streben wir nach mehr Mitspracherecht/Entsendungen
 47 der Jusos auf den Parteitag an. Schließlich sind sie es, die überwiegend Anträge schreiben und die letztend-
 48 lich für die Belange der Jugend eintreten. Außerdem kennen die Jusos auch die aktuellen Problematiken der
 49 Politik, denn Sie sind es, die in Unis und in Schulen unterwegs sind. Sie sind es, die nach der Schule einen Job,
 50 oder eine Wohnung suchen. Keiner wie sie sind von der aktuellen Situation betroffen. Genauso ist es auch mit
 51 der AG 60+. Keiner wie diese AG beschäftigen sich mit der Rente. Deshalb ist es unserer Ansicht nach generell
 52 notwendig, dass von jeder AG, sowie von Stadt- bzw. Gemeinderäten engagierte Mitglieder im OV vertreten
 53 sind. Nur dann entstehen lebendige und konstruktive Diskussionen. Dies macht den Ortsverband nach außen
 54 hin attraktiver, denn er hat mehr Einfluss in die alltäglichen Probleme der Bürger*Innen und Bürgern und wird
 55 auf die Jahre hinweg gesehen noch weiter Fortbestand haben. Ebenso wichtig ist es auch dieses Konstrukt auf
 56 Bundesebene zu fördern.

57

58 · Mehr Mitspracherecht der OV-Mitgliedern auf Bezirk und Landesebene

59 Es sind vor allem oft die Menschen, die in den Ortsverbänden sitzen, die die Ziele der SPD an die Bürgerinnen
 60 und Bürgern näherbringen. Sie stehen unmittelbar in Kontakt mit den Wählerinnen und Wählern. Sie erfahren
 61 wo der Schuh in der Bevölkerung drückt. Deshalb ist es notwendig, ihre Ideen/Meinungen anzuhören, sie zu
 62 respektieren und daran aktiv zu arbeiten. Wichtig dabei ist, Problemstellen zu benennen, darüber zu diskutie-
 63 ren und sie dann z.B. in Form eines Workshops zu einem zielgerichteten Abschluss zu bringen. Nur wenn ein
 64 regelmäßiger reger Austausch zwischen den Mitgliedern aus den einzelnen Bus sowie Bezirken und Landes-
 65 ebenen entsteht, kann produktiv gearbeitet werden. Wir fordern aber auch, dass bei jedem Verband, bei jeder
 66 Einrichtung, sei es UB, Bezirk oder Landesebene mindestens ein Juso-Mitglied vertreten ist.

67 Vermehrtes Angebot von Schulungen und Seminaren durch den Landesverband/ Bezirksvorstand/ Unterbe-
 68 zirk

69 Die Welt der Politik wird immer rasanter und komplexer. Um Mitglieder aktuell auf den laufenden zu halten
 70 und sie zu fördern, sprechen wir uns für ein vermehrtes kostenloses Schulungsangebot aus. Jeder soll hier die
 71 Möglichkeit haben, an solchen Kursen/Seminaren kostenfrei daran teilzunehmen, wenn es wichtig für ihre/sei-
 72 ne politische Arbeit ist. Denn schließlich bringen wir uns als ehrenamtliches Mitglied ein. Aber auch Seminare,
 73 die nur bedingt mit der Politik zu tun haben wären sinnvoll sie anzubieten. Sie können z.B. zur Erweiterung der
 74 Persönlichkeit dienen oder auch einen Vortrag zu einem bestimmten Thema nicht politischer Art weiterver-
 75 helfen. Dadurch schafft man es die Kurse attraktiver hervorzuheben und die Mitglieder besser zu fördern. Vor
 76 allem auch Neumitglieder finden sich hier schneller und besser in ihre spätere politische Arbeit ein.

77

78

79 · Bessere finanzielle Unterstützung in den Ortsverbänden

80 Zudem haben viele Ortsverbände kein Geld um verschiedene Aktionen bzw. Kampagnen zu planen um sie
 81 dann durchzuführen. Es fehlt ihnen sehr oft das nötige Geld dazu, da nur ein sehr geringer Teil der Mitglieds-
 82 beiträge in den Ortsvereinen ankommen. Darum erbitten wir eine finanzielle vierteljährliche Förderung vom

83 Landes-/bzw. Bundesverband. Von dieser finanziellen Unterstützung können ist es dem Ortverband dann mög-
84 lich einen ordentlichen Wahlkampf durchzuführen, die Mitglieder zu fördern und verschiedene Kampagnen
85 zu planen. Diese Investition ist keine Verschwendung, sondern sie trägt zur Vertiefung und zur Verbreitung
86 der Sozialdemokratie bei

87

88 · Mehr Promipräsenz in den Ortsvereinen

89 Oft fühlen sich Ortsvereine vernachlässigt, hinten in die Ecke abgestellt. „Was wir für eine Arbeit machen, inter-
90 essiert sowieso niemanden.“, sind Sätze, die man sehr oft aus eigenen Reihen zu hören bekommt. Die Promis
91 kommen doch sowieso nur in attraktive Städte, Die Probleme der Menschen auf dem Land sind ihnen egal.
92 So fühlen sich aber nicht nur Ortsvereine behandelt, sondern auch die Wählerschaft. Demzufolge gehen viele
93 der Einwohner nicht mehr wählen oder wählen eine andere Partei, die präsenter ist oder auch bewusst eine
94 andere Partei zum Trotz. Folglich ist es unabdingbar, wenn sich prominente Politiker in Regionen sehen lassen,
95 die nicht so attraktiv sind. Sie fördern dadurch nicht nur ihre Wahlergebnisse, sondern auch den Ortsverband.
96 Man wird dadurch wieder motiviert weiterzumachen und setzt sich wieder für die Belange der SPD ein. Auch
97 die Bewohnerinnen und Bewohner auf dem Land fühlen sich wieder von der Politik ernstgenommen

98

99 2. Mehr Nähe zu den Menschen

100

101 · Handbücher für neue bzw. strukturschwache Ortsvereine

102 Dieses Handbuch soll insbesondere Anleitungen für strukturschwache bzw. sich im Aufbau befindende Orts-
103 vereine liefern, welche in aktuellen Handbüchern bisher nicht zu finden ist. Dabei schwächelt die SPD schwä-
104 chelt auf dem Land extrem. Wenn man sich die bereits vorhandenen Handbücher durchließ, so kann man den
105 Eindruck gewinnen, dass diese nicht unbedingt für strukturschwächere wie Ostdeutschland oder Bayern (in
106 denen die SPD schwach vertreten ist) geschrieben worden sind. Jedoch genau für solche Regionen ist entspre-
107 chender Bedarf für solche Literatur vorhanden. Gerade für den politischen Alltag innerhalb strukturschwacher
108 Regionen/Ortsvereine bedarf es solcher Hilfestellung

109

110 · Portale für Bürgerinnen und Bürgern einführen

111 Selbstverständlich kann nicht immer ein Promi vor Ort sein und die Probleme der Mitbürgerinnen und Mit-
112 bürgern anhören. Um dennoch deren Belange ernst zu nehmen, kann dies durch eine Einrichtung eines Inter-
113 netportals/einer Auskunftsstelle behoben werden. Das Portal sollte so gestaltet und strukturiert werden, dass
114 jeder „Normalbürger“ sich damit zurechtfindet. Es muss also klar ersichtlich sein, wen ich bei welchem Thema
115 kontaktieren kann.

116

117 · Bessere Zusammenarbeit mit anderen Verbänden

118 Die Partei kann ebenso gestärkt werden, indem sie sich in gewissen Bereichen mit anderen Verbänden wie
119 beispielsweise der Gewerkschaft, AWO etc. austauscht, sich mit deren Belange auseinandersetzt und sie ver-
120 bessert. Somit wäre auch eine inhaltliche und thematische Basis geschaffen, an der man etwas in der Politik
121 erreichen kann.

122

123 · Mehr Präsenz bei den Verbänden und den Bürgerinnen und Bürgern zeigen

124 Wenn beispielsweise die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zusammen mit den Gewerkschaften auf die
125 Straße gehen um dort gegen Werksschließungen, Verlust der Arbeitsplätze und Ungerechtigkeiten im Lohn
126 protestieren, dann sollten wir hierbei nicht fehlen. Genauso ist es bei Demonstrationen gegen Rechtspopu-
127 lismus, Klimaschutz, unnötige Aufrüstungen etc. Dabei verfolgt man nicht nur die Grundprinzipien der SPD,
128 sondern dies verleiht uns zudem Glaubwürdigkeit und Anerkennung in der Bevölkerung. Es ist nur wichtig
129 die Bevölkerung bei Demonstrationen zu begleiten, sondern ihnen auch die Chance geben, sich selber über

130 verschiedene Anliegen zu äußern. Dies könnte auch in Form einer Dialogveranstaltung in regelmäßigen Ab-
131 ständen z.B. einmal im Jahr veranlasst werden. Somit bleibt man ständig im Kontakt mit den Mitbürgerinnen
132 und Mitbürgern sowie den eigenen Parteimitgliedern.

133

134 3. Mehr politisches Engagement wagen

135 Es gibt in Deutschland sehr viele Bürgerinnen und Bürger, die sich für die Politik interessieren und sich zudem
136 aktiv in die Parteiarbeit einbringen möchten. Hierbei gibt es selten eine andere Möglichkeit sich anderweitig
137 zu engagieren, als in einer Partei einzutreten. Aber anstatt in einer Partei einzutreten, bleiben sie fern, da sie
138 sich oft nicht „outen“ wollen. Um diese Menschen trotzdem zu fördern, schlagen wir ein parteiunabhängiges
139 Konzept vor. Dabei wird an einer Art parteiunabhängige Initiative gedacht. Somit wäre es möglich sich partei-
140 unabhängig politisch zu engagieren und die SPD mit ihren Ideen zu unterstützen. Die Menschen, die sich dort
141 einbringen, sollen auch die Chance bekommen an Workshops, Vorträgen sowie an Schulungen teilzunehmen,
142 die unter anderem von der SPD abgehalten werden. Wer hier Mitglied werden möchte und sich engagiert,
143 sofern sie/er es möchte, erhält außerdem die Möglichkeit, für die kommunale Landesliste der SPD zu kandi-
144 dieren. Zudem stehen sie als Berater der Partei zur Seite, auch wenn es um das Parteiprogramm geht. Sie
145 haben jedoch nicht das Recht, bei Mitgliederwahlen innerhalb der Partei zu wählen. Hiermit wird ein Konzept
146 geschaffen, bei dem sich auch nicht outende Bürgerinnen und Bürger einbringen können. Es können sich aber
147 auch Menschen einbringen, die sich beispielsweise nur für ein bestimmtes Projekt interessieren. Und wer weiß,
148 vielleicht findet der eine oder andere doch noch Gefallen daran an der Parteiarbeit aktiv mitzuwirken und tritt
149 daraufhin in die SPD ein.

Antragsteller*innen

Jusos Oberfranken

E-Mail: sophia.fischer@jusos-bayern.de

Telefon:

P-2

Titel #noGroKo
Antragsteller*innen Jusos Oberfranken

Adressat*innen

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

#noGroKo

- 1 Die Große Koalition wurde am 24. September 2017 mit einem Gesamtverlust von 13,7 Prozent abgewählt,
2 trotzdem stehen wir erneut vor der Wahl Große Koalition oder Opposition, Minderheitsregierung oder Neu-
3 wahlen?
- 4 In den Medien wird publiziert, dass wir, als SPD Mitglieder über die Zukunft entscheiden. Aber wir entscheiden
5 nicht über die Zukunft von Deutschland, sondern allen voran über unsere eigene – die Zukunft der Sozial-
6 demokratie und der SPD. Die Entscheidung über die große Koalition ist inzwischen auch eine Frage, ob es
7 innerhalb unserer Partei so weiter geht wie bisher, oder ob es eine echte Erneuerung der SPD gibt.
- 8 Auf dem Sonderparteitag in Bonn haben sich die Delegierten mit einer knappen Mehrheit für die Aufnahme
9 von Koalitionsgesprächen ausgesprochen. Diese Verhandlungen sind abgeschlossen und ein Vertrag liegt vor.
10 Doch kaum steht der Koalitionsvertrag, interessiert sich auch schon niemand mehr dafür, da Personaldebatten
11 kurze Zeit später angestoßen werden. Wer übernimmt welches Ministerium, wer den Parteivorsitz?
- 12
- 13 Wir Jusos stellen uns nicht generell gegen eine Regierungsbeteiligung, allerdings müssen die äußeren Gege-
14 benheiten stimmen. Wie wollen kein Heimatministerium, insbesondere nicht unter Horst Seehofer, wir wollen
15 keine Union die Themen blockiert obwohl sie im Vertrag festgehalten sind und wir wollen vor allem, der AFD
16 nicht die Oppositionsführung überlassen. Uns allen war von Anfang an klar, dass die Koalitionsverhandlun-
17 gen auf Kompromisse hinauslaufen. Doch der fertige Vertrag enthält nur Kompromisse auf unserer Seite,
18 zulasten der Wähler*Innen. Die Union ist keine verlässliche Partnerin, sie hält sich nicht an Zusagen!
- 19
- 20 Wir als Jusos verlieren das Ziel nicht aus den Augen. Wir wollen einen Neustart der Partei und eine Rückkehr
21 zu echten, sozialdemokratischen Themen die uns die Bevölkerung auch wieder glauben kann. Nur wenn wir
22 wieder an Glaubwürdigkeit gewinnen, können wir auch wieder Wahlen gewinnen.
- 23
- 24 Deshalb sagen wir Nein zu weiteren vier Jahren große Koalition

Antragsteller*innen

Jusos Oberfranken

E-Mail: sophia.fischer@jusos-bayern.de

Telefon:

P-3

Titel Für die freie Entscheidung auf Parteitag
Antragsteller*innen Jusos Unterfranken
Adressat*innen Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, SPD-Bundesparteitag, BayernSPD-Landesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Für die freie Entscheidung auf Parteitag

- 1 Wir fordern eine Abschaffung der Antragskommission auf allen Parteitagen der SPD.
2
3 **Begründung**
4 Bei jedem Bundesparteitag kann man live im Fernsehen verfolgen, wie unsere innerparteiliche Demokratie
5 aussieht. Anträge werden in Blöcken verabschiedet und diskutiert. Es gibt kaum einen Delegierten, der einen
6 Überblick hat. Geredet werden kann zu Anträgen aus dem jeweiligen Block, allerdings sind die Redebeiträge
7 dadurch so durcheinander, dass man keine Chance hat Genoss*innen vor Ort zu erreichen.
- 8 Durch die Antragskommission wird schon ein Votum für einen Antrag mitgeliefert und in den häufigsten Fällen
9 wird auch diesem Votum folge geleistet. Unverständlich ist für jeden Demokraten, warum man auf einem
10 Parteitag über das Votum der Antragskommission abstimmt und nicht über den Antrag selbst? Hinzu kommt
11 noch, dass die Antragskommission meistens mit Menschen besetzt ist, die die Meinung des Parteivorstands
12 teilen und somit jeden Antrag, der sich in irgendeiner Form kritisch damit auseinandersetzt, ablehnt.
- 13 Dies empfinden wir als undemokratisch und falsch. Wir trauen jedem Delegierten des Bundesparteitags zu
14 sich selbst ein Bild über die Anträge zu machen und nach bestem Gewissen darüber abzustimmen auch ohne
15 eine Beeinflussung durch eine Antragskommission.

Antragsteller*innen

Jusos Unterfranken

E-Mail: michael.reitmair@jusos-bayern.de

Telefon:

P-4

Titel Urwahl des/der Vorsitzenden
Antragsteller*innen Jusos Unterfranken
Adressat*innen Juso-Landeskonferenz, BayernSPD-Landesparteitag
 angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Urwahl des/der Vorsitzenden

- 1 Wir fordern, den Vorsitz der SPD durch Urwahl aller Parteimitglieder zu wählen.
- 2 Nach dem Rücktritt von Martin Schulz, gab es unmittelbar von eben diesem den Vorschlag, Andrea Nahles zu
- 3 dessen Nachfolgerin auf einem weiteren Sonderparteitag zu „ernennen“.
- 4 Dabei hatte sich Ende des vergangenen Jahres ein Parteitag dazu entschieden, Martin Schulz diese Aufgabe
- 5 zu übergeben. Dass dieser, dieses Votum nun nicht mehr wahrnehmen will, ist unserer Meinung nach zwar
- 6 keineswegs notwendig, aber muss so akzeptiert werden. Nicht akzeptiert werden darf jedoch die Vorgehens-
- 7 weise, wie es zum Vorschlag, Andrea Nahles möge dieses Amt übernehmen, kam.
- 8 Wir befinden uns im Erneuerungsprozess der Partei und wünschen uns hierfür eine basisdemokratischere
- 9 Struktur, die es allen Mitgliedern ermöglicht, den Vorsitz der Partei mit zu bestimmen und dies nicht einem
- 10 elitären und exklusiven Kreis von Funktionär_innen im Hinterzimmer zu überlassen.

Antragsteller*innen

Jusos Unterfranken

E-Mail: michael.reitmair@jusos-bayern.de

Telefon:

P-5

Titel	Unvereinbarkeit von Doppelmandaten in Parlamenten oberhalb der Landesebene	
Antragsteller*innen	Jusos Unterfranken	
Adressat*innen	Juso-Bundeskongress, BayernSPD-Landesparteitag	Juso-Landeskonferenz,
<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt

Unvereinbarkeit von Doppelmandaten in Parlamenten oberhalb der Landesebene

- 1 Wir fordern eine rechtliche Neuordnung, die eine Unvereinbarkeit von Mandaten in Bundestag, Landtag und
2 Europäischem Parlament miteinander festschreibt.
3
4 **Begründung**
5 Doppelmandate verletzen die Teilung von Macht im Mehrebenenprinzip der Bundesrepublik Deutschland.
6 Abgeordnete mit Doppelmandat können auf mehr Ebenen Politikfelder und Gesetzesvorhaben beeinflussen
7 als ihre Kolleg_innen. Somit ist eine Trennung der Interessen von Landes-, Bundes- und Europapolitik nur
8 schwer bei Doppelmandaten denkbar.
- 9 Auf Ebene der Exekutive gibt es ähnliche Unvereinbarkeiten. So können Mitglieder einer Landesregierung nicht
10 zeitgleich Mitglied einer Bundesregierung sein. Findet hier eine Trennung im Sinne unseres Mehrebenensystems
11 statt, ist diese bei der Legislativen bisher so nicht wiederzufinden.
- 12 Die durchschnittliche Zeit, die ein Mandat im Bundestag in Anspruch nimmt, wird auf 60-80 Std./Woche geschätzt.
13 Für die Landtage sowie für das Europäische Parlament kann mit einem Aufwand in ähnlicher Größenordnung
14 gerechnet werden. Eine sorgfältige Ausführung zweier Mandate ist daher rein vom Zeitbudget
15 problematisch. Hinzu kommt, dass Sitzungen der verschiedenen Parlamente und ihrer Ausschüsse parallel
16 zueinander stattfinden. Wie Abgeordnete mit Doppelmandat hier dem Repräsentationsanspruch ihrer Wähler_innen
17 gerecht werden sollen, ist uns nicht ersichtlich.

Antragsteller*innen

Jusos Unterfranken

E-Mail: michael.reitmair@jusos-bayern.de

Telefon:

P-6

Titel	Keine Koalition mit der CSU! Schwarz – Rot in Bayern ist keine Alternative!	
Antragsteller*innen	Jusos Niederbayern	
Adressat*innen	Juso-Landeskonferenz, BayernSPD-Landesparteitag	
<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt

Keine Koalition mit der CSU! Schwarz – Rot in Bayern ist keine Alternative!

- 1 Wir fordern, dass die BayernSPD eine mögliche Koalition mit der CSU nach den Landtagswahlen 2018 in Bayern
2 ausschließt!
- 3
- 4 Bei den vergangenen Bundestagswahlen hat die CSU deutlich an Stimmen verloren. Aus Angst, wieder die ab-
5 solute Mehrheit in Bayern zu verlieren, sprachen Vertreter*innen der CSU von einer offenen, rechten Flanke,
6 die geschlossen werden müsse, um die AfD zu verhindern. Seit diesem Zeitpunkt ist die CSU deutlich weiter
7 nach rechts gerückt und poltert Tag für Tag gegen eine „linke Minderheit“, die die Politik in Deutschland be-
8 stimmen würde und übernimmt so 1:1 die Argumentationsstrategie der AfD. So ein Verhalten ist für uns als
9 progressive Kraft in Bayern, die wir für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität stehen, nicht hinnehmbar.
- 10
- 11 Die Bundestagswahlen und einige Umfragen zu den Landtagswahlen zeigen, dass die CSU wohl ihre absolute
12 Mehrheit im Landtag verlieren wird und demzufolge einen Koalitionspartner benötigt. Gerade diese Situation
13 wird die politische Landschaft in Bayern deutlich verändern. Dabei sehen wir es für notwendig, ja geradezu
14 als Pflicht, dass die BayernSPD sich nicht zur Steigbügelhalterin der CSU macht. „Obergrenze“, „Kürzung der
15 Leistungen für Asylsuchende“, „Verhinderung einer gerechten Bildungspolitik“ und „Konservative Revolution“.
16 Dies alles sind Punkte, die die CSU verfolgt. Das dürfen und können wir als BayernSPD nicht mittragen.
- 17
- 18

Antragsteller*innen

Jusos Niederbayern

E-Mail: luisa.haag@jusos-bayern.de

Telefon:

P-7

Titel	SPD für alle	
Antragsteller*innen	Jusos Niederbayern	
Adressat*innen	Juso-Landeskonferenz, BayernSPD-Landesparteitag	SPD-Bundesparteitag,
<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt

SPD für alle

- 1 Wir fordern eine stärkere und aktivere Anwerbung in allen Berufsfeldern. In den letzten Jahren erleben wir
2 eine zunehmende Akademisierung in unserer Partei was nichts Negatives ist. Jedoch dürfen wir nicht verges-
3 sen, dass wir als Sozialdemokratische Partei Deutschlands uns für die Probleme und Schwierigkeiten der aller
4 Arbeitnehmer*innen einsetzen wollen.
- 5 Jedoch kann man sich lediglich in Situationen von Arbeiter*innen ohne Hochschulabschluss hineinversetzen
6 ein gewisser Bezug zu den eigentlichen Problemen bleibt dabei aus.
- 7 Aus diesem Grund brauchen wir innerhalb der Partei mehr Diversität aller Berufe, damit alle von ihrer Alltags-
8 welt berichten und mit allen anderen Genoss*innen die Inhalt in der SPD in eine neue Richtung lenken.
- 9 Um mit der Anwerbung erfolgreich zu sein, ist es wichtig eine klare inhaltliche Haltung zugunsten der Ange-
10 stellten zu haben, durch die Stärkung von Arbeitnehmer*innenrechten, Erhöhung des gesetzlichen Mindest-
11 lohns, eine bessere Möglichkeit der Kombination von Ausbildung und Studium, stärkere Internetpräsenz mit
12 Fokus auf Auszubildenden, mehr Veranstaltungen organisieren, die sich mit den Problematiken von Arbeitneh-
13 mer*innen beschäftigen und einen engeren Kontakt mit Gewerkschaften pflegen, um in den direkten Kontakt
14 mit Auszubildenden zu treten.

Antragsteller*innen

Jusos Niederbayern

E-Mail: luisa.haag@jusos-bayern.de

Telefon:

U Umwelt, Agrar und Verbraucherschutz

U Umwelt, Agrar und Verbraucherschutz

U-1	Jusos Schwaben	Umweltschutz ins Grundgesetz!	99
U-2	Jusos Unterfranken	Schutzstreifen für Gewässer	101
U-3	Jusos Unterfranken	Wir sind Teil der Wolf-gang	102

U-1

Titel	Umweltschutz ins Grundgesetz!	
Antragsteller*innen	Jusos Schwaben	
Adressat*innen	Juso-Landeskonferenz, BayernSPD-Landesparteitag	SPD-Bundesparteitag,
<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt

Umweltschutz ins Grundgesetz!

- 1 Dieselskandal, der Austritt aus dem Austritt aus der Atomenergie, das Schmelzen der Gletscher in den Alpen...
- 2 Auch die Themen wie Flächenfraß, Waldsterben, Klimaerwärmung oder Stickoxide in der Luft zeigen auf, dass
- 3 es umweltrechtliche Maßnahmen dringend braucht!
- 4 Bereits 1971 hatte die SPD ein Grundrecht auf Umweltschutz in ihr Umweltprogramm aufgenommen und
- 5 auch die Grünen hatten sich in der Zeit mit dem Ziel gegründet, dass Bürger*inneninitiativen oder Verbände
- 6 bei Umweltverschmutzungen klagen können sollten. Die CDU hatte auch nach der Katastrophe in Tschernobyl
- 7 das Interesse, dass die Aufnahme des Umweltschutzes in das Grundgesetz möglichst harmlos formuliert wird
- 8 und auch für die Gerichte unverbindlich bleibt. Im Dezember 1983 lehnte eine Sachverständigenkommission
- 9 des Innenministeriums die Einführung eines Grundrechts ab – und schlug stattdessen die Einführung eines
- 10 Staatsziels Umweltschutz vor.
- 11 Als ablehnende Argumente wurde angebracht, dass die Begriffe „menschenwürdige Umwelt“ sowie „natürliche
- 12 Lebensgrundlagen“ nur unzureichend zu konkretisieren sind und die Frage nicht justitiabel beantwortet wer-
- 13 den könne, worin die vom Staat konkret geschuldete Leistung hinsichtlich der Umwelt bestehen solle. Man
- 14 sähe durch die Einführung eines Umweltgrundrechtes eine „Verunsicherung des Verfassungsrechts voraus,
- 15 die eine Glaubwürdigkeitskrise für das Grundgesetz heraufbeschwören könne.
- 16 Erst nach der Wiedervereinigung einigte sich eine von Bundestag und Bundesrat eingesetzte gemeinsame Ver-
- 17 fassungskommission 1993 auf eine Grundgesetzänderung und die Aufnahme des Artikels 20 a in die Verfas-
- 18 sung. Diesen Kommissionsvorschlag nahmen am 27.10.1994 Bundestag und Bundesrat schließlich an.
- 19 So kommentierte bereits 1987 Ursula M. Händel : „Mancher mag einwenden, Papier sei geduldig und die Auf-
- 20 nahme des Staatszieles „Umweltschutz“ allein besage noch gar nichts. Diese Einschätzung, träfe sie zu, gilt für
- 21 alle Verfassungsgebote. Natürlich muss ein Verfassungsauftrag Folgen für die Gesetzgebung haben. Doch
- 22 derzeit hat der Umweltschutz auch in der herrschenden Rechtssprechung wegen der fehlenden verfassungsmäßigen
- 23 Verankerung in keiner Weise den Stellenwert, den Umweltprobleme inzwischen im Bewußtsein vieler
- 24 Bürger haben. Wer sich das Ausmaß heutiger Umweltskandale und die in der Regel mehr als lasche Reaktion
- 25 der Justiz darauf vergegenwärtigt, darf eine Grundgesetzänderung nicht länger blockieren.“
- 26 Nach Art 20a GG schützt der Staat auch in Verantwortung für die künftigen Generationen durch Legislative,
- 27 Exekutive und Judikative u.a. die natürlichen Lebensgrundlagen im Rahmen der verfassungsmäßigen Ord-
- 28 nung. Dem Staat ist damit eine ausdrückliche Verpflichtung zum Schutz der Umwelt auferlegt, ohne dass im
- 29 Gegenzug die Bürger*innen daraus eigene subjektive Rechte auf oder gegen hoheitliches Handeln herleiten
- 30 können. Denn einklagbar sind Staatsziele, anders als Grundrechte, nicht.
- 31 Solche subjektiven Rechte auf den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen können sich auf der Ebene des
- 32 Grundgesetzes nur aus den Grundrechten ergeben. Sie allein sind die Abwehrrechte und Leistungsrechte der
- 33 Bürger*innen gegenüber dem Staat. Sie sind nicht nur im Falle verfassungsrechtlicher Streitigkeiten vor dem
- 34 Bundesverfassungsgericht wichtig, sondern auch bei Fragen der Klagebefugnis im Verwaltungsprozessrecht.

35 Die Grundrechte gewährleisten bis heute keine für den Umweltschutz bedeutsame Grundrechtsposition, de-
36 ren subjektiv-rechtlicher Schutz über die in Art. 1 ff. GG genannten Rechtsgüter (Leben, Gesundheit, Freiheit
37 und Eigentum) hinausgehen. Somit müssen alle Schädigungen der Umwelt, die sich nicht unmittelbar lebens-
38 gesundheits- oder eigentumsgefährdend auswirken, hingenommen werden.

39 Einige Landesverfassungen, wie Art. 141 III 1 BayVerf, Art. 39 II BBgVerf. und Art 12 II MVVerf. normieren zwar
40 expressis verbis begrenzte umweltschutzbezogene Grundrechtspositionen, gewährleisten jedoch meist nur
41 ein Recht auf Erholung in der freien Natur bzw. auf freien Zugang zur Landschaft.

42 Auch sind eine Reihe von europäischen Ländern deutlich weiter. Einige haben bereits in den 80er-Jahren den
43 Umweltschutz in ihre Verfassungen aufgenommen, so zum Beispiel die Schweiz, Niederlande, Spanien, Portu-
44 gal oder die baltischen Staaten. Auf europäischer Ebene wirkt die EU gemäß Art. 3 II EUV „auf ein hohes ma-
45 an Umweltschutz und Verbesserung der Umweltqualität“ hin und benennt in Art. 191 I AUEV verbindliche Zie-
46 le der gemeinschaftlichen Umweltschutzpolitik wie die Erhaltung und Schutz der Umwelt oder die umsichtige
47 und rationelle Verwendung der natürlichen Ressourcen.

48 Wir wollen der EU folgen und nicht der Gegenwart hinterherhinken. Die Bundestagsfraktion wird daher auf-
49 gefordert, sich für die Einführung eines speziellen Umweltgrundrechtes in den Grundrechtskatalog des GG
50 einzusetzen.

51 Die Grundrechtsinhaber*innen hätten dadurch im Ergebnis – unter allerdings noch zu konkretisierenden
52 Voraussetzungen- ein eigenes Recht gegen den Staat auf die Abwehr nachteiliger Beeinträchtigungen der Um-
53 welt.

54 Durch das seit den 80er Jahren entwickelte Umweltrecht wurden die Begriffe „Umwelt“ bzw. „natürliche Le-
55 bensgrundlagen“ konkretisiert. Sie vereinen in sich die gesamte natürliche, die Basis des menschlichen Lebens
56 bildende Umgebung, auch wenn anthropogene Einwirkungen sie mittlerweile erheblich verändert haben. Er-
57 fasst werden die Umweltmedien Luft, Wasser, Boden sowie Pflanzen, Tiere und Mikroorganismen in ihren
58 Lebensräumen, einschließlich der Wechselwirkungen.

59 Die Verankerung eines Umweltgrundrechtes im Grundgesetz könnte ebenfalls das Bewusstsein in der Bevöl-
60 kerung für die Umwelt und ihre Ressourcen verstärken. Ein Grundrecht schafft häufig ein gewisses Gefühl von
61 Verantwortung und Identifikation.

62 Auch könnte ein Umweltgrundrecht eine „Kernbestandsgarantie“ für das geltende Umweltrecht implizieren.
63 Es wäre den staatlichen Gewalten unstatthaft, bestimmte rechtliche Mindeststandards zum Schutz der natür-
64 lichen Lebensgrundlagen zu unterschreiten. Bei den zahlreichen Regelungsdefiziten, die bis jetzt vorliegen,
65 wären Nachbesserungen einklagbar. Die Gesetzgebung hätte dafür zu sorgen, dass das grundrechtlich gefor-
66 derte Umweltschutzniveau durch ihre Rechtsetzung erreicht wird.

67 Ziel muss es in Zukunft sein, eine beschleunigte und vertiefte Prioritätenverschiebung zugunsten der Umwelt
68 zu erreichen. Ein Grundrecht auf Umweltschutz ist ein erster Schritt in Richtung einer solchen Prioritätenver-
69 schiebung. Insbesondere würde der Gesetzgeber dazu gezwungen werden, die Umweltschutzgesetzgebung
70 im neuen Licht des neuen Grundrechtes zu beurteilen und stärker an die Bedürfnisse des Umweltschutzes
71 auszurichten.

Antragsteller*innen

Jusos Schwaben

E-Mail: anna.rasehorn@jusos-bayern.de

Telefon:

U-2

Titel	Schutzstreifen für Gewässer	
Antragsteller*innen	Jusos Unterfranken	
Adressat*innen	Juso-Landeskonferenz, BayernSPD-Landesparteitag	SPD-Bundesparteitag,
<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt

Schutzstreifen für Gewässer

1 Viele unsere Bäche und Seen sind umgeben von landwirtschaftlich genutzter Fläche. Dies stellt für die Grund-
2 wasserqualität sowie für das Wasser in unseren Bächen und Seen ein großes ökologisches Problem dar. Aber
3 auch für die Gesundheit der Menschen ist die Überschreitung der Grenzwerte für Schadstoffe im Wasser ge-
4 fährlich. Die Landwirte und Landwirtinnen sind bestrebt, ihre vorhandenen Flächen maximal zu bewirtschaf-
5 ten, was zur Folge hat, dass oft bis direkt an das Ufer Nutzpflanzen angebaut und gedüngt werden. Wie aktuelle
6 Studien belegen, kommen deutschlandweit ca. die Hälfte des Stickstoffs und mehr als die Hälfte des Phosphors
7 in den Gewässern aus der Landwirtschaft. Das muss sich ändern. Wir fordern daher einen Schutzstreifen für
8 unsere Gewässer, der die landwirtschaftliche Nutzung und das Düngen von Pflanzen in unmittelbarer Nä-
9 he unseren Gewässern unterbindet. Die konkrete Zahl für die Breite des Schutzstreifens soll in Abstimmung
10 mit dem Wasserwirtschaftsamt, dem Landesfischereiverband sowie dem Umweltministerium erarbeitet wer-
11 den.

Antragsteller*innen

Jusos Unterfranken

E-Mail: michael.reitmair@jusos-bayern.de

Telefon:

U-3

Titel Wir sind Teil der Wolf-gang
Antragsteller*innen Jusos Unterfranken
Adressat*innen Juso-Landeskonferenz, BayernSPD-Landesparteitag
 angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Wir sind Teil der Wolf-gang

- 1 Wir fordern ein klares Signal der Politik für die Rückkehr des Wolfes nach Bayern und dessen verbleib.
 2 Dem Wolf kommt eine relevante Bedeutung für das Ökosystem Wald zu und nicht nur deshalb steht er un-
 3 ter besonderem Schutz. Die „Wolfspassage“ im Koalitionsvertrag, steht im Gegensatz zu den Forderungen
 4 von Umweltverbänden und uns. Deshalb wünschen wir deren „Entnahme“. Die Überprüfung – vielmehr die
 5 Aufweichung- dieses Schutzstatus ist nicht nur unnötig, sondern zeichnet in der Öffentlichkeit ein falsches Bild
 6 dieser von Natur aus seltenen und sich selbst regulierenden Tierart.
- 7 Wir schließen uns der Forderung des BN, nach einem Förderprogramm zur strukturellen Anpassung der bishe-
 8 rigen Beweidungsformen an. Mögliche Herdenschutzmaßnahmen (Zäune, Herdenschutzhunde usw.), wie sie
 9 bereits in anderen Bundesländern existieren, würde die Tötung von Wölfen gänzlich hinfällig machen. Jedoch
 10 ist bereits heute die „Entnahme“ von „Problemwölfen“ rechtlich möglich. Die Möglichkeit eines Förderpro-
 11 gramms für Nutztierhalter_innen in Form eines „Biodiversitäts-Bonus“ erscheint uns sinnvoll.
- 12 Außerdem ist der Stat/die jeweilige Landesregierung in der Pflicht eine bessere Öffentlichkeitsarbeit zu leisten
 13 und nicht das Märchen vom „bösen“ Wolf und das „Rotkäppchensyndrom“ zu nähren. Eine klare Aufklärungs-
 14 arbeit und Kommunikation in der Politik ist hierbei erforderlich.
- 15
- 16 *„Rechtlicher Status des Wolfes – Auszug:*
- 17 *Der Wolf (Canis lupus) wie auch ein Wolfshybride (Wolfs/Hundmischling) gehört nicht zu den jagdbaren Tie-*
 18 *ren.*
- 19 *Er unterliegt u.a. auch:*
- 20 *-dem Tierschutzrecht*
- 21 *Gemäß §1 und § 17 des Tierschutzgesetzes (TierSchG) darf niemand einem Tier ohne vernünftigen Grund Schmerzen,*
 22 *Leiden oder Schäden zufügen. Der Tierschutz ist im Grundgesetz in der Staatszielbestimmung des Art. 20a veran-*
 23 *kert.*
- 24 *-dem Artenschutzrecht*
- 25 *Der Wolf ist in Anhang A der EG-VO Nr. 338/97, sowie im Anhang IV der Richtlinie 92/43/EWG (FFH-Richtlinie) aufge-*
 26 *führt. Er ist deshalb nach § 10 Abs. 2, Nr. 10 und Nr. 11 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) besonders und streng*
 27 *geschützt.“*

Antragsteller*innen

Jusos Unterfranken

E-Mail: michael.reitmair@jusos-bayern.de

Telefon:

V Verkehr, Mobilität und Infrastruktur

V Verkehr, Mobilität und Infrastruktur

V-1	Jusos Niederbayern	Progressiv in die Zukunft starten: Neue Wege in der Verkehrs-, Infrastruktur- und Digitalisierungspolitik gehen	105
V-2	Jusos Schwaben	Antrag zur Entkriminalisierung des „Schwarzfahrens“	114
V-3	Jusos Mittelfranken	Internet als Grundversorgung	116
V-4	Jusos Unterfranken	Mehr Elektromobilität jetzt!	117
V-5	Jusos Niederbayern	Verbesserung des ÖPNVs	118

V-1

Titel	Progressiv in die Zukunft starten: Neue Wege in der Verkehrs-, Infrastruktur- und Digitalisierungspolitik gehen		
Antragsteller*innen	Jusos Niederbayern		
Adressat*innen	Juso-Landeskonferenz, BayernSPD-Landesparteitag		
<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt	

Progressiv in die Zukunft starten: Neue Wege in der Verkehrs-, Infrastruktur- und Digitalisierungspolitik gehen

- 1 Die Politik der letzten Jahre versäumte, geprägt vom Dogma der schwarzen Null, zentrale Schritte in den Berei-
 2 chen Verkehr, Infrastruktur und Digitalisierung. Entsprechend sind eine Vielzahl an Maßnahmen notwendig,
 3 um zu einer zeitgemäßen Politik aufzuschließen. Nachfolgender Maßnahmenkatalog soll als Richtschnur für
 4 künftige Verkehrs-, Infrastruktur- und Digitalisierungspolitik der BayernSPD dienen.
- 5
- 6 **Verkehr:**
- 7
- 8 • Studierenden-, Schüler*innen- und Auszubildendenticket
- 9
- 10 Im Laufe der Zeit und vor allem aufgrund der Zentralisation wird von Jugendlichen immer mehr Mobilität er-
 11 wartet. Für viele ist es schlicht aus Kostengründen nicht möglich, die in den letzten Jahren enorm gestiegenen
 12 Mieten in den Ballungsräumen zu bezahlen. Das tägliche Pendeln mit dem öffentlichen Nahverkehr zur Aus-
 13 bildungsstätte von daher keine Seltenheit mehr. Ein zusätzliches Problem stellt mittlerweile der Weg zur Be-
 14 rufsschule dar. Personen, die eine Ausbildung machen, bei der beispielsweise aufgrund der voranschreitenden
 15 Digitalisierung immer weniger Plätze angeboten werden, müssen zudem einen deutlich weiteren und dadurch
 16 auch kostenintensiveren Weg zur Schule ablegen. Die zum Teil immens hohen Ticketpreise müssen für ein ge-
 17 samtes Jahr ausgelegt werden, bevor ein kleiner Teil der entstandenen Kosten rückerstattet wird. Das Haupt-
 18 problem hierbei ist, dass auch nur lediglich ein Bruchteil zurückgezahlt wird. Vor allem Auszubildende, deren
 19 Arbeit nur sehr gering vergütet wird, erfahren hier eine zusätzliche finanzielle Last und Einschränkung.
- 20 Nicht wirklich besser ist die Lage bei den Schüler*innen. Diese müssen nämlich ab der 11. Jahrgangsstufe die
 21 Fahrtkosten zur Schule selbst tragen. Familien mit geringem Einkommen geraten daher oft in die Lage, dass
 22 sie ihren Kindern nicht den Besuch der gewünschten schulischen Einrichtung ermöglichen können.
- 23 Bei Studierenden hingegen konnten in den letzten Jahren zumindest kleine Erfolge erzielt werden. An einigen
 24 Universitäten gibt es Tickets nach dem Solidarmodell, die den Studierenden regional begrenztes Reisen zu
 25 niedrigen Preise in Form eines Studierendentickets möglich machen.
- 26 Wir fordern daher die Einführung eines kostenlosen Landestickets für alle Auszubildenden, Schüler*innen, Stu-
 27 dierenden sowie Teilnehmende an den Freiwilligendiensten (Bufdi, FSJ, FSJ Kultur, FÖJ, FSJ für Geflüchtete) im
 28 Freistaat Bayern. Die Kosten hierfür übernimmt der Freistaat Bayern. Die Kommunen müssen im Gegenzug
 29 einen funktionierenden öffentlichen Nahverkehr zur Verfügung stellen. Bei einem stark defizitären Nahver-
 30 kehr kann das zuständige Amt selbstredend Unterstützung beim Freistaat Bayern beantragen. Die genauen

31 Regelungen, ab wann und inwieweit kommunale Träger*innen unterstützt werden müssen, sollten allerdings
32 zuständige Expert*innen festlegen.

33 Ein kostenloses Landesticket würde zum einen die Mobilität vor allem junger Menschen extrem steigern und
34 dadurch auch soziale Teilhabe erleichtern, insbesondere wenn lediglich ein geringes Haushaltseinkommen
35 vorliegt. Zum anderen würde zweifellos die Umwelt geschützt werden, da die Nutzung von Kraftfahrzeugen
36 zumindest in dieser Personengruppe rapide abnehmen würde. Durch das kostenlose Landesticket würde der
37 Nahverkehr häufiger genutzt werden und somit an Bedeutung gewinnen. Die höhere Auslastung würde in der
38 Konsequenz auch zu einer höheren Taktung führen.

39

40

41 • Taxi 50:50

42

43 Ein weiterer Punkt, der für jene Regionen, die eher strukturschwach sind, von Bedeutung ist, ist das Taxi 50/50.
44 Vor allem in der Nacht muss es jungen Menschen ermöglicht werden, sowohl kostengünstig, schnell als auch
45 sicher nach Hause zu gelangen. Wenn der öffentliche Nahverkehr, sofern denn überhaupt vorhanden, bereits
46 eingestellt ist, keine*r mehr in der Lage ist, sicher mit dem Auto zu fahren und auch sonst keine Möglichkeit
47 besteht privat abgeholt zu werden, stellt dies in ländlichen Regionen ein Problem dar. Abhilfe soll hier das
48 Taxi 50/50 schaffen. Alle Auszubildenden, Schüler*innen und Studierenden sollen online beim Landratsamt,
49 welches die zuständige Behörde für den Nahverkehr ist, einen kleinen Ausweis erhalten, dass sie Azubi, Schü-
50 ler*in beziehungsweise Student*in im jeweiligen Landkreis sind. Dieser kann bei einem Taxi vorgezeigt werden
51 und führt dazu, dass lediglich die Hälfte der entstandenen Kosten durch die Personen übernommen werden
52 muss. Der andere Teil wird durch das Landratsamt übernommen. Die Abwicklung zwischen Taxifahrer*in und
53 der Behörde soll möglichst unbürokratisch sein, sodass für Taxiunternehmen kein Nachteil entsteht, wenn sie
54 an diesem Programm teilnehmen. Das Ziel muss allerdings sein, dass in wenigen Jahren mithilfe der Funktio-
55 nen des neuen Personalausweises die Übermittlung sofort an das zuständige Amt erfolgt, dem somit auch
56 einfach nachgewiesen werden kann, dass das Taxiunternehmen eine Person transportiert hat, die Anspruch
57 darauf hat, dass die Hälfte der Kosten durch das Landratsamt übernommen werden. Einige Landkreise in
58 Bayern zeigen bereits, dass dies gut funktioniert und auch in Sachsen-Anhalt gibt es bereits seit vielen Jahren
59 ein ähnliches Programm, das seitdem problemlos funktioniert. Wir fordern, dass ein solches Programm in al-
60 len Landkreisen und kreisfreien Städten eingeführt wird und der Freistaat Bayern einen Großteil der Kosten
61 übernimmt. Die Missbrauchsprävention ist durch eine geeignete Regelung zu gewährleisten.

62

63 • Rufbus

64

65

66 Des Weiteren soll auch noch ein sogenannter Rufbus eingeführt werden. Dieser hat wie jeder andere Bus auch
67 reguläre Fahrpläne mit Abfahrtszeiten. Allerdings erscheint dieser nur bei Bedarf. Sollte man also mit dem Bus
68 fahren wollen, muss kurz vor Abfahrt die Fahrt angemeldet werden. Dies kann per Telefon oder App gesche-
69 hen. Der Rufbus bietet für ländliche Regionen, in denen der öffentliche Nahverkehr noch nicht von der breiten
70 Masse genutzt wird, Mobilität, steht allerdings trotzdem im Gedanken des Umweltschutzes, da lediglich bei Be-
71 darf gefahren wird. In den Urlaubsregionen Niederbayerns wird dieses Projekt bereits seit geraumer Zeit mit
72 großem Erfolg durchgeführt. Aufgrund der Tatsache, dass dadurch Leerfahrten vermieden werden, ist er auch
73 ökonomischer, was sich auf die Ticketpreise auswirkt. Das Landesticket für Auszubildende, Schüler*innen und
74 Studierende, welches wir auch fordern, ist selbstredend auch für die Rufbusse gültig, andere Personen zahlen
75 den üblichen Tarif des Nahverkehrs ohne Aufschlag. Wir fordern die Einführung dieses Projekts bayernweit.
76 Fahrpläne mit hoher Taktung setzen wir für einen reibungslosen Verlauf allerdings voraus.

77

78

79 • Bahnhofshuttle

80

81 Generell sollte es unser Ziel sein, umweltfreundlich zu denken und daher auch dementsprechend zu reisen.
 82 Dieser Aspekt führt dazu, dass wir vorrangig die Bahn, sofern sie elektrisch betrieben wird, nutzen sollten. Dies
 83 stellt vor allem für Jugendliche, die in Orten leben, die aufgrund der Größe an keinen Bahnhof angebunden
 84 sind, ein Problem dar. Doch auch größere Städte, wie die niederbayerische Kreisstadt Kelheim, die mehr als
 85 15.000 Einwohner zählt, ist nicht an einen Bahnhof angebunden. Daher fordern wir, dass ein Shuttle, der in
 86 höherer Frequentierung als der übliche Nahverkehr fährt, die Nachbarorte oder Stadtteile zum Bahnhof fährt.
 87 Die Nutzung ist durch das oben geforderte Landesticket für Auszubildende, Schüler*innen und Studierende
 88 natürlich kostenlos. Personen, die nicht über ein solches Ticket verfügen, können durch das Vorzeigen des
 89 Bahntickets den Shuttleservice trotzdem kostenlos in Anspruch nehmen. Ein solcher Shuttle sollte bayern-
 90 weit überall eingeführt werden, es sei denn, es besteht ein funktionierender und öffentlicher Nahverkehr, der
 91 alle Orts- und Stadtteile in regelmäßigen Abständen mit dem Bahnhof verbindet, wie es in Großstädten wie
 92 beispielsweise München aber auch Nürnberg der Fall ist.

93

94

95 • Elektrifizierung

96

97 Zunehmende Rolle muss in den kommenden Jahren auch die Elektrifizierung spielen. In Bayern wurde in den
 98 letzten 30 Jahren keine Bahnstrecke mehr elektrifiziert, außer dies sei durch einen Neubau für eine ICE-Strecke
 99 notwendig gewesen. Auch aktuell wird nur am Streckenabschnitt München-Lindau gearbeitet, der bis 2020
 100 elektrifiziert werden soll. Die Tatsache, dass circa 40% der Zugstrecken in Bayern mit Dieselloks befahrbar
 101 sind, zeigt die Versäumnisse der letzten Jahrzehnte und den akuten Nachholbedarf im Freistaat. Daher soll
 102 schleunigst ein Programm auf den Tag gerufen werden, bei dem alle Bahnstrecken analysiert werden und der
 103 Priorität nach alle Bahnstrecken nacheinander ausnahmslos elektrifiziert werden. Doch nicht nur den Bahn-
 104 verkehr muss elektrifiziert werden, sondern auch der restliche öffentliche Nahverkehr. Bei Neuanschaffungen
 105 der Kommunen bei Fahrzeugen für den öffentlichen Nahverkehr soll auch auf den Umweltaspekt geachtet
 106 werden, so sollen künftig nur noch Elektrobusse erworben werden. Für die höheren Kosten soll der Freistaat
 107 den Kommunen ein Sondermittelbudget zur Verfügung stellen.

108

109

110 • Arzttaxis

111

112 Nicht nur der Weg zum Feiern stellt für die Menschen in ländlichen Regionen vor große Probleme, sondern
 113 auch der Weg zum Hausarzt. Zum einen liegt es daran, dass aufgrund der niedrigen Anzahl der Personen pro
 114 km² (in Niederbayern spricht man von 118 Personen pro km², in Oberbayern sind es immerhin doppelt so
 115 viele) Ärzte weiter entfernt sind, zum anderen aber auch einfach daran, dass sich der öffentliche Nahverkehr
 116 in einem schlicht desolaten Zustand befindet. Personen ohne Führerschein und ohne Auto, was vor allem
 117 Rentner*innen und Jugendliche betrifft, wird ein Besuch beim Hausarzt daher nahezu unmöglich gemacht.
 118 Doch auch für Personen, die ansonsten mobil sind, können Probleme auftauchen, wenn sie wegen Übelkeit,
 119 Migräne etc. den Arzt aufsuchen müssen, allerdings das Auto nicht mehr fachgerecht bedienen können. In
 120 ländlichen Regionen soll es daher ein sogenanntes Arzttaxi geben. Dieses unterscheidet sich von normalen
 121 Taxis darin, dass die Fahrer*innen regelmäßig einen Ersten Hilfe Kurs belegen müssen und somit kurzfristig
 122 bei Notfallsituationen helfen können. Eine Alternative zu Krankenwagen soll dieses Arzttaxi aber in keinem
 123 Fall darstellen. Das Arzttaxi fährt Personen bei Bedarf zum Arzt, aber auch Krebspatient*innen, Dialysepati-
 124 enten*innen etc. regelmäßig in das Krankenhaus. Die Kosten hierfür soll zum einen Teil der Freistaat Bayern
 125 tragen, der andere Teil sollte allerdings durch die Kranken- beziehungsweise Gesundheitskassen selbst über-
 126 nommen werden.

127

128

129 Dass eine höhere Frequenz beziehungsweise eine engere Taktung der Fahrpläne sowie eine Abstimmung
130 der verschiedenen Verkehrsgesellschaften, auch landkreisübergreifend, unerlässlich ist, versteht sich von
131 selbst.

132 Dies alles kann nur der Anfang einer Revolution im Bereich des öffentlichen Nahverkehrs werden. Unsere
133 Vision und unser Ansporn muss es sein, einen öffentlichen Nahverkehr zu entwickeln, der für alle kostenlos
134 zugänglich ist. Finanziert werden sollte dies aus Steuern, die von der gesamten Bevölkerung sozial gestaffelt
135 gezahlt werden.

136

137

138 Zusammenfassend fordern wir:

139 – kostenloses bayernweites Ticket für Schüler*innen, Auszubildende und Studierende

140 – Taxi 50/50

141 – Rufbus

142 – Bahnhofshuttle

143 – Elektrifizierung des gesamten öffentlichen Nahverkehrs

144 – Arzttaxis

145 – Höhere Taktung und Frequenz, sodass der öffentliche Nahverkehr auch attraktiv ist

146 – Bessere Abstimmung der verschiedenen Verkehrsgesellschaften

147 –

148 **Infrastruktur:**

149

150 • Ausbau Bundesstraßen und Autobahnen

151

152 Ein anstehender Punkt für die nächsten Jahre wird der Ausbau von bayerischen Bundesstraßen und Auto-
153 bahnen sein. Diese dienen häufig auch als Entlastung der örtlichen Landstraßen und sorgen für eine gute
154 Verbindung zwischen den Städten. Viele der Straßen sind allerdings stark sanierungsbedürftig oder schlicht-
155 weg überlastet. Daher müssen die Mittel im bayerischen Staatshaushalt für den Ausbau dieser Straßen massiv
156 erhöht werden. Entscheidend für uns ist allerdings auch, dass mit diesen Geldern in erster Linie bestehende
157 Bundesstraßen beziehungsweise Autobahnen gebaut werden sollen. Gegen den Neubau von Straßen stellen
158 wir uns aufgrund des Umweltaspekts allerdings klar, sofern dieser nicht vermeidbar ist, weil er für eine Anbin-
159 dung an wichtige Knotenpunkte dringend notwendig ist. Außerdem sollen diese Straßen nicht sogenannten
160 Gigalinern, welche wir klar ablehnen, zur Verfügung stehen. Diese widersprechen unserem Grundsatz, dass
161 Güterverkehr auf der Schiene und nicht auf der Straße seinen Platz hat. Nicht zuletzt auch hier aufgrund des
162 Umweltaspekts.

163

164 • Dezentrale Energieversorgung

165

166 Der Freistaat Bayern ist dezentral organisiert und muss sich aus diesem Grund auch in den kommenden Jahren
167 mit der Energieversorgung darauf einstellen. Die Möglichkeit, die Energieversorgung dezentral zu gestalten,
168 sollte als Chance gesehen werden. Nahe beieinanderliegende Kommunen sollten sich daher zusammenschlie-
169 ßen, um selbst Energie zu erzeugen und sich damit auch selbst zu versorgen. Selbstverständlich soll dabei auf
170 umweltfreundliche Methoden gesetzt werden, wie auf Wasser, und Biomassekraftwerke sowie Wind,- Sonnen-
171 energie. Nicht zuletzt auch hier aufgrund des Umweltaspekts. Die dadurch erzeugte Energie soll vor Ort

172 kurzfristig in großen Batterien oder bei großen Mengen in Pumpspeicherkraftwerken gespeichert werden.
173 Durch die wohnortnahe Versorgung wäre der Bau von Stromtrassen nicht mehr notwendig und auch der En-
174 ergieverlust bei Transformatoren, die für den Transport bei weiten Strecken notwendig sind, wäre nicht mehr
175 vorhanden. In der Konsequenz würden sich die Transportkosten enorm verringern und auch die Natur würde
176 geschützt werden. Natürlich steigen die Kosten für die Stromspeicherung an, allerdings würden die Verbrau-
177 cher*innen insgesamt von einer dezentralen Energieversorgung profitieren, da die Preise durch die deutlich
178 geringeren Transportkosten sinken würden. Wir fordern daher, dass der Freistaat Bayern und die Kommunen
179 schnellstmöglich ein Konzept vorlegen, sodass bis zum Jahr 2030 eine dezentrale Energieversorgung in Bayern
180 stattfindet. Dieses Projekt sollte vom Freistaat Bayern finanziell gefördert werden. Eine Investition von Privat-
181 unternehmen oder eine Übernahme der Energieversorgung durch Konzerne kommt für uns nicht in Frage, da
182 diese staatlich organisiert und finanziert werden sollte.

183

184 • Öffentliche Daseinsvorsorge

185

186 Ein wichtiger Punkt ist die öffentliche Daseinsvorsorge in Bayern. Seit der Wiedervereinigung hat sich die An-
187 zahl der aufgestellten Krankenhausbetten um ziemlich genau 15% verringert, die Anzahl der Patient*innen
188 hingegen um 170.000 vergrößert. Dies macht sich vor allem in der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer be-
189 merkbar, die von rund zwölf auf sieben Tage gesunken ist. Die Berechnungstage der Krankenkasse sind hier-
190 bei nicht das Problem. Entgegen der Erwartung hat sich zuerst die Anzahl der Verweildauer im Krankenhaus
191 verringert, die Berechnungstage sind lediglich nachgezogen. Der defizitäre Haushalt vieler Krankenhäuser wur-
192 de versucht damit zu deckeln, dass die Verweildauer reduziert wird. Dieser Plan ging allerdings nicht auf, da
193 die Berechnungstage ebenso gesunken sind und somit auf Dauer kein wirtschaftlicher Vorteil entstanden ist.
194 Nichtsdestotrotz haben allerdings die Krankassen ein Verschulden daran, da bereits im Voraus die Zahlung
195 für Untersuchungen oder Ähnliches auf ein Minimum reduziert wurde. Generell sollte die Frage gestellt wer-
196 den, ob ein Krankenhaus für die Kommunen ein ökonomischer Gewinn sein sollte oder die Daseinsvorsorge
197 der Bürger*innen sichern sollte. Für uns jedenfalls ist klar, dass die Gesundheit der Patient*innen sowie eine
198 wohnortnahe Versorgung über dem ökonomischen Erfolg eines Krankenhauses steht. Um auf Dauer dieses
199 Defizit ausgleichen zu können, braucht es eine finanzielle Unterstützung des Freistaats. Wichtig ist auch, dass
200 für die Zukunft Investitionen getätigt werden, um die Krankenhäuser erhalten zu können. Dabei müssen vor
201 allem auch die Versäumnisse der Digitalisierung, die sich auch auf Krankenhäuser auswirkt, zügig nachge-
202 holt werden. Ein weiterer Punkt, der die Krankenhäuser attraktiver macht ist eine Spezialisierung auf einen
203 bestimmten oder verschiedene Fachbereiche. Dies soll in Absprache mit naheliegenden Krankenhäusern er-
204 folgen. Außerdem ist uns bewusst, dass kommunale Krankenhäuser im Gegensatz zu privaten auch wichtige
205 Dinge übernehmen, die allerdings finanziell „schlecht“ sind, so zum Beispiel die Hilfestellung bei Problemlagen
206 wie zum Beispiel erste Hilfe für vergewaltigte Frauen und nötige Feststellungsverfahren in Vergewaltigungs-
207 fällen. Da diese Punkte für uns von großer Bedeutung sind, setzen wir uns für den Erhalt kommunaler Kran-
208 kenhäuser ein und stellen uns vehement gegen die zunehmende Privatisierung im Gesundheitssektor.

209 Zu dem Punkt der öffentlichen Daseinsvorsorge zählt für uns auch der Ausbau von Kitas und Kindergärten. Vor
210 allem in diesem Bereich ist der Freistaat extrem rückständig. Statt weiterhin ein Betreuungsgeld auszuzahlen,
211 das veraltete Geschlechterstereotypen bedient, sollte Bayern den Bau von Kitas und Kindergärten fördern. Die
212 Kosten für die Kita und den Kindergarten sind derzeit viel zu hoch und stellen für viele eine große finanzielle
213 Belastung dar. Wir fordern daher eine Gebührensenkung sowie eine Bezahlung, die sozial gestaffelt nach dem
214 Einkommen der Familie erfolgt. Wollen Familien ihr Einkommen nicht offenlegen, müssen sie den höchsten
215 Beitragssatz zahlen. Geringverdiener*innen hingegen werden völlig von den Kosten befreit. Auf Dauer sollten
216 wir allerdings den Anspruch haben, auch Kita und Kindergarten komplett kostenlos zu gestalten.

217 Doch auch die Schulen stellen vor allem in ländlichen Regionen ein Problem dar. So müssen Schüler*innen
218 täglich mehrere Stunden nur damit verbringen, mit dem Bus an die Schule zu gelangen. Insbesondere bei
219 weiterführenden Schulen, insbesondere Gymnasien nimmt dies extreme Ausmaße an. Um den Schüler*in-
220 nen schulische Möglichkeiten vor Ort gewähren zu können, müssen auch kleinere und somit auf Dauer kos-
221 tenintensivere Schulen gebaut werden. Durch unserer Forderung nach einer Gesamtschule würde sich das
222 Problem durch höhere Schüler*innenzahlen vor Ort allerdings sowieso automatisch weitestgehend eindäm-
223 men.

224

- 225 • Dezentralisation von Hochschulbildung

226

227 Der Trend geht zur Zentralisation, was eine Abwanderung aus ländlichen Regionen bedeutet. Dies stellt dezentral organisierte Flächenländer wie Bayern vor große Herausforderungen. Ein Grund, wieso viele Menschen in 228 die Städte ziehen ist der, dass sie dort einen Arbeits- oder Studienplatz gefunden haben. Nach Beendigung der 229 Ausbildung, des Studiums oder Ähnlichem ziehen sie meist nicht mehr auf das Land zurück, zumal in Städten 230 meist eine wohnortnahe Versorgung zur Verfügung steht. Diesem Trend kann allerdings entgegengesetzt werden, indem Universitäten oder Fachhochschulen ihre Standorte für bestimmten Fachbereichen auslagern und 231 in ländlichen Regionen ansiedeln. Viele junge Menschen würden für das Studium in diese Orte ziehen und 232 eventuell diesen sogar als Wohnsitz beibehalten. Ein deutlicher Zuzug würde also bemerkbar werden. Dies 233 würde zwangsläufig die Versorgung in ländlichen Regionen (öffentlicher Nahverkehr, Ärzte etc.) stärken, dem 234 Demographiegefälle zwischen Stadt und Land entgegenwirken sowie auch zu einer Entspannung der Mietpreise in den Ballungsräumen führen, da Wohnungen in diesen eben nicht mehr so stark gefragt wären. Wir 235 fordern den Freistaat Bayern daher auf, Fachhochschulen und einzelne Teilbereiche als sogenannte Innovationszentren dauerhaft in ländlichen Regionen anzusiedeln. Dabei muss zur Gewährleistung der Studierbarkeit 236 gesichert werden, dass das Studium kein Pendeln zwischen zwei Standorten erforderlich macht, außer dies 237 geht mit expliziten Vorteilen für das Studium einher.

242

243 Zusammenfassend fordern wir im Bereich der Infrastruktur:

244

- 245 • konsequenten Ausbau von Bundesstraßen und Autobahnen in Bayern
- 246 • Verbot von Gigalinen auf bayerischen Straßen
- 247 • Förderung von dezentraler Energieversorgung
- 248 • Ausbau von dezentraler Energieversorgung bis 2030
- 249 • Energieversorgung in staatlicher Hand
- 250 • Erhalt kommunaler Krankenhäuser
- 251 • Ausbau von Kindertagesstätten und Kindergärten sowie deren Preissenkung
- 252 • Schulen vor Ort schaffen
- 253 • Innovationszentren in ländlichen Regionen

254

255

256 **Digitalisierung:**

257

258 Bayern steht, insbesondere als dezentraler Flächenstaat, vor großen Aufgaben im Zeitalter der Digitalisierung. 259 Dabei sind die Herausforderungen, vor die ländliche Kreise und urbane Zentren gestellt werden, in vielen 260 Punkten unterschiedlich und bedürfen daher auch verschiedener Lösungskonzepte. Gleichzeitig hat die Digitalisierung auch das Potential, Stadt und Land wieder näher zusammen zu rücken, und die Divergenz der 261 letzten beiden Jahrzehnte zumindest in Teilen zu vermindern. Die Forderungen aus dem Bereich Digitalisierung sind in folgenden Punkten kurz zusammengefasst.

- 264 • In strukturschwachen Regionen stellt die Versorgung mit zeitgemäßen Netzen bislang die größte Problematik dar. Zwar befinden sich mittlerweile nahezu alle Kommunen jedenfalls in einem Breitbandförderprogramm, dennoch werden davon nicht alle Teilgebiete der Kommunen erfasst. Aufgabe der Landesregierung ist es daher, sicherzustellen, dass jeder Haushalt in den kommenden beiden Jahren

268 den Zugang zu schnellem Internet erhält. Gleichzeitig müssen Mobilfunknetze ausgebaut und aufge-
269 wertet, sowie Versorgungslücken geschlossen werden.

270 • Städte müssen Innovationszentren für das datenintensive Gewerbe schaffen und damit die Infrastruk-
271 tur zur Ansiedlung von datenintensiven Unternehmen bereitstellen. Durch Technologiecluster, welche
272 im Idealfall mit den lokalen Hochschulen kooperieren, können Perspektiven für junge Arbeitnehmer*in-
273 nen innerhalb, aber auch außerhalb der beiden Zentren München und Nürnberg geschaffen werden.
274 Bezahlbare Büroflächen für Start-ups komplettieren ein Innovationsumfeld, welches einerseits einer
275 aufstrebenden Branche die Chance gibt, in Bayern Fuß zu fassen, und andererseits den Markt auch für
276 Personen ohne entsprechendes Kapital öffnet.

277 • Der Privatisierung der Netze, insbesondere im Bereich des Breitbandausbaus, muss entschieden ent-
278 gegengewirkt werden. Gegenwärtig bauen Breitbandanbieter lokale, natürliche Monopole durch das
279 Anschließen von Kommunen an das Breitbandnetz aus. Die Konsequenz aus der Marktmacht lokaler
280 Monopole ist das Setzen von horrenden Preisen für die Anbindung an das Hochgeschwindigkeitsnetz
281 bei gleichzeitig hoher Störanfälligkeit und schlechtem Kundenservice. Da private Konzerne ausnahms-
282 los bei positiver Renditeerwartung Kommunen an das Netz anschließen, trägt der öffentliche Haushalt
283 schlussendlich die Kosten des Anschlusses von kleineren Dörfern und Weilern. Das Überlassen der
284 Filetstücke an private Konzerne bei gleichzeitiger Übernahme des Anschlusses für unrentable Dörfer
285 und Weiler führt nicht nur zu monopolistischer Preissetzung, sondern ist auch aus wirtschaftlichen Ge-
286 sichtspunkten für den Staat nicht nachvollziehbar.

287 • Das bayerische Schul- und Universitätssystem muss auf die Digitalisierung angepasst werden. Damit
288 einher geht die Schaffung eines umfassenden Angebots an digitalen Medien in Schulen, das Arbeiten
289 mit Computern und Tablets, der Vermittlung relevanter Kenntnisse aus den Bereichen Programmie-
290 rung, Datenschutz und Datenverarbeitung sowie einer Einbindung von Smartphones in den Unterricht
291 anstelle eines strikten Verbots. Universitäten muss Zugang zu aktuellen Rechenzentren gewährt wer-
292 den. Auch sollen Hochleistungsrechner aufgestockt und mit breiteren Zugangsmöglichkeiten versehen
293 werden.

294

295

296

297

298 Gerade in ländlich geprägten Gebieten, an denen es Bayern nicht mangelt, ist vom Zeitalter der Digitalisierung
299 bisher nicht viel zu spüren. Zwar vermeldet die Landesregierung, dass immerhin 97% aller Kommunen zum
300 Jahreswechsel im Förderverfahren zum schnellen Netzausbau seien, jedoch ist hierfür nicht der Komplettaus-
301 bau einer Kommune notwendig. Stattdessen genügt es, netzausbauend in einem Teilgebiet einer Kommune
302 tätig zu sein. Würde man stattdessen die Gesamtheit der Haushalte in Bayern betrachten, so wäre der Anteil,
303 welcher sich in naher Zukunft an einem schnellen Internet erfreuen könnte, ein deutlich geringerer. Gerade
304 aus dieser Strategie des Freistaats, Anreize für den Breitbandausbau für private Unternehmen zu schaffen, er-
305 wächst ein Problem ähnlich dem großer Privatisierungsprojekte öffentlicher Infrastruktur: Durch die Schaffung
306 natürlicher Monopole, in diesem Fall privater Breitbandnetze für Kommunen oder Teilstücke davon, erlangt
307 das Privatunternehmen die Preissetzungshoheit und kann den Haushalten Wucherpreise für das Anschließen
308 an zeitgemäßes Internet abverlangen. Durch die steigende Datenintensität von Websites werden Haushalte
309 zum Zahlen dieser Prämien nahezu gezwungen, sofern sie weiterhin zumutbar im Internet unterwegs sein
310 wollen. Entsprechend schafft der Freistaat mit seiner Netzpolitik Raum für die schonungslose Ausbeutung
311 privater Haushalte durch private Netzanbieter. Gleichzeitig werden sich die Ausbaumaßnahmen der privaten
312 Unternehmen ausnahmslos auf jene Gebiete beschränken, in denen sie eine positive Rendite erwarten. Kleine-
313 re Dörfer, Weiler und Einöden erhalten entsprechend keinen Zugang zum Breitbandnetz und müssen durch
314 öffentliche Gelder, falls überhaupt, angeschlossen werden. In der Konsequenz privatisiert der Freistaat mit
315 seiner Ausbaustrategie Gewinne aus dem Betrieb der Breitbandnetze und bürdet sich selbst die Verluste aus
316 dem Anschluss von Einöden, Weilern und kleinen Dörfern auf.

317 Die Umstellung auf IP-Telefonie in der nahen Zukunft tut ihr Übriges: Durch Wegfall konventioneller Telefo-
318 nie wird denjenigen, die bis dahin keinen Zugang zu schnellem Internet haben, die Möglichkeit der Telefonie

319 via Festnetz geraubt. Da allerdings der Telefonanschluss von der Grundversorgung abgedeckt ist, muss die
320 Umstellung auf IP-Telefonie entweder weiter hinausgezögert werden, oder man erklärt den Zugang zu Daten-
321 netzen mit Übertragungsraten größer 6000 Kbps, welche für das reibungslose Stattfinden von IP-Telefonie not-
322 wendig sind, zur Grundversorgung. Dies würde ein Tätigwerden der Telekom hinsichtlich des Netzanschlusses
323 von Einöden, Weilern und Dörfern nach sich ziehen und ginge mit Kosten einher, die durch die entgangenen
324 Gewinne aus dem staatlichen Netzausbau hätten gegenfinanziert werden können. Um diesen Entwicklungen
325 Einhalt zu gebieten, bedarf es strikten Regeln für private Netzanbieter in Bayern: So muss ein an die Netz-
326 geschwindigkeit gekoppelter Preiskatalog für die Versorgung mit Internet ausgearbeitet und für verbindlich
327 erklärt werden. Zudem sind die Kosten für den Anschluss ländlicher Gebiete auf die Profiteure umzulegen:
328 Durch gezielte Abgaben von Netzanbieter*innen werden Kosten des Netzausbaus gerechter verteilt. Schluss-
329 endlich ist der Breitbandanschluss zur Grundversorgung zu erklären. In der Konsequenz sind alle Haushalte an
330 das Breitbandnetz anzuschließen. Um natürliche Monopole zu verhindern, sind die privaten Netze in staatliche
331 Hand rückzuführen.

332 Neben dem Breitbandausbau kommt dem Ausbau des Mobilfunknetzes in Bayern eine große Bedeutung zu.
333 In einer Zeit, in der mittels Notrufknöpfen Menschenleben über das Mobilfunknetz abgesichert werden, sind
334 nicht vom Netz abgedeckte Bereiche nicht zu verantworten. Folglich muss eine umfassende Versorgung mit
335 Mobilfunknetz sichergestellt werden. Zudem müssen alte 1G und 2G Netze dringend modernisiert werden.
336 Ein baldiger Ausbau der Metropolregionen mit 5G-Netz ist zudem anzustreben.

337

338 In Städten ergeben sich aus der Digitalisierung eine Vielzahl an Chancen. Mittels Innovationszentren, welche
339 Platz für die Ansiedlung von datenintensivem Gewerbe sowie die dafür notwendige Infrastruktur, insbesonde-
340 re schnelle Netzanbindung, Rechenzentren sowie Hochschulanschluss, bereitstellen, können IT-Cluster ange-
341 siedelt werden, welche zur Diversifikation der städtischen Gewerbe beitragen und damit die lokale Wirtschaft
342 krisenrobuster machen. Ferner locken Innovationszentren nicht nur junge Start-Ups und expandierende IT-
343 Unternehmen, sondern bieten Zukunftsperspektiven für Arbeitnehmer*innen. Gerade in Städten jenseits der
344 Metropolen, wo derartige Zentren noch nicht präsent sind, bieten Innovationszentren großes Potential, quali-
345 fizierte Fachkräfte und eine neue Branche in die Region zu holen und damit die Existenz der Region nachhaltig
346 zu garantieren.

347

348 Auch im Bereich Bildung und Ausbildung muss Bayern im 21. Jahrhundert ankommen: Der technologische
349 Fortschritt bietet mittlerweile, dank Tablets, Cloudspeicher und portablen Notebooks, die Möglichkeit, gänz-
350 lich ohne Schulbücher auszukommen. Dies reduziert nicht nur das Gewicht des Schulrucksacks deutlich, sondern
351 führt auch zur Schulung im Umgang mit mobilen Endgeräten. Gleichzeitig ergeben sich aus der Ausstattung
352 mit Notebooks und Tablets neue Möglichkeiten für den Unterricht: Recherchen können in Gruppenarbeiten
353 unter Zuhilfenahme des Internets passieren, Hausaufgaben können digital eingereicht und korrigiert werden
354 und per Mail abgegebene Aufsätze reduzieren den Papierbedarf und schonen damit die Umwelt. Gleichzeitig
355 können durch Anpassung des Lehrplans Kompetenzen wie Programmieren, Datenverarbeitung sowie Daten-
356 schutz und Verschlüsselung vermittelt werden. Um dies zu gewährleisten, müssen Schulen mit WLAN ausge-
357 stattet werden. Zudem sind den Schüler*innen Notebooks sowie ggf. Tablets zur Verfügung zu stellen. Dass
358 das veraltete Smartphone-Verbot im Unterricht aufgehoben wird, um die Endgeräte mit in den Unterricht ein-
359 zubeziehen, versteht sich von selbst.

360 An Universitäten muss veraltete Hardware, die teilweise noch aus dem Computerinfrastrukturprogramm (CIP)
361 unter Helmut Kohl stammt, endlich ersetzt werden. WLAN-Netze müssen mit ausreichend Datenkapazität aus-
362 gestattet werden. Da der Bedarf an Rechenleistung für die Forschung stetig ansteigt, sind zusätzliche Rechen-
363 kapazitäten anzuschaffen. Insbesondere ist den Studierenden zur Anfertigung ihrer Master- und Bachelorar-
364 beit Zugriff auf die Computerinfrastruktur, insbesondere auch auf Großrechner und Server, zu gewähren, um
365 rechenintensive Simulationen durchführen zu können.

366

Antragsteller*innen

Jusos Niederbayern

E-Mail: luisa.haag@jusos-bayern.de

Telefon:

V-2

Titel Antrag zur Entkriminalisierung des „Schwarzfahrens“
Antragsteller*innen Jusos Schwaben
Adressat*innen Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, SPD-Bundesparteitag, BayernSPD-Landesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Antrag zur Entkriminalisierung des „Schwarzfahrens“

1 Die SPD-Bundestagsfraktion wird dazu aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass über Bundestag und Bundesrat der Bereich der öffentlichen Verkehrsmittel in § 265 a StGB (Betrifft Erschleichung von Leistungen) nicht
2 weiterhin Berücksichtigung findet. Die Ordnungswidrigkeit kann daneben bestehen bleiben.
3

4

5 **Aus den Gründen:**

6 **1. „Schwarzfahren“ aus einer finanziellen Notlage heraus führt zwangsläufig zur Ersatzhaft**

7 **2. Grundrecht auf Mobilität**

8 **3. Veralteter Straftatbestand von 1935**

9 **4. Entlastung der Justiz und der Verkehrsunternehmen**

10 **5. Jusos Steglitz-Zehlendorf, Jusos Berlin**

11

12 **Zu 1.:**

13 Menschen, die sich aufgrund ihrer finanziellen Notlage kein Ticket für den Bus/Bahn/Zug leisten können, werden
14 ausreichend mit der Vertragsstrafe durch die Verkehrsunternehmen gestraft. Alleine in Berlin mussten im
15 Jahre 2016 47 % der Forderungen abgeschrieben werden, weil die Betroffenen zu arm waren, diese zu begleichen.
16 Eine zusätzliche Auferlegung einer Geldstrafe nach § 265a I StGB führt dazu, dass diese nicht erbracht
17 werden kann und in Ersatzhaft umgewandelt wird. Dies führt in einen Teufelskreis, da die finanzielle und soziale
18 Not der Betroffenen durch die Strafandrohung des § 265a StGB nur verschlimmert wird und diese wohl
19 gezwungen sind, ihre Tat zu wiederholen. Somit ist weder den Menschen, noch den Verkehrsunternehmen
20 durch die Gefängnisstrafe geholfen.

21

22 **Zu 2.:**

23 Das Strafrecht stellt das äußerste Mittel staatlichen Strafens dar und ist dementsprechend als Ultima Ratio
24 anzusehen. Es ist nicht verhältnismäßig jemandem eine Gefängnisstrafe von bis zu einem Jahr anzudrohen,
25 wenn der*diejenige ein Ticket (z. B. Preis 1,50€) absichtlich nicht gelöst hat. Wir als Jusos stehen für ein Grundrecht
26 auf Mobilität ein. Haft bedeutet jedoch für die meisten Betroffenen Stigmatisierung. Und das führt zu
27 gesellschaftlicher Ausgrenzung und zum möglichen Beginn einer daraus resultierenden kriminellen Laufbahn.
28 Die finanzielle und soziale Not der Menschen soll gehört und nicht mit Gefängnis geahndet werden.

29

30 **Zu 4.:**

31 Das Problem des „Erschleichens“ tritt unter anderem dadurch auf, dass die Norm aus dem Jahre 1935 stammt.
32 Damals gab es in jedem Fahrzeug des ÖPNV am Eingang eine*n Schaffner*in, bei dem*der das Ticket erworben
33 werden musste. Diese*r konnte damals getäuscht werden, wodurch ein Bejahren des „Erschleichens“ durchaus
34 plausibel erschien. Das ist heutzutage anders. Die Gesellschaft wie auch der ÖPNV haben sich gewandelt. Das
35 Gesetz sollte dies auch tun.

36

37 **Zu 5.:**

38 Deutschlandweit sitzen momentan 7600 Menschen eine Ersatzfreiheitsstrafe ab. Der größte Teil davon sind
39 verurteilte Schwarzfahrer*innen. Jeder Hafttag kostet den*die Steuerzahler*in 146 Euro. Im Jahr 2016 wur-
40 den in Berlin 40000 Strafanträge wegen des Verstoßes gegen § 265a StGB durch eine*n Schwarzfahrer*in ge-
41 stellt. Nach Hochrechnungen einer Neuköllner Richterin sind 25-30% aller Erwachsenenstrafsachen vor dem
42 Amtsgericht Neukölln im Jahr 2011 Fälle von Leistungserschleichung gewesen. In Jugendstrafsachen stellen
43 diese immer noch einen prozentualen Anteil von 15-20 %. (Quelle: <http://www.tagesspiegel.de/berlin/landespolitik/ueberlastung-richter-wollen-keine-anlagen-gegen-schwarzfahrer-mehr/4258142.html>; Abgerufen am:
44 04.12.17). Dies alles stellt einen vermeidbaren Kosten- und Zeitaufwand für die Justizbehörden, den*die deut-
45 sche*n Steuerzahler*in, als auch für die Verkehrsunternehmen dar. Sogar der deutsche Richterbund hat kürz-
46 lich die Entkriminalisierung des Schwarzfahrens gefordert. Jena Gnisa, der Vorsitzende des deutschen Richter-
47 bunds formuliert das so: „Wenn die Unternehmen eine bessere Kontrolle aus betriebswirtschaftlichen Erwä-
48 gungen heraus nicht tun, dann darf nicht der Steuerzahler als Lückenbüßer herhalten.“

50

51 **Zu 6.:**

52 Aus den genannten Gründen unterstützen wir den Antrag der Jusos Steglitz-Zehlendorf vom 16.09.14 und die
53 Beschlussfassung der Jusos Berlin aus dem Jahr 2015 zur Entkriminalisierung des „Schwarzfahrens“.

Antragsteller*innen

Jusos Schwaben

E-Mail: anna.rasehorn@jusos-bayern.de

Telefon:

V-3

Titel Internet als Grundversorgung
Antragsteller*innen Jusos Mittelfranken
Adressat*innen Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz
 angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Internet als Grundversorgung

- 1 Wir fordern, dass die Versorgung mit Internet eine vergleichbare rechtliche Stellung wie die Versorgung mit
 2 Strom, Wasser und Energie zukommt.
- 3 Wir fordern, dass ein Wohnortwechsel immer ein Sonderkündigungsrecht darstellt. Ein Schutz der Anbieter ist
 4 nicht notwendig, da am neuen Wohnort sowieso ein Neuvertrag geschlossen werden muss. Die momentane
 5 Rechtslage führt in der Regel zu Versorgungsschwierigkeiten und hohe Kosten. Daher soll das Telekommu-
 6 kationsgesetz in § 46 entsprechend geändert werden.
- 7 Wir fordern, dass der Internetzugang denselben Schutz bekommt wie ein Telefonanschluss und nicht bei
 8 Zahlungsrückständen ohne Ankündigung oder Frist einfach gesperrt werden kann. Wir fordern, dass ei-
 9 ne Grundversorgung mit Internet gewährleistet wird. Hierzu soll ein Konzept erarbeitet werden inwiefern
 10 eine Grundversorgung mit Internet ähnlich des Grundversorgungstarifs mit Strom möglich und zielführend ist.
 11
- 12 **Begründung**
- 13 Digitalisierung ist ein zentrales Schlagwort der Politik und es werden hohe Anstrengungen unternommen, um
 14 alle Menschen mit Internet bzw. Breitband zu versorgen. Hierfür werden enorme Summen an öffentlichen
 15 Mitteln investiert. Der hohe Stellenwert der Digitalisierung zeigt: Internet ist nicht mehr wegzudenken und
 16 für alle Menschen notwendig. Die rechtlichen Rahmenbedingungen werden dieser Erkenntnis allerdings
 17 noch nicht gerecht. Internet ist inzwischen für den Großteil der Menschen Teil ihrer Grundversorgung und
 18 genauso bedeutend wie Strom, Wasser, Gas oder Fernwärme. Es ist daher eine Reformierung der rechtlichen
 19 Rahmenbedingungen der Versorgung mit Internet notwendig. Insbesondere junge und besonders mobile
 20 Menschen, die häufiger den Wohnort wechseln (müssen), stellt dies vor große Herausforderungen: Der alte
 21 Vertrag lässt sich nicht kündigen, am neuen Wohnort ist noch kein Internet installiert oder in der WG wird
 22 der Internetanschluss vom Anbieter gekappt, weil das Konto des*der Mitbewohner*in nicht gedeckt war.
 23 Gerade Studierende stehen hier nicht selten vor großen Problemen, weil ohne Internet kein Studium mehr
 24 möglich ist (z.B. kann man sich nur über ein Online-Tool für die Veranstaltungen anmelden). Inzwischen wird
 25 erwartet, dass die Studierenden regelmäßig ihre Mails lesen und beantworten und über diverse Onlineportale
 26 ihr Studium verwalten. Auch in der Arbeitswelt und auch immer mehr in der Welt des ehrenamtlichen
 27 Engagements ist Internet daheim eine Voraussetzung (reine Online-Bewerbungsverfahren; Absprachen, 5
 28 Terminhinweise, etc.). beheben.

Antragsteller*innen

Jusos Mittelfranken
E-Mail: sophia.fischer@jusos-bayern.de
Telefon:

V-4

Titel	Mehr Elektromobilität jetzt!
Antragsteller*innen	Jusos Unterfranken
Adressat*innen	Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, SPD-Bundestagsfraktion, BayernSPD-Landesgruppe in der SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag, BayernSPD-Landtagsfraktion, BayernSPD-Landesparteitag

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

Mehr Elektromobilität jetzt!

- 1 Der deutsche Bundesrat hat schon letztes Jahr beschlossen, dass ab 2030 keine Autos mit Benzin- oder Diesel-
2 motoren mehr neu zugelassen werden sollen. Sowohl SPD- als auch unionsregierte Länder befürworteten ein
3 entsprechendes Verbot von Verbrennungsmotoren. Es wird Zeit, dass auch der Bundestag diesem Beschluss
4 folgt.
- 5 Wir wollen, dass ab dem Jahr 2030 nur noch abgasfreie Neuwagen zugelassen werden. Die Entwicklung in der
6 Elektromobilität läuft langsamer als erhofft. Ein Wechsel hin zu neuen Mobilitätskonzepten und einer neuen
7 Umweltpolitik ist dringend notwendig, wenn wir den Klimawandel stoppen wollen. Wir müssen schnell han-
8 deln, und sollten Vorreiter für die ökologische Modernisierung werden, dafür muss man jetzt die Rahmenbe-
9 dingungen setzen. Die Nachfrage nach neuen Elektroautos wächst.
- 10 Wir fordern deswegen, dass ab dem Jahr 2030 keine Autos mit Benzin oder Dieselmotoren neu zugelassen
11 werden.

Antragsteller*innen

Jusos Unterfranken

E-Mail: michael.reitmair@jusos-bayern.de

Telefon:

V-5

Titel	Verbesserung des ÖPNVs	
Antragsteller*innen	Jusos Niederbayern	
Adressat*innen	Juso-Landeskonferenz, BayernSPD-Landtagsfraktion, BayernSPD-Landesparteitag	
<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt

Verbesserung des ÖPNVs

1 Tallinn als erste europäische Hauptstadt macht es vor, verschiedene belgische und französische Kommunen
 2 ebenso: Der öffentliche Personennahverkehr zum Nulltarif. Währenddessen in Bayern: Tarifwirrwarr – für
 3 wenige Kilometer müssen mitunter mehrere überbeuerte Tickets gelöst werden. Gerade im ländlichen Raum
 4 ist die Kooperation der verschiedenen Verkehrsverbände schlecht, wodurch des Öfteren signifikante Warte-
 5 zeiten für die einzelnen Passagier:innen an regionalen Zuständigkeitsgrenzen entstehen. Sogar der Rückbau
 6 einzelner Verbindungen ist kein Tabu mehr. Gerade in finanzschwachen Kommunen ist die Möglichkeit der
 7 gesellschaftlichen Teilhabe für all jene, die sich außerhalb des fahrfähigen Alters befinden oder aus ande-
 8 ren Gründen kein eigenes Kraftfahrzeug unterhalten können oder wollen stark eingeschränkt. Besonders im
 9 Schichtdienst ist das eigene Verkehrsmittel heutzutage kaum mehr wegzudenken, denn öffentliche Verkehrs-
 10 angebote außerhalb der üblichen Stoßzeiten sind Mangelware. Dies schadet vor Allem der Wirtschaft: Arbeits-
 11 suchende werden von vornherein abgeschreckt, sich auf Jobangebote zu bewerben, die etwas entfernter von
 12 der eigenen Haustür liegen. Und auch das soziale Miteinander leidet: Junge Menschen müssen viel zu früh
 13 den letzten Bus nehmen und auf den restlichen Abend mit (Partei-)Freund:innen verzichten. Ältere Menschen
 14 vereinsamen, weil ihre eingeschränkte Mobilität nicht öffentlich kompensiert wird. Viele Gegenden sind ohne
 15 ausgiebige Fußmärsche überhaupt nicht mehr angeschlossen. Und oftmals passt die Gehhilfe oder das Fahr-
 16 rad dann auch nicht ohne Weiteres in den Bus. Doch auch in Metropolregionen wie dem Großraum München
 17 plagen überbeuerte Ticketpreise die Bürger:innen. Der allgegenwärtige Investitionsstau macht Pendeln mit öf-
 18 fentlichen Nahverkehrsmitteln zur Glaubensfrage und motiviert stattdessen täglich Millionen Bürger:innen,
 19 lieber den PKW für den Weg zum Arbeitsplatz zu nutzen. Neue Technologien wie das autonome Fahren werden
 20 stiefmütterlich behandelt und gegenüber konventionellen Herangehensweisen vernachlässigt.

21 Dabei liegt die Lösung auf der Hand: Ein solidarisch finanzierter, moderner, flexibler und zukunftsorientier-
 22 ter öffentlicher Personennahverkehr. Dies entlastet die Umwelt, ist sicherer, zuverlässiger und ökonomi-
 23 scher als der tägliche motorisierte Individualverkehr. Die positiven Beispiele mit gelungener Umstellung der
 24 öffentlichen Verkehrsmittel auf einen Betriebsmodus, der ohne Zahlung der individuellen Nutzung auskommt
 25 machen dieses Konzept zu einem förderungswürdigen und vielversprechenden Lösungsansatz.

26

27 Deswegen fordern wir:

28 Die SPD setzt sich ein für:

- 29 – ein Kooperationsgebot zur engeren Abstimmung der Verkehrsverbände.
- 30 – die konsequente Modernisierung bei gleichzeitigem Ausbau bestehender Systeme und Linien.
- 31 – die Förderung der Forschung nach neuer Technik (bspw. autonome Fahrsysteme).
- 32 – die Förderung und Erprobung von Modellen des kostenlosen ÖPNVs:
- 33 – finanziert durch Steuermittel (im Gesamthaushalt)

- 34 - finanziert durch Beiträge (Verkehrsabgabe) von
- 35 o Arbeitgeber:innen
- 36 o Tourist:innen
- 37 o Grundstückseigentümer:innen
- 38 o Autofahrer:innen und/oder

Antragsteller*innen

Jusos Niederbayern

E-Mail: luisa.haag@jusos-bayern.de

Telefon:

W Wirtschafts- und Finanzpolitik

W Wirtschafts- und Finanzpolitik

W-1	Jusos Oberfranken	Einführung einer Robotersteuer/Wertschöpfungsabgabe	121
W-2	Jusos Mittelfranken	Steuerfreiheit für Mindestlohnempfänger*innen!	123
W-3	Jusos Unterfranken	Erweiterung der verpflichtenden Insolvenzversicherung	125
W-4	Jusos Niederbayern	Es ist Zeit für Umverteilung – Um-fair-teilen in der Kommune	126

W-1

Titel	Einführung einer Robotersteuer/Wertschöpfungsabgabe	
Antragsteller*innen	Jusos Oberfranken	
Adressat*innen	Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, SPD-Bundesparteitag, BayernSPD-Landesparteitag	
<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt

Einführung einer Robotersteuer/Wertschöpfungsabgabe

- 1 Einführung einer Wertschöpfungsabgabe auf Wortschöpfung die durch Maschinen/Automatisierung anfällt.
- 2 Einstieg bei einem niedrigen Satz und sukzessive Erhöhung.
- 3 Einführung dieser Abgabe zuerst im Computerhandel der Börse. Im Gegenzug sollen Abgaben auf Arbeit ge-
- 4 senkt werden. Sozialsysteme durch die neue Abgabe quersubventioniert werden. Ebenso sollen soziale Berufe
- 5 im Gesundheitswesen und der Bildung gestärkt werden.
- 6 Betroffen sein sollen Systeme der Fließbandproduktion, sowie der Internethandel, Computer-steuerte Finanz-
- 7 geschäfte und durch Apps generierte Wertschöpfung. Kurz, alles was menschliche Arbeitskraft komplett über-
- 8 flüssig macht. Dabei sollen alle automatisiert arbeitenden, produzierenden Maschinen nach Betriebsstunden
- 9 und "Durchsatz" besteuert werden.
- 10 Internetanwendungen und Computer an der Börse nach verwendeter Rechenleistung, Netzwerkdattendurch-
- 11 satz und Betriebsstunden besteuert werden, um Energieeffizienz von Algorithmen zu belohnen.
- 12
- 13
- 14 **Begründung**
- 15 Hohe Produktionskapazitäten mit wenigen Arbeitnehmer*Innen senken Kosten und sorgen für hohe
- 16 Stückzahlen, gleichzeitig erschweren sie kleineren Betrieben mit Großkonzernen zu konkurrieren.
- 17 Gewinne von Großkonzernen werden häufig nicht im Inland besteuert, sondern in Steueroasen.
- 18 Gleichzeitig frisst das Internet gewaltige Mengen an Energie.
- 19 Konzerne wie Facebook, Google und Co. beschäftigen kaum echte Arbeitnehmer*Innen, sondern lassen Al-
- 20 gorithmen die Arbeit erledigen. Die abfließende Wertschöpfung durch Arbeitserleichterung kommt daher nur
- 21 wenigen Menschen zu Gute.
- 22 Gleichzeitig steigen durch die zunehmende Komplexität der Aufgabenfelder in der Arbeitswelt die Anforde-
- 23 rungen an unser Bildungssystem. Um dem gerecht zu werden, sind gewaltige Investitionen notwendig. Die
- 24 Forschung an modernen Maschinen hat diese möglich gemacht. Daher sollte der Erfolg dieser Maschinen wie-
- 25 derrum mehr der Forschung zu Gute kommen.
- 26 Andererseits muss Wertschöpfung ohne menschliche Leistung, durch Betreiber großer Produktionskapazitä-
- 27 ten dementsprechend besteuert und für die Gesellschaft verwendet werden. Vor allem automatisierte Finanz-
- 28 transaktionen nehmen von den Armen und geben den Reichen.

Antragsteller*innen

Jusos Oberfranken

E-Mail: sophia.fischer@jusos-bayern.de

Telefon:

W-2

Titel	Steuerfreiheit für Mindestlohnempfänger*innen!		
Antragsteller*innen	Jusos Mittelfranken		
Adressat*innen	Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, SPD-Bundesparteitag, BayernSPD-Landesparteitag		
<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt	

Steuerfreiheit für Mindestlohnempfänger*innen!

- 1 Wir wollen, dass Arbeitnehmer*innen, die nur den gesetzlichen Mindestlohn oder darunter verdienen, von
 2 der Einkommenssteuerpflicht befreit werden beziehungsweise keine steuerlichen Belastungen erfahren. Das
 3 gleiche gilt für Selbständige, deren Einnahmen sich bis auf dem Niveau eines*r Mindestlohnempfänger*in
 4 bewegen.
- 5 Dafür braucht es ein rechtliches Mittel – eine Art „Mindestlohnpauschale“ – das die bestehenden Frei- und
 6 Pauschbeträge im EStG ergänzt, sich aber nur gezielt auf die Einkommen aus selbständiger Arbeit (§ 18 EStG)
 7 und nichtselbständiger Arbeit (§ 19 EStG) bezieht. Die Höhe dieses Mittels soll an das Niveau des gesetzlichen
 8 Mindestlohns gekoppelt werden. Steuerliche Einbußen müssen mit einer entsprechenden Erhöhung des
 9 Spitzensteuersatzes kompensiert werden.
- 10
- 11 **Begründung**
- 12 Trotz des inzwischen flächenweit geltenden Mindestlohns gibt es noch immer Millionen Arbeitnehmer*innen,
 13 die diesen Mindestlohn nicht empfangen, auch wenn sie nicht zu den gesetzlichen Ausnahmefällen gehören.
 14 Parteien wie die Union tolerieren zudem die laxen Handhabe bei der Nachweispflicht und höhlen so dieses
 15 wichtige Instrument immer weiter aus.
- 16 Dabei befindet sich das Nettogehalt, das sich aus dem gesetzlichen Mindestlohn ergibt, aufgrund von Steuern
 17 und Sozialabgaben nur minimal über der offiziellen Armutsgrenze. 2016 lag die laut Statistischem Bundesamt
 18 bei alleinstehenden Personen bei 969 Euro netto im Monat. Eine alleinstehende Vollzeitkraft, die 8,84 Euro pro
 19 Stunde verdient, hat derzeit ein Nettogehalt von ca. 1.125 Euro. Dass die Wirtschaft auf diesem Niveau noch
 20 versucht, Löhne zu drücken, ist ein arbeitspolitischer Skandal.
- 21 Von Seiten der Politik, gerade von der SPD, muss ein deutliches Zeichen gesetzt werden – für den Mindestlohn
 22 und all die Menschen, die unter prekären Gehältern leiden. Die Einrichtung einer „Mindestlohnpauschale“,
 23 wie in der Forderung beschrieben, wäre ein solches Zeichen. 90 Euro mehr im Monat mag für manche wenig
 24 klingen, für die betroffenen Lohnempfänger*innen macht das einen wesentlichen Unterschied aus.
- 25 Die steuerlichen Einbußen, die dadurch entstehen, sind im Verhältnis überschaubar und ließen sich ganz leicht
 26 kompensieren, zum Beispiel durch Lohnerhöhungen. Ohnehin wären nahezu alle Branchen-Mindestlöhne von
 27 dieser Maßnahme nicht betroffen.
- 28 Zusätzlich werden auch die Mitarbeiter*innen der Finanzämter geschont, da sie sich mit weniger Steuererklä-
 29 rungen beschäftigen müssen. Die so freigesetzten Ressourcen können zum Beispiel den Großverdiener*innen
 30 und Unternehmen gewidmet werden, die jedes Jahr versuchen, Steuern zu hinterziehen – in einer Größenord-
 31 nung, die sicher höher ist als die Einbußen.

Antragsteller*innen

Jusos Mittelfranken

E-Mail: daniel.rothenbuecher@jusos-bayern.de

Telefon:

W-3

Titel Erweiterung der verpflichtenden Insolvenzversicherung
Antragsteller*innen Jusos Unterfranken
Adressat*innen Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz,
BayernSPD-Landesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Erweiterung der verpflichtenden Insolvenzversicherung

- 1 Wir fordern eine Ausweitung der Insolvenzversicherung auf Flugreisen und Dienstleistungen, deren Wert einen
2 Betrag von 75,-€ übersteigt.
- 3
4
- 5 **Begründung**
- 6 Als Verbraucher_in kann die Insolvenz eines Unternehmens schwerwiegende Folgen haben. Ein aktuelles
7 Beispiel ist der Kauf einer Flugreise bei einer Airline, die wenig später Insolvenz anmeldet. In diesem Fall kann
8 unter Umständen der Flug ersatzlos ausfallen ohne dass die Verbraucher_innen das Geld zurückerhalten.
9 Vor allem Verbraucher_innen mit geringerem Einkommen sind dann besonders stark getroffen.
- 10 Bei Reiseanbietern hat daher der Gesetzgeber (vgl. §651k BGB) Unternehmen dazu verpflichtet entweder über
11 Versicherungen oder Bürgschaften sicherzustellen, dass im Falle einer Insolvenz die Kund_innen das Geld zu-
12 rückerhalten. Diese Verpflichtung hat dabei solche Reisen nicht unbezahlbar gemacht. Daher gehen wir davon
13 aus, dass sich die Kostensteigerungen bei Flugreisen und anderen Dienstleistungen trotzdem im bezahlbaren
14 Rahmen bleiben werden.
- 15 Wir sehen diese Verpflichtung als Vorbild für weitere Branchen an, vor allem im Bereich der Dienstleistungen.
16 Daher fordern wir die Ausweitung der Insolvenzversicherung auf genannte Bereiche.

Antragsteller*innen

Jusos Unterfranken

E-Mail: michael.reitmair@jusos-bayern.de

Telefon:

W-4

Titel	Es ist Zeit für Umverteilung – Um-fair-teilen in der Kommune		
Antragsteller*innen	Jusos Niederbayern		
Adressat*innen	Juso-Landeskonferenz, BayernSPD-Landesparteitag		
<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt	

Es ist Zeit für Umverteilung – Um-fair-teilen in der Kommune

- 1 Zur Stärkung der Finanzkraft unserer Kommunen fordern wir:
- 2 • **Kommunen soll es zustehen, freiwillige Leistungen zu bewilligen**, auch wenn es die Kassenlage der
 3 Stadt oder der Marktgemeinde nicht zulässt. Möglich wäre hier das Errichten eines Fonds auf Bundes-
 4 eben oder auf Landesebene, bei der vergleichsweise finanzschwache Kommunen bis zu 15% ihrer er-
 5 weiterten Gewerbesteuer zur Verwendung für freiwillige Leistungen ausbezahlt bekommen. Finanziert
 6 werden können die Fonds entweder über die Vermögenssteuer (Bundesfonds) oder einer gerechten
 7 Erbschaftssteuer (Landesfonds). Zudem muss der Begriff der freiwilligen Leistung abgeschafft werden
 8 und durch „**solidarische kommunale Leistung**“ ersetzt werden.
- 9 Außerdem muss bei dieser Gelegenheit dem geltenden Beschluss der Jusos-Bayern Nachdruck verleihen wer-
 10 den:
- 11 • Die **Gewerbesteuer muss dringend erweitert werden** „eine Verbreiterung der Einnahmehasis der
 12 Kommunen“ zur Folge haben. Die Jusos Bayern fordern zu Recht die Ausweitung der Gewerbesteuer um
 13 die so genannten „Katalogberufe“ (§18 EStG) worunter unter anderem Rechtsanwält*innen, niederge-
 14 lassene Ärzt*innen und approbierte Psychotherapeut*innen und Zahnmediziner*innen, Notar*innen
 15 und Wirtschaftsprüfer*innen zählen.
- 16 Zur Entlastung aller Bürger*innen mit betreuungsbedürftigen Kindern fordern wir die SPD-Landtagsfraktion
 17 auf einen **Antrag zur Kostenfreiheit bei Krippen- und Kindertagesstättenplätzen** in den bayerischen Land-
 18 tag einzubringen.
- 19 Bei der Thematik des sozialen Wohnungsbaus wurde in den vergangenen Jahren erheblicher Raubbau be-
 20 gangen, was sich direkt auf die Bürger*innen auswirkt. Aus diesem Grund muss dringend dem Beschluss der
 21 Jusos Bayern aus dem Jahr 2012 Folge getragen werden, bei dem der deutliche Ausbau des kommunalen und
 22 genossenschaftlichen Wohnungsbaus gefordert wurde. Darüber hinaus fordern wir:
- 23 • Einen **kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbau, der sich am tatsächlichen örtli-**
 24 **chen Bedarf** orientiert
- 25 • Entsprechende **Fördermöglichkeiten** (z.B. über die KfW)
- 26 • Einen bayerischen **Fonds zur Förderung kommunalem und genossenschaftlichen Wohnungsbau**
- 27 • Einen im Ministerium zuständigen **Bbeauftragten der Staatsregierung für die Bedarfsberechnung**
 28 **und Umsetzungskontrolle des kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbaus.**
- 29
- 30 Die **Kreisumlage und die Bezirksumlage sind Umverteilungsmechanismen kommunaler Finanzen**. Da
 31 diese beiden Umlagen auch von den Konservativen anerkannt sind, gelten diese weder als sozialistisches Teu-

32 felszeug, noch stehen diese beiden Umlagen im Verdacht, den reichen Kommunen etwas nehmen zu wollen.
 33 Allerdings bleiben bei diesem Finanzierungmodell die finanzschwächeren ländlichen Regionen in Bayern wie
 34 Rottal-Inn oder Freyung-Grafenau weiterhin, im Gegensatz zu den finanzkräftigeren Landkreisen in den Me-
 35 tropolregionen wie München und Nürnberg, **zu abhängig von den Schlüsselzuweisungen des Freistaates**
 36 **Bayern**. Da die Schlüsselzuweisungen lediglich die Defizite ausgleichen, nicht aber echte Gleichheit gegen-
 37 über reicheren Landkreisen zur Folge haben, bleibt das Ungleichgewicht bei der finanziellen Entwicklung in
 38 den Kommunen nach wie vor bestehen. Bei dieser Gelegenheit muss zudem auf die Bezirksumlage einge-
 39 gangen werden. Wie der Bezirk Oberbayern richtigerweise anmerkt, handelt es sich hier wahrlich um eine
 40 offensichtliche Problematik: „Die Entwicklung der Umlagekraftzahlen und des ungedeckten Bedarfs (= Bezirks-
 41 umlage) zeigt das Dilemma eines rein umlagefinanzierten Haushaltes auf. Die Bezirksumlage, die zu über 90
 42 Prozent Sozialhilfeleistungen zu finanzieren hat, ist seit 1974 weitaus stärker gestiegen als die Umlagekraft“.
 43 Aus sozialistischer Sicht kann nicht das Vorhandensein kommunaler Finanzmittel über die Gewährleistung von
 44 Sozialhilfeleistungen entscheiden. Sozialhilfeleistungen müssen vielmehr aus der Gesamtheit der Steuerzah-
 45 ler*innen, also auch den Einnahmen aus Vermögenssteuer und Finanztransaktionssteuer, finanziert werden.
 46 Es ist unsolidarisch, wenn sich das Spektrum des Finanzkapitals nicht oder nur untergeordnet an den Sozialhil-
 47 feleistungen der bayerischen Regierungsbezirke beteiligt. Besonders betroffen sind bayerische Regionen, die
 48 durch den Wegzug junger Menschen bereits in ihrer Zukunftsfähigkeit gefährdet sind. Durch die fehlenden
 49 Investitionen verstärkt sich das Problem der alternden Bevölkerungsstruktur. Daher bedarf es der Etablierung
 50 zusätzlicher Finanzzuweisungsmechanismen, beispielsweise eines Fonds zur Finanzierung freiwilliger Leistun-
 51 gen über das erweiterte Gewerbesteuerniveau hinaus, um der Divergenz der Landkreise entgegen zu treten.
 52 Ohne ein entsprechendes Gegensteuern ist ein weiteres Auseinanderdriften der Landkreise und kreisfreien
 53 Städte zu erwarten, da finanzstarke Kreise mittels freiwilliger Leistungen Arbeitskräfte wie Arbeitgeber*innen
 54 anlocken und damit Abwanderungen aus den finanzschwächeren Kreisen begünstigen. Der sich dadurch ver-
 55 stärkende Effekt der Gewerbesteuerpolarisierung tut sein Übriges, um letztlich das Gefälle zwischen Stadt
 56 (einschließlich Metropolregion) und ländlichem Raum unumkehrbar werden zu lassen.

57 Die **Gewerbsteuer** ist eine auf den Ertrag von Gewerbetreibenden erhobene kommunale Steuer. In der Ver-
 58 gangenheit machten einerseits die Liberalen als auch Finanzminister Wolfgang Schäuble von sich reden, die-
 59 se für die Kommunen so wichtige Einnahmequelle abzuschaffen. Die Forderung der Jusos soll die Gewerbe-
 60 steuereinnahmen deutlich ausweiten, was besonders kleineren Gemeinden und mittleren Städten besonders
 61 zugutekommen dürfte. Außerdem sind Kommunen besonders bei Energiekonzernen in der Gefahr, eine be-
 62 achtliche **Gewerbesteuerrückstellung** zu tätigen, mit einer Verzinsung von für die heutige Zeit horrenden
 63 sechs Prozent. Wer diese Möglichkeit der „sicheren“ Rendite für solvente Unternehmen nicht zumindest auf
 64 den zweiten Blick erkennt, kann sich gleich von den Konzernen einlullen lassen. Auf der anderen Seite würden
 65 besonders die wohlhabenderen Kommunen auf eine erhebliche Einnahmequelle verzichten und auf einen
 66 vermutlich schlechter gefüllten Umlagepotopf zurückgreifen müssen. Reiche Kommunen enteignen, klingt gut?
 67 Mitnichten! Besonders die über Jahrzehnte etablierten freiwilligen Leistungen der Kommunen, wie das Kul-
 68 turzentrum, das Freizeitgelände, das Schwimmbad, die städtische Musikschule, die kostenlose Betreuung in
 69 Kindertagesstätten, würden durch diese Maßnahme zu Nichte gemacht. Das Gewähren von freiwilligen Lei-
 70 stungen der Kommune ist bereits eine Umverteilung im engsten Sinne. Öffentliche Güter werden allen Men-
 71 schen gleichermaßen zur Verfügung gestellt, der Zugang zu Kultur und Bildung niedrigschwelliger gestaltet
 72 und die persönliche monetäre Potenz eines jeden Menschen tritt in die Nachrangigkeit. Damit nicht weiterhin
 73 reichere und ärmere Kommunen in direkter Konkurrenz stehen, fordern wir die Einführung von **solidarischen**
 74 **kommunalen Leistungen**.

75 Die **Schuldenbremse** ist ein gesetzlich verankerter Mechanismus, der abzulehnen ist. Aus sozialistischer Sicht
 76 bedarf es aber auf jeden Fall noch zwei weiterer großer Schritte, damit ernsthaft von einer Umverteilung in
 77 den Kommunen gesprochen werden kann.

78 Als der wahrscheinlich am gewichtigsten wirkenden Umverteilungsmechanismus der Kommunen, gemessen
 79 an der Wirkung auf den jeweils betroffenen Menschen, darf der **soziale Wohnungsbau** bezeichnet werden.
 80 Aus diesem Grund muss dringend dem Beschluss der Jusos Bayern aus dem Jahr 2012 Folge getragen werden,
 81 bei dem der deutliche Ausbau des kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbaus gefordert wurde.
 82 Die Forderung, die dringend einer Anwendung bedarf, kann in zwei Schwerpunkte unterteilt werden:

- 83 • Höhere Zuschüsse (Bsp. KfWMittel) für gemeinnützige Wohnungsbauunternehmen, Genossenschaften
- 84 und Kommunen, sodass diese die notwendigen Sanierungsarbeiten auch durchführen können, ohne

85 dass die vorhandene Mieter*innen verdrängt werden.

86 • Eine professionelle Beratung der Wohnbauunternehmen und Kommunen vor Ort zum Thema Förder-
87 möglichkeiten im kommunalen bzw. gemeinnützigen Wohnbausektor.

88 Menschen, welchen der nach kapitalistischen Regeln gestaltete freie Wohnungsmarkt, wegen der zu gerin-
89 gen Kapitalausstattung nicht mehr als Nachfrager*innen zur Verfügung stehen, wird durch geförderten Woh-
90 nungsbau eine Chancengerechtigkeit gewährt. Durch die Umverteilung mittels sozialem bzw. gefördertem
91 Wohnungsbau soll Menschen in Bayern zukünftig ermöglicht werden, dass sie sich aus freien Stücken für das
92 Leben auf dem Land oder in der Stadt entscheiden können.

93 Dies führt zwei positive Effekte mit sich: Auf der einen Seite wird dem kapitalistischen Wohnungsmarkt die
94 Fessel angelegt, da sie nun nicht mehr die Situation von Menschen in prekären Lebenslagen ausnutzen und
95 die zusätzlichen staatlichen Sozialleistungen an sich reißen kann und andererseits den Menschen nicht mehr
96 das Gefühl gegeben wird, dass sie durch das Gewähren von Wohngeld ein „Sozialfall“ sind. Geförderter Wohn-
97 raum darf niemals zum Spielball zwischen Bedürftigen werden, wie dies aktuell teilweise von konservativen
98 und nationalen politischen Kräften gehandhabt wird. Sozialer bzw. geförderter Wohnraum trägt dann zur Um-
99 verteilung bei, wenn neben der Alleinerziehenden, Mindestrentner*innen, Sozialarbeitsstudent*innen oder
100 Maschinenbaustudent*innen sowie anerkannte Asylsuchende aus Syrien Platz in einer Wohnung finden kön-
101 nen.

Antragsteller*innen

Jusos Niederbayern

E-Mail: luisa.haag@jusos-bayern.de

Telefon:

#freistarten



JUSOS
BAYERN

